

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXIV 1–2008

MEDIEN IM NORD-SÜD-KONFLIKT

Schwerpunktredaktion: Bettina Köhler

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

- 4 BETTINA KÖHLER
Medienkritik im Nord-Süd-Verhältnis
- 16 CEES J. HAMELINK
New Media, the Internet and the North/South Conflict
- 33 JANET WASKO
What is Media Imperialism?
- 57 NAOMI SAKR
Oil, Arms and Media: How US Interventionism Shapes Arab TV
- 82 GEORGETTE WANG
Reconceptualizing the Role of Culture in Media Globalization:
Reality Television in Greater China
- 99 FRANZ NUSCHELER, VERONIKA WITTMANN
*Global Digital Divide: eine neue Dimension der Zentrum-
Peripherie-Polarisierung*
- 122 ALMUT SCHILLING-VACAFLOR
Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im
bolivianischen Verfassungsänderungsprozess: ein Vergleich der
CONAMAQ und der CSUTCB
- 146 Rezension
- 150 SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen
- 154 Impressum

BETTINA KÖHLER

Medienkritik im Nord-Süd-Verhältnis

Mit dem Aufkommen und der massenhaften Verbreitung neuer Medien(-technologien) gingen historisch immer Auseinandersetzungen in Bezug auf die Frage einher, welche gesellschaftliche Rolle diese fortan spielen würden. Das betrifft auch und gerade die globalen Nord-Süd-Verhältnisse und produzierte Bilder „des Südens“ in den Gesellschaften des Nordens. Dabei ist keineswegs ausgemacht, worauf der Begriff „Medien“ überhaupt bezogen wird. Eher universelle Medienbegriffe, nach denen Medien sehr weit und im Sinne des Wortes gefasst werden, d.h. als dazwischentretende Instanzen der Vermittlung, verweisen gleichermaßen auf Repräsentationsformen, Techniken, Symboliken, aber auch auf soziale Funktionen (vgl. Mersch 2006: 10f). Dem lassen sich eher technologische Medienbegriffe gegenüberstellen, die sich primär auf mechanisch-technische Vervielfältigungsverfahren von Sprache und Schrift bzw. deren „material-technischen Zeichenträger bzw. Mittler“ beziehen (Kübler 2003: 22, 17ff).

Fragen nach der Rolle von Medien werden häufig im Hinblick auf die Konstitution und die strukturelle Veränderung von Öffentlichkeit und Demokratie diskutiert. Ausgangspunkt hier ist die Annahme, dass BürgerInnen, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und politische Entscheidungen fällen zu können, auf Informationen angewiesen sind, welche sie abwägen und debattieren können. Die Verhandlung der „öffentlichen Sache“ in der *res publica*, so die Annahme, braucht Kommunikation, um öffentlich zu sein. Information ist in dieser Perspektive „ein wesentliches Element für eine funktionierende Öffentlichkeit“ und den (Massen-)Medien kommt die Rolle der Informationsvermittlung zu (Becker 2003: 50; vgl. Hoffmann 2004a: 7). Dies ist wiederum Ansatzpunkt für Fragen nach dem Zusammenhang von Medien und Macht im weitesten Sinne und verweist auf eine politische und theoretische Tradition von Medienkritik,

die sich auf unterschiedliche Weise damit beschäftigt, wie und mit welchen gesellschaftlichen Konsequenzen Medien kontrolliert werden und welche alternativen Modelle vorstellbar sind.

Die Durchsetzung neuer Medientechnologien und deren gesellschaftliche Bedeutung ist jeweils im konkreten gesellschaftlichen Kontext zu verstehen, abhängig von gesellschaftlichen Normen, Interessen, technologischen Entwicklungen sowie konkreten Verwertungsbedingungen. Im Folgenden werden einige zentrale Elemente medienkritischer Debatten vorgestellt, wie sie im europäischen bzw. genauer im deutschsprachigen Kontext ab der Mitte des 20. Jahrhunderts geführt wurden. Es lassen sich hier zwei zentrale Phasen ausmachen: Eine erste Phase ab den 1960er/70er Jahren ist geprägt durch die Nachkriegszeit und von Modernisierungsprozessen, die u.a. eine gesellschaftlich zunehmend flächendeckende Durchsetzung von Massenmedien mit sich bringen. In einer zweiten Phase gehen tiefgreifende gesellschaftliche Transformationsprozesse mit der Verbreitung digitaler Medien einher. Von ähnlichen Grundgedanken geprägt, jedoch erstaunlich getrennt von diesen Diskussionen, findet eine Auseinandersetzung mit der Rolle von Medien im Hinblick auf ungleiche Entwicklungsprozesse im Nord-Süd-Kontext statt, welche sich häufig auf den Begriff Medienimperialismus bezieht. In diesem Kontext ist auch die Mehrzahl der Beiträge in diesem Heft zu verorten.

I. Medienkritik – Öffentlichkeit – Demokratie

Medientheorien – und damit auch Medienkritik – im eigentlichen Sinne, entstanden erst mit dem Auftreten und der Verbreitung von Massenmedien. Ausgehend von den Herausforderungen neuer Einzelmedien wie Fotografie, Film, Telefon etc. wurde zunächst die Gesamtheit sich verändernder Kommunikations- und Gesellschaftsstrukturen hinterfragt (vgl. Mersch 2006: 12ff). Grundsätzlich fortschrittsoptimistische Positionen koexistierten dabei immer wieder mit fundamental kulturpessimistischen Einschätzungen – jeweils ergänzt durch praktische Vorschläge, wie der Umgang mit diesen neuen Medientechnologien fortan zu organisieren und zu verregeln sei. So wurden etwa auf der einen Seite „die Effekte der ‚Mechanisierung‘ von Kommunikation“ und die Gefahr einer „Verkümme-

„Interpersonale Beziehungen“ kritisiert. Dem stand ein sozialrevolutionäres Pathos gegenüber, welches die Hoffnung in ‚anderen‘, erweiterten Nutzungsmöglichkeiten – als „Agenturen der Aufklärung“ – etwa für die Mobilisierung der ArbeiterInnen sah (ebd.: 58f).

Kritik an den Massenmedien artikuliert sich in vehementer Form in den 1970er/1980er Jahren im Gefolge der StudentInnenproteste in der Bundesrepublik Deutschland. Die in diesem Kontext proklamierte Kampagne „Enteignet Springer“ brachte verschiedene Dimensionen von Kritik auf den Punkt. Zum einen lag ihr die sehr weit reichende These der Macht der Medien als „blinde Manipulationsmaschinen“ (Mersch 2006: 59) zugrunde. Zum anderen implizierte sie eine sehr konkrete Kritik an den bereits zu dieser Zeit sich abzeichnenden massiven Konzentrations- und Kommerzialisierungsprozessen im Mediensektor.

Mit der Manipulationsthese wurden die engen Verbindungen „zwischen gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen und vermachteten Massenmedien“ (Oy 2001: 57) aufgezeigt. Massenmedien, so die Diagnose in Anlehnung an die Frankfurter Schule, würden in der bürgerlichen Gesellschaft „über die Art und Weise wie sie Themen auswählen und präsentieren die ‚wahren Bedürfnisse‘ der Individuen“ (ebd.: 11) manipulieren. Medien seien also als Agenten der Kulturindustrie und Teil der Herrschaftsapparate zu verstehen, deren Funktion Gleichmacherei und Gleichschaltung sei. Die aus dieser Kritik abgeleiteten Forderungen waren sowohl einen politischen Kampf gegen Medienkonzerne zu führen als auch die Notwendigkeit eine „Gegenmanipulation“ bzw. eine „Gegenöffentlichkeit“ aufzubauen (ebd.: 11). Letzteres drückte sich in der Gründung zahlreicher alternativer Medienprojekte aus, welche u.a. bestrebt waren, basisdemokratische Vorstellungen zu verwirklichen.

Interne Kritik an der Manipulationsthese entwickelte sich u.a. an dem dieser und letztlich auch den alternativen Medien zugrunde liegenden Idealbild bürgerlicher Öffentlichkeit, das auf dem Ideal eines herrschaftsfreien rationalen Diskurses basierte (Oy 2001: 11). Vielmehr sei politische Öffentlichkeit jedoch selbst immer als „eine fragmentierte, segmentierte, [...] sich aus verschiedenen Arenen und Akteuren mit ungleichem Zugang zu materiellen Ressourcen und Kommunikationsmitteln“ konstituierende zu verstehen (Hoffmann 2004b: 103). Kritisiert wurde darüber hinaus die starke Betonung des „Senders“ von Informationen bzw. des Produktes,

mittels dessen manipuliert werden soll. Dagegen sei der „Kommunikationsprozess als spezifisches soziales Verhältnis zwischen Sender und Empfänger medialer Botschaften“ zu verstehen und somit also entlang vielfältiger sozialer Praxen zu analysieren (Oy 2001: 57). Entsprechend wurde vorge schlagen, Macht nicht mehr als hierarchisches System zu verstehen, sondern als ein „in zahllose molekulare gesellschaftliche Strukturen aufgespaltenes gesellschaftliches Verhältnis“ (ebd.: 73).

Neben der Manipulationsthese waren politökonomische Entwicklungen im Blick von Medienkritik. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich deutliche Konzentrationstendenzen im Mediensektor ab, wenngleich noch überwiegend auf nationaler Basis. Im Kontext des Kalten Krieges stellten jedoch bereits vor allem die vier großen westlichen Nachrichtenagenturen Agence France-Presse (AFP), Reuters, United Press International (UPI) und Associated Press (AP) weltweit ihre KorrespondentInnen auf und dominierten damit die Agenden der Weltnachrichten (Hetzer 2007). Im Kontext neoliberaler Transformationsprozesse seit den 1980er Jahren hat dieser Prozess eine Beschleunigung erfahren und führte zur Herausbildung eines globalen Medienmarktes. Infolge von Diversifizierungsprozessen, Geschäftsfelderweiterungen und Zusammenschlüssen wurde dieser innerhalb kurzer Zeit von wenigen multinationalen Konzernen (wie u.a. AOL/Time Warner, General Electric, Walt Disney Company, Bertelsmann, Vivendi Universal oder Sony) dominiert (Becker 2003: 54). Konzentrationsprozesse erfolgten in dieser Zeit durchaus nicht nur im Mediensektor, aber dort in besonderem Umfang (vgl. ebd.: 52ff; Leidinger 2003: 120ff; Dieckmann 2003). Mit der verstärkten Kommerzialisierung und Machtkonzentration bei der Gestaltung von Medieninhalten wurden die Spielräume für kritische Berichterstattungen und unabhängige Inhalte zunehmend eingeschränkt. Dies war immer wieder Anlass für Forderungen nach staatlich regulierten Nischen, wie etwa öffentlich-rechtlichen Sendern, oder aber alternativen Medienprojekten und Gegenöffentlichkeiten. Die Erfahrungen mit staatlich kontrollierten Medien sind jedoch vor allem in Ländern, welche Erfahrung mit autoritären Regimen haben, durchaus ambivalent (vgl. Hetzer 2007).

2. Medienkritik im Kontext der Wissensgesellschaft

Medienkritik dynamisierte sich in den 1990er Jahren im Hinblick auf die Durchsetzung der zu dieser Zeit als „neue Medien“ bezeichneten digitalen Medientechnologien. Elemente vorangegangener Debatten lebten in diesem Kontext wieder auf und spitzten sich auf neue Weise zu. Kontroverse Einschätzungen möglicher gesellschaftspolitischer Implikationen gingen dabei zunächst wiederum mit sehr materiellen Auseinandersetzungen um konkrete Verwertungsbedingungen einher, wobei verschiedene Debattenstränge unterschieden werden können: Erstens wird reflektiert, welche Implikationen diese „neuen Medien“ für Öffentlichkeit und Demokratie im weitesten Sinne haben können; zweitens lassen sich Debatten ausmachen, welche in diesen „neuen Medien“ so etwas wie eine neue „Leittechnologie“ und damit den Schlüssel für eine völlig neuartige Gesellschaftsformation sehen; in einem dritten Diskussionsstrang werden vor allem die sozialen Folgen der mit Wissensökonomien einhergehenden Verwertungsbedingungen von Wissen, wie etwa die wachsende Bedeutung geistiger Eigentumsrechte, thematisiert.

Vor allem in den 1990er Jahren fanden, parallel zu dem, was auch als „Hype der New Economy“ bezeichnet wird, intensive Auseinandersetzungen über die gesellschaftspolitischen Implikationen der „neuen“ Informations- und Kommunikationstechnologien, allen voran des Internet, statt. Die Debatten knüpften dabei teilweise direkt an vorangegangenen Kritiken an den demokratiepolitischen Defiziten und der Vermachtung herkömmlicher Medien an und fragten, inwieweit sich durch die digitalen Medien neue Spielräume eröffneten oder sich gar bestehende gesellschaftliche Machtverhältnisse verschieben könnten. Zumeist mit einem gewissen technikdeterministischen Überhang wurde auf der einen Seite eine sehr weit gehende Veränderung von Kommunikationsstrukturen und Formen von Öffentlichkeit, eine Relativierung physisch-materieller Raumstrukturen, ja insgesamt sogar eine Immaterialisierung gesellschaftlicher Prozesse angenommen. Vor allem die Idee einer gesellschaftlichen Demokratisierung im virtuellen Raum rief viele OptimistInnen auf den Plan. Auf der anderen Seite wurde jedoch zunehmend die Perpetuierung bestehender Machtverhältnisse auch bzw. gerade im elektronischen Raum betont. Im Netz würde ebenso um Hegemonie gerungen wie in anderen Räumen, lediglich die Vermachtung

der Strukturen war zu Beginn der 1990er Jahre noch nicht so weit fortgeschritten wie ein Jahrzehnt später (vgl. Sassen 1997, 2001; Oy 2001).

In einer parallel verlaufenden Diskussion wird vor allem die Ablösung der Industrie- durch eine Informations- oder Wissensgesellschaft thematisiert. Basierend auf den Schlüsselfunktionen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien werde in der wissensbasierten Ökonomie die Produktion und Verarbeitung von „Wissen“ zur zentralen Wertschöpfungsgrundlage – Wissen avanciere somit zur zentralen ökonomische Ressource des 21. Jahrhunderts (vgl. Stehr 2001). Mit der generellen Aufwertung von Wissen geht zugleich auch seine ökonomische Inwertsetzung einher sowie neue gesellschaftliche Spaltungen entlang der Frage des Zugangs zu Wissen. Wenngleich die Idee der „wissensbasierten Ökonomie“ durchaus analytische Kategorien zur Beschreibung rezenter gesellschaftlicher Umwälzungsprozesse anbietet, so ist in vielen Darstellungen durchaus ein hoher normativer Anteil festzustellen. Die Idee der „wissensbasierten Ökonomie“ kann also auch „als ein immer dominanter und hegemonialer werdender Diskurs“ oder als gesellschaftliche „Großerzählung“ aufgefasst werden, die in vielen Akkumulationsstrategien und gesellschaftlichen Projekten orientierend wirkt (vgl. Jessop 2003: 98ff). Reale Entwicklungen und die Begründung machtförmiger Strategien im Sinne eines „Sachzwangs Wissensgesellschaft“ sind insofern zu unterscheiden.

Eine weitere Debatte setzt an dieser Stelle an. Bereits heute entzündeten sich an den konkreten Zugangsbedingungen massive Auseinandersetzungen, denn mit der Aufwertung von Wissen und Informationsgütern gehen zunehmend wachsende Interessen an exklusiven Nutzungs- und Kontrollbefugnissen, etwa durch immaterielle Eigentumsrechte, einher. Die konkrete Ausgestaltung von Eigentumsrechten und deren Begründung ist jeweils umkämpft und nimmt raum-zeitlich unterschiedliche Formen an. Technologische Entwicklungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Durchsetzung gesellschaftlicher Normen und konkrete Verwertungsbedingungen. Das heute etwa in Konflikten um Kopierschutz zutage tretende Spannungsverhältnis zwischen exklusiven Verwertungsinteressen und gesellschaftlichem Allgemeininteresse an der Zugänglichkeit von Wissen weist Parallelen auf zur historischen Durchsetzung des Urheberrechtes und zeigt, dass Auseinandersetzungen um die Verwertungsbedingungen von Wissen keineswegs neu sind. In den resultierenden Verregelungsmodellen manifes-

tieren sich letztendlich – in einem raum-zeitlich konkreten gesellschaftlichen Kontext – eine Vielzahl widersprüchlicher Interessen (vgl. Hofmann 2002; Hofmann/Katzenbach 2006; Dreier/Nolte 2006; Nuss 2006).

3. Medien- und Kulturimperialismus

Wenngleich sich die geschilderten Debatten vor allem auf die Zentren beziehen, so wurde, weitgehend parallel dazu, die Rolle von Medien für (ungleiche) Entwicklungsprozesse der Peripherie bereits seit den 1950er Jahren diskutiert – sowohl im akademischen Bereich als auch in nationalen und internationalen Politik-Arenen, wobei die politischen Lösungsangebote durchaus unterschiedlich ausfielen. Die Beiträge in diesem Heft vermitteln Einblicke in diese medienkritischen Debatten im Nord-Süd-Kontext.

In einem einführenden Beitrag gibt Cees J. Hamelink einen Überblick über die wechselhaften Auseinandersetzungen zur Relevanz von (Massen-)Medien für Entwicklung im Allgemeinen und für „Entwicklungsländer“ im Besonderen, wie sie vor allem in internationalen Politik-Arenen geführt wurden. In der Nachkriegszeit vorherrschend waren eher modernisierungstheoretisch inspirierte Rezepte. Entsprechend dem 1948 von der UNESCO proklamierten Prinzip des freien Informationsflusses und zugleich in Einklang mit den Prinzipien freier Marktwirtschaften wurde der Transfer westlicher „fortschrittlicher“ Werte propagiert, „um traditionelle, ‚entwicklungshemmende‘ Faktoren in den so genannten Entwicklungsländern zu überwinden“ (Hetzer 2007). Die Forderung nach einem Ausbau der Mediensektoren wurde in diesem Zusammenhang auch Teil von offiziellen entwicklungspolitischen Interventionen, die jedoch gleichzeitig mit der zunehmend aggressiveren Expansionslogik westlicher Medienkonzerne einhergingen (vgl. Hetzer 2007).

Diese Tendenz stieß auf die massive Kritik von eher dependenztheoretisch geprägten Positionen, welche die systematische Fortschreibung von wirtschaftlichen, politischen, aber eben auch kulturellen Abhängigkeitsmustern seit der Kolonialzeit thematisierten. Es herrsche kein gleichberechtigter Informationsaustausch, sondern Abhängigkeitsverhältnisse und asymmetrische Weltnachrichten- und Technologieflüsse von Nord nach Süd, einhergehend mit kultureller Manipulation und Homogenisierung. Dadurch würde

das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung der sich neu formierenden Staaten“ in Frage gestellt und koloniale Dominanzverhältnisse fortgeschrieben (vgl. Hetzer 2007; Leidinger 2003: 258ff). Diese Argumente wurden spätestens seit den 1970er Jahren von Seiten der Blockfreien Staaten mit dem Begriff Kultur- und Medienimperialismus vorgebracht. Nicht nur die ungleiche Ausstattung von Entwicklungsländern mit Medieninfrastrukturen, sondern die asymmetrische Weltinformationsordnung, welche durch Entwicklungshilfeprogramme eher noch verstärkt würde, wurde damit betont. Dies mündete in Forderungen nach mehr nationaler Souveränität und kultureller Autonomie, die sich – analog zu Forderungen nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung (NIEO) – in Forderungen nach einer Neuen Internationalen Informationsordnung ausdrückten (*New International Information Order* – NIIO).

Mit dem Aufkommen digitaler Informations- und Kommunikationstechnologien erfuhr auch die medienkritische Debatte im Nord-Süd-Kontext eine erneute Dynamisierung und rief OptimistInnen auf den Plan, die in den Technologien eine Chance zur Überwindung bisheriger globaler Ungleichheiten sahen. Festzustellen ist jedoch auch hier häufig eine Überbetonung technologischer Lösungen. So wurde auf den beiden Weltgipfeln zur Informationsgesellschaft (WSIS) 2003 in Genf und 2005 in Tunis, den so genannten Cyber-Gipfeln, zwar wiederum eine gerechtere Teilhabe aller an den neuen Informationstechnologien gefordert. Zugrunde liegende Machtfragen und inwiefern gerade die westlich hegemoniale Idee der Informationsgesellschaft bestimmte Wirtschaftsformen favorisiert, während sie andere marginalisiert, blieben jedoch ausgeblendet. Mit einer Schließung digitaler Spaltungen sei, so Hamelink in seinem Beitrag, im Kontext einer asymmetrischen Weltordnung nur dann zu rechnen, wenn dies für das Funktionieren dieser Weltordnung selbst profitabel sei – etwa indem Verwertungsmöglichkeiten und digitale Kontrollmöglichkeiten durch den Einschluss neuer NutzerInnengruppen ausgeweitet werden. In diesem Zusammenhang entpuppt sich das Internet eher als eine „neue Phase des Kolonialismus in digitaler Verkleidung“ – der marginalisierte AkteurInnen nicht durch Einschlussbestrebungen, sondern vielmehr nur durch bewusste „digitale Abspaltung“ begegnen können.

Einen Überblick über verschiedene Phasen kontroversieller akademischer Debatten zu Kultur- und Medienimperialismus, wie sie seit den

1950er Jahren insbesondere im Umfeld der Kommunikationswissenschaften geführt wurden, gibt im Anschluss Janet Wasko. In einer ersten Phase in den 1960er und 1970er Jahren wurden unter dem Begriff Medienimperialismus vor allem einseitige Flüsse von Medieninhalten sowie die Dominanz von US-Produkten und -Unternehmen kritisiert. KritikerInnen der These betonten das durchaus eigenständige, oft widerständige und von Reinterpretationsstrategien geprägte Agieren von RezipientInnen (*active audience*) gegenüber Medienbotschaften. Festgestellt wurde in diesem Zusammenhang auch, dass Medienimperialismuskritik historisch und politisch eng mit der Nachkriegszeit und dem Kalten Krieg verbunden sei und zugleich oftmals mit zu romantisierenden Vorstellungen operiere: von unberührten und authentischen indigenen Kulturen, welchen von außen fremde Werte übergestülpt würden (vgl. auch Leidinger 2003: 261). In den letzten Jahrzehnten wurde die kritische Analyse medienimperialistischer Praktiken im Hinblick auf neoliberale Transformationsprozesse wieder aufgenommen. Betont wurden die Auswirkungen neoliberaler Politik und weiterer Kommerzialisierungsprozesse sowie die Implikationen von geistigen Eigentumsrechten. Von SkeptikerInnen wurde die Medienimperialismusthese angesichts des Heranwachsens neuer regionaler MedienproduzentInnen, der Regulierungsoptionen nationaler Regierungen sowie der Rolle von NutzerInnenpräferenzen in Frage gestellt. All dies in Betracht ziehend, kommt Wasko zu dem Schluss, dass die nach wie vor ungleichen Informationsflüsse, die marktbeherrschende Stellung weniger kommerzieller Medienunternehmen sowie die Dominanz westlicher Lifestyle-Konzepte für eine Verwirklichung kultureller Vielfalt nicht förderlich sei.

Indem Naomi Sakr und Georgette Wang allzu einfache Modelle von einseitig US-dominierten globalen Medienflüssen in Frage stellen, zeigen sie anhand von TV-Programmen in China und in der arabischen Welt Widersprüchlichkeiten, Differenzierungen und auch Gegentendenzen auf. Am Beispiel jüngerer Medienentwicklungen in der arabischen Welt untersucht Sakr, inwieweit die These eines US-dominierten Medienimperialismus hier zu relativieren sei. Zum einen lege die Tatsache einer dynamischen Expansion regionaler Medienstationen im arabischen Raum die Entstehung neuer multidirektionaler Medienflüsse nahe. Zum anderen ließen die militärischen US-Interventionen sowie offene Repressionen gegen JournalistInnen und Medienstationen eine Verlagerung imperialer Praktiken weg

von konsensual basiertem Medienimperialismus hin zur Ausübung eher direkter militärischer Gewalt vermuten. Anhand der Programmentwicklung der größten arabischen Satelliten-Fernsehkkanäle zeigt Sakr, dass starke nationale arabische Elitefraktionen ein großes Eigeninteresse an US-amerikanischer militärischer Unterstützung haben und daher, um ihre eigene Position abzusichern und durchaus gegen interne nationale Widerstände, bei der TV-Programmgestaltung eng mit den USA kooperieren. Diese Form der Kollaboration unterstütze also letztendlich weitere US-imperialistische Kontrolle.

Die Notwendigkeit, über zu einfache dichotome Darstellungen hinauszugehen, zeigt Wang auf. Während auf der einen Seite kritische Positionen, basierend auf der Medienimperialismusthese, die marktbeherrschende Stellung Hollywoods, Amerikanisierung und Homogenisierung lokaler Kulturen thematisieren, betonen postmoderne Positionen die zunehmenden Ausdifferenzierungsprozesse, Diversifizierungen und die Auflösung bisheriger Grenzziehungen. Am Beispiel von ZuschauerInnenumfragen bei der Gestaltung von Reality-Shows in China zeigt Wang auf, dass kulturelle Präferenzen von RezipientInnen durchaus auch zur Veränderung von (importierten) Medieninhalten führten. Wenngleich also kulturelle Praktiken in ökonomische Prozesse integriert wurden, bewahrten sie doch ein Maß an Autonomie. Die von MedienproduzentInnen transportierte Idee einer „Ent-Kulturalisierung“ von Medienprodukten für globalisierte Märkte ginge also in Hinblick auf NutzerInnenpräferenzen nicht auf. Dichotome Sichtweisen müssten angesichts dieser Tatsache überwunden und ZuschauerInnen sowohl als passive KonsumentInnen als auch als autonome Subjekte betrachtet werden.

Franz Nuscheler und Veronika Wittmann geben einen Einblick in Debatten zur Wissensgesellschaft im Hinblick auf globale Entwicklungsprozesse. Ausgehend von der These, dass Wissen die zentrale ökonomische Ressource des 21. Jahrhunderts sei, skizzieren sie, wie sich entlang der Zugangsmöglichkeiten zu Wissen und Informationen neue gesellschaftliche Spaltungen ausmachen lassen. Dieser *Digital Divide* verlaufe und verstärke sich entlang regionaler, sozialer, ethnischer, geschlechtsspezifischer Linien und könne als neue Dimension von Zentrum-Peripherie-Disparitäten verstanden werden. Die Analyse dieser Entwicklungen führt zur Forderung, dass der Zugang zu Informationen und Wissen den Status

von *Global Public Goods* erlangen müsse, was aber häufig Verwertungsinteressen entgegenstehe. Ansatzpunkte zur Überwindung dieser Kluft werden etwa in *Open-Source Software* sowie im *Empowerment* der EmpfängerInnen von Entwicklungsprojekten gesehen.

Der Beitrag von Almut Schilling-Vacaflor bewegt sich inhaltlich außerhalb des Medienschwerpunktes und zeigt am Beispiel indigener Organisationen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess den Zusammenhang zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen auf. Verdeutlicht wird, dass kulturelle Identitäten erst im Beziehungsverhältnis zwischen Gruppen entstehen und dabei nicht statisch sind, sondern durchaus flexibel und situationsbedingt aushandelbar. So kann die Betonung unterschiedlicher Identitätsverständnisse in politischen Prozessen durchaus strategischen Charakter haben, etwa bei der Durchsetzung unterschiedlicher politischer Forderungen. Dies wird anhand von zwei indigenen Organisationen in Bolivien mit sehr unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen dargestellt.

Der Heftschwerpunkt macht die analytische Komplexität sowie die politische Aktualität von Medien im Nord-Süd-Kontext deutlich. Da das vorliegende Heftkonzept erst in einer sehr späten Phase von mir übernommen wurde, sei an dieser Stelle auch denjenigen gedankt, die in verschiedenen früheren Phasen zur Entstehung des Schwerpunktes beigetragen haben.

Literatur

- Becker, Konrad (Hg., 2003): Politik der Infosphäre. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <http://www.bpb.de/publikationen/MDW6DP.html>, 2.3.2008.
- Dieckmann, Martin (2003): Krisenumbruch in der Medienwirtschaft. In: Forum Wissenschaft 2/2003. <http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/441481.html>, 2.3.2008.
- Dreier, Thomas/Nolte, Georg (2006): Einführung in das Urheberrecht. In: Hofmann, Jeanette (Hg.): Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 41-63. <http://www.bpb.de/publikationen/TRRZ2E.html>, 2.3.2008.
- Hetzer, Andreas (2007): Der Kampf um die Deutungshoheit. Die Demokratisierung der Medien in Lateinamerika als Bestandteil politischer Transformation. In: *ila* 308, 4-6. <http://www.ila-bonn.de/artikel/ila308/deutungshoheit.htm>, 2.3.2008.

- Hoffmann, Bert (2004a): Medien und ihre Mittel. In: Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 28, 7-12.
- Hoffmann, Bert (2004b): Zwischen Exklusion und Demokratisierung: Internet und Öffentlichkeit in Lateinamerika. In: Jahrbuch Lateinamerika. Analysen und Berichte 28, 101-118.
- Hofmann, Jeanette (2002): „Weisheit, Wahrheit und Witz“ – Über die Personalisierung eines Allgemeinguts. In: PROKLA 126, 126-148.
- Hofmann, Jeanette/Katzenbach, Christian (2006): Einführung. In: Hofmann, Jeanette (Hg.): Wissen und Eigentum. Geschichte, Recht und Ökonomie stoffloser Güter. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 9-20. <http://www.bpb.de/publikationen/TRRZ2E.html>, 2.3.2008.
- Jessop, Bob (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes. Münster: Westfälisches Dampfboot, 89-111.
- Kübler, Hans-Dieter (2003): Medien- und Massenkommunikation: Begriffe und Modelle. In: Kübler, Hans-Dieter (Hg.): Kommunikation und Medien. Eine Einführung. Münster: LIT, 91-129. <http://www.mediaculture-online.de>, 31.5.2008.
- Leidinger, Christiane (2003): Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mersch, Dieter (2006): Medientheorien zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Nuss, Sabine (2006): Copyright & Copyriot. Aneignungskonflikte um geistiges Eigentum im informationellen Kapitalismus. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Oy, Gottfried (2001): Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sassen, Saskia (1997): Die neue Zentralität – Auswirkungen von Telematik und Globalisierung. In: Maar, Christa/Rötzer, Florian (Hg.): Virtual Cities. Die Neuerfindung der Stadt im Zeitalter der globalen Vernetzung. Basel: Birkhäuser.
- Sassen, Saskia (2001): Machtverhältnisse im Elektronischen Raum. In: Das Argument 238, 701-707.
- Stehr, Nico (2001): Moderne Wissensgesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 36, 7-14.

CEES J. HAMELINK

New Media, the Internet and the North/South Conflict

1. Introduction

Since the 1948 United Nations conference on Freedom of Information the international community has debated the 'media and development' issue. During the first decades this debate was strongly influenced by the experience of colonialism and the subsequent process of de-colonization. The great divide between information-rich and information-poor countries, the paucity of media resources in the latter and their dependence upon foreign media imports, were seen in formerly colonized countries as consequences of colonial exploitation and oppression. Technical assistance programmes and the cultural strings attached were denounced, by the movement of non-aligned countries, as post-colonial attempts to retain colonial power. In their analysis, administrative colonialism was exchanged for cultural imperialism. New information and communication technologies that emerged in the 1990s seemed to promise new empowerment potential for a definitive break away from colonial power relations. This promise needs to be critically investigated. It might be that today's digital technologies are instruments in a re-colonization process rather than liberatory forces for a de-colonized world order.

2. Debates, Negotiations and Summits: The Problems Just Remain

In the earliest meetings of the Economic and Social Council (ECOSOC) of the United Nations the inadequacy of information facilities in the less developed countries was highlighted. Diplomats representing these coun-

tries stressed that, with the existing disparities, there could be no reciprocity and equality in global communication. Several resolutions by the Council and by the General Assembly (UNGA) expressed the need to improve information enterprises in the less developed countries, and in 1957 the General Assembly requested the ECOSOC Commission on Human Rights to “give special consideration to the problem of developing media of information in under-developed countries” (UNGA 1957: 142). One year later the United Nations General Assembly requested ECOSOC to formulate “a programme of concrete action and measures on the international plane which could be undertaken for the development of information enterprises in under-developed countries”. The specialist agencies were invited to contribute to this initiative.

UNESCO was asked to study the mass media in the ‘less developed countries’ in order to survey the problems involved in the development of communication. This was no new terrain for the organization. In its early history there had been an effort to reconstruct and develop mass communication media in war-devastated countries. At its third General Conference in 1948 a resolution was adopted that added to this “the provision of raw materials, equipment and professional training facilities [...] for under-developed areas” (UNESCO 1949: Res. 7.221). This was the beginning of assistance to Third World countries; this received special impetus when, in 1958, the General Conference explicitly requested the Director General “to help develop media of information in the underdeveloped countries”. In response to the request of the General Assembly, UNESCO organized a series of expert meetings (in Bangkok, 1960, Santiago, 1961, and Paris, 1962) to assess communication needs and to design ways to meet these needs. The organization also prepared a report that was presented to the General Assembly in 1961. This report on *Mass Media in Developing Countries*, formulated minimal levels of communication capacity and concluded that for some 70 per cent of the world population this minimum was not available (UNESCO 1961).

The report recommended that communication development should be considered part of the overall United Nations development effort and should thus be incorporated in the UN Technical Assistance Programme. In response to the report, ECOSOC suggested in 1961 that the developed countries should assist the developing countries in the “development of

independent national information media, with due regard for the culture of each country". In 1961 ECOSOC recommended to the General Assembly that the UNESCO programme should be included as part of the activities of the First United Nations Development Decade. In 1962 the UNGA confirmed this by stating that "development of communication media was part of overall development". Subsequently, a multilateral programme of technical assistance to the development of mass communication capacity was launched that was unanimously supported by the UN member states (see Hamelink 1984: 197).

3. Technical Assistance and Dependence: The Non-aligned Movement

In the 1970s the Non-Aligned countries recognized that this technical assistance did not alter their dependency status and that, in fact, their cultural sovereignty was increasingly threatened. They therefore opened the debate on the need for normative standard-setting regarding the mass media. The key point on the agenda for this debate was the demand for a new international information order. This demand expressed the Third World concern about disparity in communication capacity along three lines.

Firstly, there was concern about the impact of the skewed communication relations between North and South on the independent cultural development of the Third World nations.

Secondly, there was concern about the largely one-sided exports from the North to the countries of the Third World and the often distorted or totally absent reporting in the Northern media about developments in the South. The disequilibrium in the exchange of information between the North and the South controlled by few Western transnational information companies began to be criticized by the non-aligned movement as an instrument of cultural colonialism. The Tunis non-aligned countries' symposium of 1976 stated that, "[s]ince information in the world shows a disequilibrium favouring some and ignoring others, it is the duty of the non-aligned countries and other developing countries to change this situation and obtain the decolonization of information and initiate a new international order of information" (International Organization of Journalists 1986: 276). The

New Delhi Declaration on Decolonization of Information stated that the establishment of a New International Order for Information was as necessary as the New International Economic Order (ibid.: 285).

A third line of concern addressed the transfer of media technology. On balance it was concluded in the early 1970s that preciously little technology had been transferred and that, in the main, only technical end products had been exported from the industrial nations. This was often done under disadvantageous conditions, so that in the end the technical and financial dependence of the receiving countries had only increased.

As from its Algiers summit in 1973 the Non Aligned movement continuously articulated its position of strong support for the emancipation and development of media in the developing nations. UNESCO became the most important forum for this debate.

In a first phase (1970-1976) the international debate was characterized by the effort to 'decolonize'. In this period political and academic projects evolved that fundamentally criticized the existing international information order and that developed proposals for decisive changes. Several years of declarations, resolutions, recommendations and studies led to the demand for a New International Information Order (NIIO).

4. NIIO and NWICO

The NIIO concept surfaced at the Tunis information symposium in March 1976. With this concept (formally recognized by Non-Aligned Heads of State in August 1976 in Sri Lanka), a clear linkage was established with the action programme for a fundamental restructuring of the international economy (the New International Economic Order, NIEO) that had been presented in 1974 by the non-aligned countries.

Although the precise meaning of the NIIO was not defined, it was evident that its key aspirations were national sovereignty and cultural autonomy. The NIIO reflected the Non-Aligned aspiration for an international information exchange in which states that develop their cultural system in an autonomous way and with complete sovereign control of resources fully and effectively participate as independent members of the international community.

In the end, the debate did not yield the results demanded by the developing countries. Their criticism of the past failures of technical assistance programmes led to the creation of yet another such programme: the International Programme for the Development of Communication (IPDC). For many Third World delegates this programme was seen as the instrument with which to implement the standards of what had in the meantime been transformed into a New World Information and Communication Order (NWICO). The UNESCO General Conference of 1980 had stated that among these standards were the elimination of the imbalances and inequalities which characterized the situation at the time, the capacity of the developing countries to improve their own situation, notably by providing infrastructure and by fitting their information and communication means to their needs and aspirations, and the sincere commitment of developed countries to help the developing world (UNESCO 1980). The IPDC was not going to meet these expectations. Apart from the inherent difficulty that IPDC built on a definition of world communication problems that had, in the past, not worked to the benefit of Third World nations, the programme would also, from the outset, suffer from a chronic lack of resources.

The International Telecommunication Union (ITU) that had been since 1952 involved with the United Nations development assistance programmes, decided, in its 1973 Plenipotentiary Conference, to establish a 'special fund for technical cooperation' and in 1989 the Plenipotentiary Conference in Nice adopted the formalization of ITU's role as both executing agency for UNDP-funded telecommunication development programmes and as a development institution in its own right. The Nice conference created the Bureau for Telecommunications Development (BTD) and gave it a mandate that included the responsibility "to promote the development, expansion and operation of telecommunication networks and services, particularly in developing countries" (ITU, Nice Document 508-E, June 19, 1989, R.3/12).

At an earlier conference in 1982 the ITU had established an independent commission to study the problem of Worldwide Telecommunications Development. In 1984 this Maitland Commission, as it was named, issued a report entitled *The Missing Link*. The report recommended more investment in telecommunications in developing countries and more resources for training and transfer of technology. In response to the Maitland report the ITU established the Centre for Telecommunications Development (CTD)

in 1985, which was expected to contribute in a significant way to the development of telecommunications. It failed to meet this expectation; the limited and sporadic funding that was provided may have played an important role in this, and the Centre fell victim to the ambiguous attitude of the developed members of the Union.

Throughout the 1970s extensive negotiations took place within the UN on the international transfer of technology. The paramount concerns in this field were related to the conditions of access to knowledge and the terms of its transfer, to the adverse business practices of large transnational technology producers, to the monopolization of technical knowledge through the international patent system, and to the development of independent technological capacity in the Third World. The larger background to these concerns is the quest of Third World countries to complete the decolonization process and to achieve a level of self-reliant development.

Extensive multilateral cooperation supported by a binding and robust accord in the area of technical knowledge transfer became ever more urgent as Third World countries were rapidly losing their natural resource leverage in international negotiations. This was largely due to recent developments in technology. "Discoveries in new materials and processes lower the demand for many raw materials traditionally supplied by developing nations. Automation and quality-control requirements make unskilled and semi-skilled labour a relatively less important component of manufacturing costs, decreasing the advantage of locating operations in labour surplus countries" (United Nations Centre on Transnational Corporations 1990: 10) The new patterns of foreign direct investment suggested "the emergence of a type of technological 'convergence club' of the world's leading industrialized nations, plus perhaps a small group of advanced developing or newly industrializing countries which are positioned to make similar progress" (UNCTC 1990: 11). As technological capacity is an important factor in determining direction of FDI flows, a majority of Third World countries were left behind in the new world order shaped by the members of the 'convergence club'. This was particularly worrying as current trends indicate that access to technology is getting more and more difficult for the Third World. Restrictions on technology exports and stricter rules on the protection of industrial property made the acquisition of technical knowledge from the North more expensive and less feasible.

5. New Information and Communication Technologies: the WSIS

The new technological developments of the 1990s, such as the Internet (with the WWW) and mobile telephony promised fundamental changes in the North/South ICT disparity. An outspoken advocate of these new opportunities was Al Gore, then US Vice-president. During the ITU conference in 1994 at Buenos Aires he launched the proposal for a Global Information Infrastructure (GII) to which everyone should have access. “The GII will circle the globe with information superhighways on which all people can travel. These highways will allow us to share information, to connect, and to communicate as a global community”. He added that the GII would resolve basic problems like poverty, unemployment, environmental damage and would usher in a new age of Athenian democracy. This rather crude form of technological determinism represented the new wave of modernisation thinking by means of which new ICTs were promoted through a discourse of social progress.

The 2003 and 2005 sessions of the UN World Summit on the Information Society (WSIS) were strongly inspired by this thinking. The most striking feature of the WSIS preparatory documents and final texts was the lack of any serious and critical structural analysis of the politico-economic context. It would seem that the WSIS discourse took place in a societal void without any awareness of the politico-economic environment within which statements were made about information and communication technologies and their possible applications. Even during the preparatory proceedings, most of the visions of the Information Society, as they were presented by the various stakeholders, described the Information Society as inclusive and open for the broadest possible participation and access. The Information Society would create an enabling environment and support capacity building. Governance of the Information Society would be democratic. Primary goals were sustainable development, cultural diversity, and gender sensitivity. The general feeling was that the Information Society could yield an unprecedented win-win situation and could contribute to a better life for all citizens.

Although all these intentions are very laudable, it should be noted that they were offered as mere visions, without any empirical evidence as to how

the Information Society would deliver on this potential. In the preparations for the summit one looks in vain for a serious and critical analysis of the socio-political context in which all the promises of the Information Society would have to be realised. This is troubling because most of the laudable visions of what the Information Society is or should be, are part of a well-known international agenda for a better world. All the buzz-words from past decades were back: democracy, diversity, capacity, participation, gender, bridging the gap. The nagging question is, however, why such aspirations have so far not been taken seriously by the international community. Why has the international community been unwilling – in recent decades – to engage in real efforts to implement what it preaches?

The WSIS discourse steered away from such political questions and remained unclear (probably intentionally) about questions of power and control. These notions were not part of the official WSIS discourse. And yet, the question of distribution and execution of political, economic and military power and the control exercised by those powers is essential to a meaningful discussion about informational developments and societal arrangements.

There is not a single phrase in the key documents about the effects of the dominant neo-liberal globalisation process or about how the information society as promotional concept fits remarkably well into a vision that puts Western ‘civilization’ at the centre and forces others to trail behind the model. One finds solemn statements about cultural diversity that have no meaning since the texts of the Final Declaration and the Plan of Action do not offer proposals as to how, in concrete political situations, ‘trailer societies’ can retain their own course towards the future.

In the WSIS discourse there was a strong tendency to consider the global digital disparity as a problem in its own right. This divide is not primarily seen as a dimension of the overall global ‘development divide’. Since this bigger problem was not seriously addressed, a romantic fallacy prevailed which proposed that the resolution of information/communication problems, and the bridging of knowledge gaps or inequalities of access to technologies, can contribute to the solution of the world’s most urgent and explosive socio-economic inequities. However, the solution of the ‘development divide’ has little to do with information, communication or ICT. This is a matter of political will, which is lacking in a majority of nation-

states. Instead of the strong political commitment that is needed, the WSIS discourse focused on the possibility of a 'Global Digital Solidarity Fund' (www.dsfsn.org). This is an almost scandalous proposition in view of the fact that, since the 1970s, all the efforts to develop and sustain such funds for communication development, telecom infrastructures or technological self-reliance have failed because of the lack of such political will. The WTO Ministerial meeting in Cancún (September 2003) demonstrated once again that not all stakeholders are equally intent on solving rich-poor divides. As Walden Bello (2003: 16) commented, "[n]ot even the most optimistic developing country came to Cancún expecting some concessions from the big rich countries in the interest of development". Fortunately, the poor countries understood that the rich countries (particularly the USA and the EU countries) intended to impose yet another set of demands on them that would be very detrimental to their societies and their people. In this sense the Cancún meeting was a great success. That same sense of critical awareness did not inspire the representatives of the poor countries at the WSIS.

The WSIS discourse on the digital divide did not critically address whether rich-poor divides can be resolved at all within the framework of the prevailing development paradigm. Following this, development is conceived of as a state of affairs which exists in society A and, unfortunately, not in society B. Therefore, through some project of intervention in society B, resources have to be transferred from A to B. Development is thus a relationship between interventionists and subjects of intervention. The interventionists transfer such resources as information, ICT and knowledge as inputs that will lead to development as output. In this approach, development is "the delivery of resources" (Kaplan 1999: 5-7). This position is reflected in the conceptual framework of the WSIS discourse: development is delivery. This delivery process is geared towards the integration of its recipients into a global marketplace. There is no space for a different conceptualisation of development as a process of empowerment that strives "to enable people to participate in the governance of their own lives" (Kaplan 1999: 19).

6. The Internet: Colonialism in Digital Disguise?

The current phase of world history is often described in terms of post-colonialism. This is misleading since colonialism never went away. Its key ingredients are still very much alive in the international arena. These are: inequality in power relations, dependence upon monopolistic providers, exploitation of labour, dispossession of resources, limits to autonomy, and local internalisation of foreign standards.

The North/South conflict is today still largely the clash between colonizing and de-colonizing interests. New media are rapidly expanding the production of information and the access to and utilization of information sources around the world. These processes offer new opportunities for people's empowerment and new challenges to the world's existing power relations. It needs to be observed however that the availability of technical and informational resources remains starkly skewed along lines of affluence versus poverty, and that availability does not necessarily imply accessibility and affordability. Moreover, there is no empirical, historical evidence to support the expectation that such variables as technology and information determine fundamental societal changes. Their so-called revolutionary or liberatory potential is usually restrained by the relations of power and the powerful interests that prevail in the existing historical context, a context that today is largely shaped by the protagonists of neo-liberal capitalism: the G-8 countries, the World Trade Organization, and the Fortune 500 corporations. These forces have little interest in a radical re-distribution of the world's wealth. They may occasionally pay lip-service to the alleviation of global poverty but are not likely to support the 'alleviation of wealth' as the most urgent mission for the international community.

In the early 21st century advanced information and communication technologies, in particular the Internet, are proliferating around the globe with the optimistic, almost euphoric announcement of the end of the 'zero sum society' wherein there need no longer be winners and losers. Nevertheless, however significant these technological innovations may be, there is no empirical evidence that basic social arrangements will be restructured.

The determinist position suggests that technological progress is in itself positive and should be adopted by societies as historically inevitable. The problem is that such uncritical adaptation to technological developments

does not hold any guarantee of social improvement. On the contrary, precisely because technological innovation stems mainly from the powerful sectors of society (the military, the large industrial and financial corporations), it is likely to reinforce existing forms of control and inequality. When all the propaganda and sales talk for the 'Information Age' is stripped away, there remains the sober observation that the next decades will witness a pervasive, all-encompassing utilization of ICTs. To expect however that this will terminate the 'zero sum society' and will herald the definitive conclusion of the Colonial Age seems unrealistic and deceptive. Such projections seem to ignore the historical context in which this proliferation takes place. The South continues to be largely excluded from global trade and finance and hardly benefits from international technology transfer. The current process of economic globalisation is driven by a socio-political ideology (often called 'neo-liberalism') that is characterized by its exclusionary effects. The process has very unequal effects around the globe; in particular, those living in Southern countries are excluded from the advantages of market expansion and income growth.

Colonialism has always been characterised by 'dispossession' of the resources of its occupied territories; under 'informationalised capitalism' (Schiller 2007: 23ff) this continues unabated, by outsourcing production and service activities to cheap labour in the South and by exploiting resources such as Col-Tan (most of which is mined in the Congo), which is essential to stabilize electric circuits in mobile telephony. The recent World Trade Organization arrangements for the protection of intellectual property rights have facilitated and legitimized the plunder of genetic resources from poor countries. Many of these countries are rich in the bio-genetic diversity that is essential to the manufacturing of the bio-products that are popular with Northern consumers. Moreover, these trade policies have increasingly 'enclosed' the spaces for independent policymaking in the less powerful countries by defining global limits to forms of national protection, for example of infant-industries.

In the midst of neo-liberal economic globalisation, which can be seen as the largest expansion of capitalism in history, poverty persists and, despite, the availability of financial and technical resources to resolve this, the North lacks the political will to do so. The UN Millennium goals promise that by 2015 the number of the world's poor will be cut in half. This is the bizarre promise to achieve by 2015 half of what could already be realised today!

The colonial concept of development was based on the notion of 'deficit'; the colonized people lacked qualities that the colonizers possessed. The transfer from colonizers to colonized may have been largely in the interest of the former, but was packaged in the discourse of social progress for the recipients. Development as transfer to address deficits implies that external standards are imposed while internal standards are ignored or – if needed – violently oppressed. Those who attempted to create local space for the liberation and facilitation of interior standards were commonly neutralized by colonial administrations. Throughout colonial history the colonizers have used the discourse of social progress as an instrument of control. They brought education, administration, trade, medicine, technology, and religion as a 'civilizing' mission but used this instead to strengthen their hegemonic project. From the beginnings of colonial history it was clear that foreign hegemony could not be sustained on the basis of physical coercion alone. This type of colonialism was too labour-intensive and too expensive. Once civilized and modernized the colonized people would welcome the colonial project as being in their best interest. This required a persuasive discourse that equated Northern-style development with the overall improvement of individual and social conditions. The new media that are on offer to address problems such as world poverty come with the promise of this developmental discourse. Admittedly, the technologies are wonderful, such as the \$100 computer that MIT has developed for poor kids in the South. They do not, however, address the basic problems of these children. Each day some 30,000 of them die an avoidable death (Sandrasagra 2005) and the ingenious little computer will not change that situation! While recognizing that good and genuine intentions may be among the driving factors, the 'sales' campaign looks very much like selling spectacles to the blind without curing their blindness. Much of colonial history was characterized by such efforts.

Colonialism was based upon the unequal distribution of power in the world that limited, in the less powerful and colonized countries, the space for independent policy-making concerning the production and distribution of communication, information and knowledge resources. These skewed power relations are manifest in the issue of who currently controls the Internet. In June 2005 the US Department of Commerce announced that "it would indefinitely retain its existing oversight authority over the Internet

Corporation for Assigned Names and Numbers” (Schiller 2007: 137), an authority which forms the core of all Internet operations.

New media suggest a global culture of freedom and participation and creative peer production; this is to some extent realised in projects such as Wikipedia. However, much of this not-for-profit creativity is exploited by such giant Internet monopolies as Google for commercial purposes. Internet users are becoming co-creators of content but recent studies indicate (Forrester 2007) that most users of User Generated Content (some 86 %) are passive consumers. This is the case even with Wikipedia users.

The commercial market shows no signs of letting the new ‘prosumers’ off the hook, and actually steering and manipulating them has become easier since users leave so much information about their preferences on the sites they visit. Companies such as Google and Yahoo have no specific interest in the creative commons the users offer but in the profiles they leave as ‘metadata’ to be sold to advertisers. Google has recently announced its intention to develop – like the non-profit Wikipedia – a global digital encyclopaedia, most certainly inspired by market motives. Around new media and particularly the Internet sites a struggle has emerged between not-for-profit co-creative peer production and market-based exploitation of user-generated-content.

The Internet is a constitutive element in the ‘network society’ (Castells 1996) in which more and more people live. Network space tends to be associated with openness, de-centralization, and inclusion. Upon closed inspection, however, the network society fits remarkably well into an asymmetrical capitalist world order characterized by exclusion. The majority of the world population continues to be excluded from living in the network society, as Manuel Castells (1996) has convincingly argued. The network society is a society of exclusion and division and has all the crucial features of the colonial society. The Internet is not, as is often suggested, a series of flat connections between sovereign and open entities. It is a hierarchical system of connections between interdependent closed entities (capsules). The regulatory authority (governance) of the Internet is centralized, as is its technical and financial management. The Internet is increasingly ‘colonized’ by market forces and is part of a world economy in which colonial relations of power prevail. It is difficult to see how poor and less powerful countries with inadequate technological, financial and educational resources, with

local 'comprador' classes and fragile democracies or authoritarian political structures can de-colonize.

To present new ICTs as de-colonizing forces is misleading. Relationships between technology and society cannot be analysed merely in terms of technological determinism versus the social shaping of technology. Both positions ignore the fact that the identification of causality in chaotic and complex systems is very problematic, if not impossible. Technology and society relate through multi-layered interactions between human extensions (McLuhan 1964: 4) and human contexts. There is always 'context' for which extensions are developed which then become part of the new context that inspires the development of yet other extensions. The crucial question for analysis is whether, in the historical process, the context really changes. Since the 15th century the capitalist colonial world order has provided the prevailing historical context for the relationships between tools and power. None of the remarkable technical inventions of past centuries, none of the innovative human extensions, have changed that order. They have all been put to good use in reinforcing a divided world where centres and peripheries may shift but where the basic Centre versus Periphery structure is retained. In a time in which capitalism has become the only hegemonic force, its appearance as 'information capitalism' does little to allow us to expect that the hopeful declarations of the WSIS will become reality.

7. Digital Dissociation

The digital divide cannot be bridged in the context of an asymmetrical world order unless such closure is beneficial to this order. Bridging the global digital divide could mean that more consumers can be added to the market and that more surveillance and control can be exercised over more people. It might well be that making all people 'digital' world citizens is more beneficial to the colonial order than their exclusion from the digital revolution. It might well be that if people were to refuse the blessings of digital colonialism that this would be the most unsettling and challenging act that the colonized can perform.

Therefore, we should possibly consider it a blessing in disguise that initiatives proposed during the WSIS, such as the establishment of a Global

Digital Solidarity Fund, have failed. Their success would likely create new forms of exploitation by integrating the South into a global technological order that largely benefits the North by making Southern countries dependent upon Northern monopolistic technology service providers.

The de-colonizing potential of new technologies will have to be assessed in relation to the broader context in which innovations are developed, manufactured and applied. The contemporary context for the assessment is the 'Pax Americana', the hegemonic order imposed on the world by the power elites in the USA and their accomplices.

It would seem inexcusably naïve to expect that his order will realize politics of inclusion, as it is based upon the doctrine of the 'state of exception' (Agamben 2003) following which the sovereign state decides whom will be excluded from the protection of basic human rights. Nevertheless, the discourse of the WSIS outcome documents was strongly 'inclusive'. Both the Digital Solidarity Agenda and the Declaration of Principles (Geneva 2003) talk about an information society for all. The recurrent keyword is 'all'.

Just as I argued in the 1980s (Hamelink 1983) for 'cultural dissociation' as the optimal strategy towards achieving cultural autonomy, I would today plead for 'digital dissociation', i.e. a process of disconnecting before connecting with more negotiating capacity, technological mastery, and with a better defence against the deceptive promises of colonizers in digital disguise. It could well be that future inclusive information and communication societies need to go through a historical process in which 'exclusion' is not experienced as a disempowering force but as an effective tool for self-empowerment.

References

- Agamben, Giorgio (2003): *Etat d'Exception*. Paris: Seuil.
- Bello, Walden (2003): *The Meaning of Cancun*. In: *South Letter* 39, 16-18.
- Castells, Manuel (1996): *The Rise of the Network Society*. Oxford: Blackwell.
- Forrester (2007): Forrester Research. www.forrester.com, 4.4.2008.
- Hamelink, Cees J. (1983): *Cultural Autonomy in Global Communications*. New York: Longman.
- Hamelink, Cees J. (1994): *The Politics of World Communication: A Human Rights Perspective*. London: Sage.

- International Organization of Journalists (1986): *International Information and Communication Order*, Sourcebook. Prague: IOJ.
- Kaplan, Allan (1999): *The Development Capacity*. Geneva: UN Non-Governmental Liaison Service.
- Maitland Commission (1984): *The Missing Link*. Report of the Independent Commission for World Wide Telecommunications Development. Geneva: ITU. http://www.itu.int/osg/spu/sfo/missinglink/The_Missing_Ling_A4-E.pdf, 4.4.2008.
- McLuhan, Marshall (1964): *Understanding Media*. London: Routledge.
- Sandrasagra, Mitre (2005): *WSIS: This Cranked up Computer could Close a Gap*. www.ipsnews.net/news.asp?idnews=31103, 8.3.2008
- Schiller, Dan (2007): *How to Think about Information*. Urbana: University of Illinois Press.
- United Nations Centre on Transnational Corporations (1990): *The New Code Environment*, UNCTC Current Studies Series A, No 16. New York: United Nations.
- UNESCO (1949): *Records of the General Conference, Third Session, Beirut 1948; Vol. II, Resolutions*. Paris: UNESCO. <http://unesdoc.unesco.org/images/0011/001145/114593e.pdf>, 22.3.2008.
- UNESCO (1961): *Mass Media in Developing Countries, Reports and Papers on Mass Communication, No 33*. Paris: UNESCO.
- UNESCO (1980): *Records of the General Conference, Twenty-first Session, Belgrade 1980; Vol. I, Resolutions*. Paris: UNESCO. <http://unesdoc.unesco.org/images/0011/001140/114029E.pdf>, 4.4.2008.
- UNGA – United Nations General Assembly (1957): *Tabulation of studies initiated by the General Assembly under Article 13 (l) (b)*. http://untreaty.un.org/cod/repertory/art13/english/rep_supp2_vol2-art13_l_b_and_2_e.pdf, 4.4.2008.

Abstracts

Information and Communication Technologies (ICTs) are a persistent element in the North/South conflict. Inequities in access to these technologies have been debated since the early meetings of the UN General Assembly, were at the core of the 1970s UNESCO negotiations about a New International Information Order (NIIO) and were prominent on the agenda of the UN World Summit on the Information Society (2003-2005). Two factors were constant in all these debates and negotiations. One factor was that costs and benefits of ICTs were usually couched by marginalized actors in terms of colonialism versus de-colonization. The other factor was that the most powerful actors in the world arena appropriated a discourse

on social progress as a vital instrument of hegemonic control. The new media and in particular the Internet are proliferating rapidly around the world and are 'sold' with this discourse. Moreover, in spite of all the declarations about our times as a post-colonial era, the Internet Age is part of a continuing process of colonization. De-colonization can only be realized once the colonized expose the deceptive promise of global digital capitalism and resist control by the colonizers in digital disguise through a process of 'digital dissociation'.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind ein permanentes Thema in Nord-Süd-Konflikten. Fragen des ungleichen Zugangs zu diesen Technologien wurden bereits in den ersten UN-Generalsammlungen diskutiert; sie waren in den 1970er Jahren Gegenstand von UNESCO-Verhandlungen über eine Neue Internationale Informationsordnung und standen auf der Agenda der UN-Weltinformationsgipfel von 2003 und 2005. Zwei Elemente charakterisieren diese Debatten und Verhandlungen. Zum einen werden die Kosten und Nutzen von Informationstechnologien von marginalisierten AkteurInnen sehr stark als Frage von Kolonialisierung versus Dekolonialisierung thematisiert. Zum anderen propagieren dominante AkteurInnen die Frage der globalen Verbreitung von digitalen Medien, insbesondere des Internet, vor allem im Rahmen eines Diskurses von sozialem Fortschritt – ein Diskurs, welcher sich vielfach als Instrument hegemonialer Kontrolle entpuppt. Vor diesem Hintergrund kann das Internetzeitalter, trotz aller Verlautbarungen über eine post-koloniale Ära, als Teil eines fortgesetzten Kolonialisierungsprozesses interpretiert werden. Eine De-Kolonialisierung ist angesichts eines globalen digitalen Kapitalismus nur dann möglich, wenn sich die Kolonialiserten der digitalen Kontrolle ihrer KolonisatorInnen durch Prozesse der „digitalen Dissoziation“ entziehen.

Cees J. Hamelink
Burg. Hogguerstr. 279
1064 CP Amsterdam
The Netherlands
hamelink@antenna.nl

JANET WASKO

What is Media Imperialism?

During the 1970s and 1980s, the debate about media imperialism erupted in the field of communication studies. A good deal of critique and discussion followed during the next few decades, as academics and policy makers continued to debate the feasibility of the concept. Meanwhile, global media expanded and changed in various ways. Is media imperialism still a viable concept in an increasingly globalized, diverse media system? Or has a new form of cultural imperialism developed? This essay discusses how these concepts have been defined, how they have been challenged and redefined, and their current relevance.

1. Background of the Cultural Imperialism Debate

Of course, the story of cultural imperialism is not new and is an inevitable component of imperialism more generally. Imperialism involves the extension of power or authority over others in the interests of domination and results in the political, military, or economic dominance of one country over another. We have seen countless empires that extended their power and domination over various regions of the world. The analysis of imperialism has been extensive, including Lenin's argument in the 1920s that imperialism was 'a special stage of capitalism' (Lenin 1939; see Cain/Harrison (2001) for an overview of historical discussions of imperialism).

And since cultural imperialism almost inevitably accompanies political and economic imperialism, the concept also has been analyzed by a wide range of writers and theorists. For instance, Goonatilake (2005) has traced the development of Western cultural imperialism since the 14th century,

focusing especially on the Iberian conquest of Latin America and the imposition of Catholicism.

The debate about media imperialism emerged after World War II as new media technologies were introduced and Western, especially US, cultural products spread around the world. Gienow-Hecht (2002) has identified three trends in the evolution of the cultural imperialism debate. “First, the cold warriors deplored the absence of an active and forceful cultural diplomacy among U.S. officials. In contrast, their descendants, the critics of cultural imperialism, described the export of American culture as thinly veiled global capitalist exploitation. Finally, a third group of counter critics challenged the concept of cultural imperialism with a variety of different arguments.” (Gienow-Hecht 2002: n.pag.)

This article will only briefly mention the policy and diplomatic discussions of cultural imperialism, and will instead focus on academic discussions. The first section describes academic attention paid to the media imperialism concept from the 1960s through the 1980s, followed by the critiques of the concept during this period. The next section discusses more recent developments in the media/cultural imperialism debate, followed by a summary and some conclusions.

2. Early Discussions of Cultural/Media Imperialism

As Gienow-Hecht argues, the discussion started ‘in political think tanks’ and policy arenas after World War II. Mattelart (1994) pointed to the use of the term ‘cultural imperialism’ by policy people during the 1960s, specifically the French politician, Jacques Rigaud, and US diplomat, Zbigniew Brzezinski.

Focus on the concept continued in particular within the debates over the New World Information Order, especially within UNESCO as represented by the McBride Commission Report in 1980 (UNESCO 1980). A number of other UNESCO studies in the 1970s and 1980s documented the one-way flow of media products from developed Western countries to the underdeveloped, Third World (Nordenstreng/Varis 1974). In other words, these studies identified the existence of unbalanced, unidirectional flows of TV program materials and foreign news. The authors explained: “There is

no need – in fact, no justification – for a question mark after the title of this publication [*Television Traffic – A One-Way Street?*]. Globally speaking, television traffic does flow between nations according to the ‘one way street’ principle: the streams of heavy traffic flow one way only.” (Nordenstreng/Varis 1974: 52) Another UNESCO study by Guback/Varis (1982) further documented the global imbalance.

The second ‘trend’ identified by Gienow-Hecht developed in the early 1970s as communications scholars presented additional research documenting an imbalance in the flow of media products, research which denounced this uneven development. While there had been some attention to the cultural domination after WWII (see Innis 1952), critical media scholars intensified the analysis and debate in the 1970s. Schiller traced the influence of American media products and technologies around the world, as part of US economic and political strategies (Schiller 1971, 1976). The dominance of US media products was confirmed as well in other studies (such as Golding 1977; Mattelart 1979; Smythe 1981; Boyd-Barrett 1981-1982; Desousa 1982; Boyd 1984).

Based on these developments, scholars began to identify a model of imperialism that integrated the media. Galtung included media and communication when he wrote about *structural imperialism* in 1970 (Galtung 1971), explaining that his “point of departure [was] two of the most glaring facts about this world: the tremendous inequality, within and between nations, in almost all aspects of human living conditions, including the power to decide over those living conditions; and the resistance of this inequality to change. The world consists of Center and Periphery nations.” (Galtung 1971: 8) Galtung also identified five types of imperialism: economic, political, military, communication and cultural.

From within media studies, one of the people most often identified with the cultural imperialism debate was Herbert Schiller, an American professor who contributed to the early development of critical media studies. Schiller described *cultural imperialism* in 1976 as “the sum of the processes by which a society is brought into the modern world system and how its dominating stratum is attracted, pressured, forced, and sometimes bribed into shaping social institutions to correspond to, or even promote, the values and structures of the dominating center of the system” (Schiller

1976: 9-10). This description is one of the most commonly cited definitions of cultural imperialism.

Tunstall similarly described cultural imperialism as a situation in which “authentic, traditional local culture [...] is being battered out of existence by the indiscriminate dumping of large quantities of slick commercial and media products, mainly from the United States” (Tunstall 1977: 57).

Attention to cultural imperialism also developed from within some of the areas of the world where the process was taking place. Scholars from Latin America contributed a good deal to the debate, including Beltran, who wrote that it is “a verifiable process of social influence by which a nation imposes on other countries its set of beliefs, values, knowledge, and behavioral norms as well as its overall style of life” (Beltran 1978: 184; see also Burton/Franco 1978; Lent 1979; Becker et al. 1986).

Dorfman/Mattelart (1971/1991) addressed the issue in their classic *How to Read Donald Duck* – subtitled, ‘Imperialist Ideology In The Disney Comic’. The study analyzed the representation of the Third World, as well as other depictions in Disney comics distributed in Latin America, and found messages that promoted the ‘American way’ as the ‘best way’ (Barker 1997).

While most of these discussions employed the term ‘cultural imperialism’, the focus was mostly on the distribution and effects of the media. While cultural imperialism may also include other forms of culture (language, literature, education, religion, etc.), it may not be surprising that a good deal of attention has been focused on the media’s increasingly important role in the process.

In later work, Tomlinson (2001: 34) drew attention to this distinction, but also explained that media theorists contributed a great deal to the discourse on the broader concept of cultural imperialism. “Though their discussions of media imperialism often remain tied to the particularities of media institutions and forms, they are always, if sometimes unwittingly, in the thick of the conceptual and normative problems of cultural imperialism”.

Although some media researchers later criticized the focus on the media (for instance, see Sreberny-Mohammadi 1997: 50), Barker (1997: 183) explained: “[...] cultural imperialism is understood in the terms of the imposition of one national culture upon another and the media are seen as

central to this process as carriers of cultural meanings which penetrate and dominate the culture of the subordinate nation”.

Some scholars actually used the term media imperialism, as in Boyd-Barrett’s definition in 1977: “the process whereby the ownership, structure, distribution, or content of the media in any country are singly or together subject to substantial external pressures from the media interests of any other country or countries, without proportionate reciprocation of influence by the country so affected” (Boyd-Barrett 1977: 117).

While ‘media imperialism’ or ‘cultural imperialism’ have been the most commonly used terms, other terminology has been suggested. For instance, McPhail defined *electronic colonialism* as: “the dependency relationship established by the importation of communication hardware, foreign-produced software, along with engineers, technicians, and related information protocols, that vicariously establish a set of foreign norms, values, and expectations which, in varying degrees, may alter the domestic cultures and socialization processes” (McPhail 1987: 18). Christian (1989) discussed ‘electronic imperialism’ referring mostly to television. Meanwhile, Sui-Nam Lee identified *communication imperialism* as “the process in which the ownership and control over the hardware and software of mass media as well as other major forms of communication in one country are singly or together subjugated to the domination of another country with deleterious effects on the indigenous values, norms and culture” (Sui-Nam Lee 1988: 74). Meanwhile, Hamelink argued that “the impressive variety of the world’s cultural systems is waning due to a process of ‘*cultural synchronization*’ that is without historic precedent” (Hamelink 1983: 2-3), thus emphasizing the homogeneous culture that resulted from cultural imperialism. Moreover, Sarti (1981), Link (1984) and many others discussed *cultural dependency and domination*, which somewhat softened the negative connotation implied by the notion of ‘imperialism’.

3. Early Critiques of the Media/Cultural Imperialism Concept and Critical Responses

Obviously, many scholars disagreed with the arguments associated with the concept of cultural or media imperialism. Within media studies, most

of these critics represented the mainstream or dominant paradigm, as the idea of cultural imperialism became associated with critical approaches to the study of media, which were actively opposed during this period (see the 'Ferment in the Field' issue of *Journal of Communications* 1983). While it was difficult for mainstream researchers to argue that there was not an imbalance in the flow of media/cultural products or that US media products and services were not spreading rapidly around the world (for instance, see Hoskins/Mirus 1988), other lines of criticism developed. The next section will present examples of these critiques, followed by critical researchers' responses to them.

3.1. Early Critiques of the Media/Cultural Imperialism Concept

A range of responses were offered to counter early media/cultural imperialism claims. Many positivist researchers criticized the cultural imperialism thesis as inexact and inconsistently defined. Chaffee (1991) argued that most of the key terms were treated as primitive concepts, or that it was assumed that their basic meaning was understood. It also was argued that as a theory, it lacked explanatory power and needed to be advanced beyond the level of pure description (Ogan 1988; Sui-Nam Lee 1988). Ogan further asserted that the economic component of media imperialism could be expressed in statistics, but that the cultural component was much more difficult to measure (Ogan 1988). Others maintained that the theory did not hold true in all situations of the phenomenon that it attempted to explain (Sinclair et al. 1996).

One of the major complaints about the cultural imperialist argument has been the question of reception. Several critiques noted that the theory has not adequately acknowledged an audience's ability to process information and interpret messages in different ways, based on their individual backgrounds (Liebes/Katz 1990; Ang 1985; Sui-Nam Lee 1988). This argument is related to the increased emphasis by many media researchers on an 'active' rather than 'passive' audience, not only within a mainstream 'uses and gratifications' model, but also coming from a variety of scholars identifying with a cultural studies approach to understanding media.

In fact, Roach (1997: 47) argued that, by the end of the 1990s, discussions of cultural imperialism had been "subsumed under the rubric of 'cultural studies' and its key concepts: the active audience, audience 'resist-

ance' to media messages, and polysemy". Roach also observed the way that 'resistance' came to be used by postmodernists in the field of communications, as articulated by two prominent writers in the field of comparative literature: Edward Said and Ngũgĩ Wa Thiong'o. Both writers still validated the notion of cultural imperialism, but used the term 'resistance' to refer to the struggles against colonialism and imperialism in the countries of the South.

Meanwhile, Fejes (1981) argued for a more careful understanding of the notion of culture: "While a great deal of concern over media imperialism is motivated by a fear of the cultural consequences of transnational media [...]. All too often the institutional aspects of transnational media receive the major attention while the cultural impact which one assumes to occur, goes unaddressed in any detailed manner" (Fejes 1981: 287). Others argued more strenuously for a 'media effects' approach and more audience research (Salwen 1991).

Another argument challenged the notion of a homogenous culture that was developing globally (Lee 1980). Meanwhile, other scholars defended American culture as appropriately universal. For instance, Tracey discussed the interconnectness of world media systems as a 'patchwork quilt' (Tracey 1988), but also argued that "the real genius of American popular culture is to bind together, better than anything else, common humanity with such universal elements as the wholesome innocence of Disney characters or the tragic dramatic structure of *Dallas*" (1985: 40).

Other researchers looked at music and argued that popular music worldwide is a complex mix of local, national and international influences, as "meanings are negotiated between domination and diversity, cultural erosion and enrichment" (Laing 1986: 331; see also Robinson et al. 1991).

3.2. Responses to criticism of the media/cultural imperialism thesis

It is interesting that the debate about cultural imperialism within media studies took place more or less around the time that more general paradigm debates were erupting. Though many critical scholars were involved in these debates, Herb Schiller was probably the most active in countering these critiques. Schiller responded directly to the criticism from active audience proponents in 1989:

Assuredly, this was a finding most agreeable to the producers [of American media content] and one that sharply rebuffed the worriers who championed a new international information order. How heartening to the cultural message makers to learn that cultural imperialism does not exist! Each audience receives and makes its own message. Liebes concluded: “The idea of a simple ‘American’ message imposing itself in the same way on viewers all over the world is simply not valid.”

But who would have made such a claim in the first place? The transfer of cultural values is a complex matter. It is not a one-shot hypodermic inoculation of individual plots and character representations. It involves the much more difficult to measure acceptance of deep-structured meanings that may not even be explicitly stated. Can the transfer, for example, of acquisitive or consumerist perspectives be simply quantified? (Schiller 1989: 149).

In another article by Schiller (1991: 24), he responded further to active audience theorists, asking “How can one propose to extract one TV show, film, book, or even a group, from the now nearly seamless media-cultural environment and examine it (them) for specific effects?” He went further to question how a researcher could identify the specific source of an idea, value, or reaction. According to Schiller, an individual’s response to the television series “Dallas”, for example, may be the result of “half-forgotten images from a dozen peripheral encounters in the cultural supermarket” (Schiller 1991: 24).

White (2001) points out that this was one of the basic arguments used to counter the challengers of the cultural imperialism concept. In response to those who argued that audiences are inherently active and/or resistant to media messages, Schiller contended that these researchers are basically trying to apply cultural imperialism to the micro-level or to individual audience members, even though cultural imperialism “is designed for application to macro-level situations such as the flow of information between countries” (White 2001: n.pag.).

Schiller also criticized the methodology of active audience researchers. As White observes: “Clearly, cultural imperialism cannot be studied from a purely positivistic quantitative perspective. Implicit in [Schiller’s] critique [...] is the notion that cultural imperialism is a long-term process and therefore cannot be analyzed with ‘one-shot’ analyses. An examination of cultural imperialism requires longitudinal analyses with media audience

cohorts” (White 2005: n.pag.). Other researchers offered further evidence of media imperialism through studies of global and regional media flows. (For instance, see Meyer 1987, 1988; Hamelink 1990; Boyd-Barrett/Thussu 1993).

Interestingly, confirmation of one of the tenets of the cultural imperialism argument was from Harvard business professor, Theodore Levitt, who published an essay in 1983 entitled ‘The Globalization of Markets’, where he argued that, “[t]he world’s needs and desires have been irrevocably homogenized”. Levitt distinguished between multinational corporations, which change depending on which country they are operating in, and global corporations which use the same products and policies everywhere. “The multinational corporation operates in a number of countries, and adjusts its products and practices to each – at high relative costs. The global corporation operates with resolute constancy – at low relative cost – as if the entire world (or major regions of it) were a single entity; it sells the same things in the same way everywhere [...]. Ancient differences in national tastes or modes of doing business disappear” (Levitt 1983).

4. Recent Thoughts on Media/Cultural Imperialism

The last few decades have seen significant shifts in the global political economy, as well as even more media expansion. The collapse of the Soviet Union and Eastern Europe’s communist regimes was supposedly influenced by the ‘lure’ of Western products and culture. Together with the continued process of globalization, a neo-liberal agenda – promoting deregulation, privatization and commercialization – has opened global markets to new media technologies. Consequently, media/cultural imperialism continues to be redefined, but also critiqued, within academic circles. The next section presents a sample of this rethinking, followed by some examples of the continuing critique of the concept.

4.1. Rethinking Media/Cultural Imperialism

While Schiller and others continued to identify American political, economic and cultural dominance through the 1990s (Schiller 1991), a good

deal of theoretical development and research emerged around the turn of the century to refine or reformulate the notion of cultural imperialism, especially in the light of continued global media expansion and technological development (see Mattelart 1994; Golding/Harris 1997).

Critical scholars have continued to document the flow of media products (especially entertainment programming) from Western, and especially U.S.-based media conglomerates, around the world (see Herman/McChesney 1997; Germann 2004; Miller et al. 2005). While local and regional media production has expanded, especially with new media outlets such as cable television, it is still possible to see an enormous output from Western media to developing countries, and in some cases (for instance, motion pictures), US media still dominate foreign media programming (see, for instance, Fu 2006).

Nevertheless, rather than focusing on direct ideological effects from foreign media programs and other cultural products, many researchers have stressed other forms of influence (see, for example, Schiller 1996, and Sreberny-Mohammadi 1997). As Boyd-Barrett noted in 2006: “Early media imperialism theories focused on US television exports at a time when such exports were set to decline in many local markets. Covert influences such as ownership, business models, professional values, content formatting, audience preferences, cultural hybrids and technologies, were insufficiently considered” (Boyd-Barrett 2006: 42).

Along these lines, Thomas (1999) pointed out that the neo-liberal policies promoted by the World Trade Organization were shaping domestic practices and informing attitudes about communications priorities. Using India as an exemplar, he specifically highlighted issues relating to intellectual property and the pressures of liberalization on local communications industries, including information technology, broadcasting, film and the press. Thomas concluded that, “despite new opportunities to reverse one-way flows, the systemic and systematic incorporation of countries like India into the circuits of globalization inevitably leads to them becoming mere appendages of transnational powers” (Thomas 1999: 289). Along the same lines, Crabtree/Malhotra (2000) found influences on the organization of media in India.

Meanwhile, Chadha/Kavoori (2000) resisted the argument that Third World countries have been flooded and overwhelmed by western cultural

products, but agreed that the problem lies in the increasing commercialization and challenges to public broadcasting in many Asian countries. Chen (2004) also found important influences through transnational cable channels in Asian markets such as Hong Kong. Meanwhile, Van Elteren (2003) rejects the notion of cultural imperialism, yet acknowledges ‘the global diffusion of consumerist beliefs and practices’, primarily propagated by the US.

A closer look at cultural production has been undertaken by critical researchers, as well, with calls for a more nuanced argument about the flow of media products. For instance, Curtin (2003: 2002) looks at specific media capitals and argues for an “empirically grounded analysis of the temporal dynamism and spatial complexity of the global media environment”.

More recently, Jin (2007) considered the argument that some national or regional cultural distributors have become dominant in various regions of the world and have avoided the domination of foreign cultural producers. While Korea has become an active producer of media products for the East and Southeast Asian cultural markets, Korea’s media industry is still strongly influenced by the US, specifically in the form of joint ventures, direct investment and program affiliations. Jin concluded that “the transnationalization of domestic culture industries is nothing but another form of intensified cultural imperialism” (Jin 2007: 767). Jin argued that “the cultural imperialism thesis is not only applicable to the flow of cultural products, but also to other aspects of the film and television industry, such as the institutionalization of Western ways of life, organizational structures, values and interpersonal relations, and language” (ibid: 767).

Meanwhile, research supporting a cultural imperialist argument has focused on audience reception of Western cultural products. The Global Disney Audience Project (Wasko et al. 2001) looked at the popularity and attitudes towards Disney products and media in 18 countries and argued that cultural products (such as Disney’s) can themselves represent, or be associated with, certain values, such as consumerism, commercialization, etc. Meanwhile, Gray (2007) offers an interesting example of *The Simpsons*, an American television program that may not always represent ‘American values’.

Griffin (2002) and Classen (2005) also consider ideas about cultural imperialism in the light of developments related to 9/11 and terrorism.

Griffin concludes that “For media scholars, perhaps the events of the past year will serve as a reminder that we still know very little about the cultural impact of transnational systems of media technology that propagate social norms and public aspirations. Global upheaval, rather than global peace, seems to be accompanying the expansion of global markets” (Griffin 2002: 20).

Another term used for this process has been ‘soft power’ – a term apparently first coined by Dean Joseph Nye of the Harvard Kennedy School of Government in the late 1980s (see Nye 2004), but adopted by certain neo-conservative American policy-makers. Nye argued that soft power is perpetuated through a newly globalized economy and the use of new information technologies, rather than forceful domination.

Another example of rethinking has been Boyd-Barrett’s (2006) observation that the earlier focus on television and content distracted attention from the emergence of microprocessor-based computer networking technologies, their significance for the development of ICT industries, and the profound influence these have exerted on US economic and foreign policies. Boyd-Barrett documented the continuing dominance of US corporate power, US-based transnational corporations and, among them, of ICT industries, within the global economy and found US dominance continued in most spheres of computing and telecommunications at the turn of the 21st century.

In addition, the development of the theory of cultural imperialism also continued to benefit from links with other approaches, thus refining and expanding the concept. While early discussions of cultural imperialism were mostly within the field of media studies, the academic debate has expanded into other fields. For instance, Hamm/Smandych (2005) gathered essays on cultural imperialism spanning a wide array of social and physical science disciplines, and argue that cultural imperialism is ‘a rather holistic concept’.

Furthermore, dependency theory continues to play an important role in providing evidence of a world system that still consists of dominant nations at the core and poor countries at the periphery, despite the pronouncements from free market economists who argue that we are moving towards a fully integrated, global system.

As noted previously, cultural imperialism is also an on-going issue in the area of post-colonialism. Drawing on Foucault's concepts of discourse and power, Said and other post-colonialists have extensively examined the cultural component of imperialism (see Said 1993, for instance). Nevertheless, as Christophers (2007) points out, postcolonial studies and the critique of American cultural imperialism, despite addressing similar themes, have developed largely in isolation from one another.

It is encouraging, however, to note that some discussions of cultural imperialism have returned to classic Marxist theory in analyzing the concept. For instance, Kueneman (2005) recalls Marx's observation about the ruling class and ruling ideas, and provides a contemporary view of cultural imperialism: "As the brokers of political and economic power pursue their agendas, there are consequences in the cultural domain. Some of these are incidental, many are unintended, and some are best understood as direct attempts at cultural imperialism. The cumulative effect of these cultural changes contributes to the undermining of local cultural diversity and difference and the imposition of a monocultural view that is capitalistic, materialistic, intolerant of difference and local autonomy, and a threat to the ecosphere" (Kueneman 2005: vii-viii).

Expanded methodological approaches have also been suggested and used in the study of cultural influence, as well, including a variety of qualitative audience research methods and critical reception analysis (see Biltereyst 1995; Sarikakis 2005).

4.2. Continuing Criticism of Media/Cultural Imperialism Concept

Buonanno (2005) has observed that the critiques of media imperialism have continued from different perspectives, but have only been somewhat effective in neutralizing the idea of a threat and have not developed very much beyond that.

Tomlinson (1991) presented an extensive critique of cultural imperialism, viewing it as a critical discourse that represented another (non-Western) culture in dominant Western cultural terms. He identified four ways to discuss the concept: as media imperialism, as a discourse of nationality, as a critique of global capitalism or as a critique of modernity itself

(Tomlinson 1991: 19-28). He included a number of specific criticisms that other researchers continue to develop.

One of the critiques has focused on national or regional cultural producers' growing strengths, especially focusing on Brazil's dominant role in Latin America (Straubhaar 1984; Biltereyst/Meers 2000; Sonwalker 2001). Straubhaar has proposed an 'asymmetrical interdependence' thesis, stressing contraflow and cultural proximity that has been supported by other researchers (Straubhaar 2002; Sinclair et al. 1996; Bicket 2005). Other studies have focused on examples such as India (Sengupta/Frith 1997; Thomas 1999) and China (Wu/Chan 2007; see also Sinclair/Harrison 2004).

Another criticism focuses on national governments' role in resisting media imperialism. For instance, Xiaoming (2000) examined the development of satellite broadcasting in China and argued that a national government may regulate satellite broadcasters as well as domestic broadcasting. Chadha/Kavoori (2000) also looked at the role of national gate-keeping in resisting media imperialism.

Other critiques have involved the expansion and extension of media technology, often with enhanced interactive characteristics. Many argue that the expansion of technologies such as telecommunications, computers, and satellite technology, but especially the Internet, have become more widely available, in addition to allowing greater interaction between sender and receiver than was available through previous communication technologies. White (2001: n.pag.) concludes that "the cultural imperialism argument that has been framed in terms of center nations with power over disempowered periphery nations must be reevaluated as the advanced media slowly penetrate into developing nations".

There has also been continued focus on audiences' preferences for local or national cultural productions rather than foreign imports, or in other words, Straubhaar and others' notion of cultural proximity (see Sepstrup 1989; Biltereyst 1991; Sui-Nam Lee 1995; Elasmár/Hunter 1997; Thussu 1998). Banerjee (2002: 217) has repeated arguments about the 'resilience' of cultures, arguing that "cultural change has to be understood as a dynamic articulation between local and transcultural forces". While mainstream media researchers still suggest various media theories to explain cultural domination (for instance, Willnat et al. 2002; Ware/Dupagne 1994), Strelitz

(2004) has pointed to ‘centuries of cultural mixing’ between cultures that challenge the notion of a ‘pure’ indigenous culture.

Another line of critique has been whether the US deserves the role as the dominant cultural imperialist (for instance, see Hutchinson 1997; May/Wagnleitner 2000; Chalaby 2006). Interestingly, some Americans have not rejected the concept of cultural/media imperialism, but embraced it fully as an important part of American foreign policy. In a provocative piece in *Foreign Policy* magazine, David Rothkopf (1997) argued that America should embrace cultural imperialism, which is the ‘innocent result’ of globalization. Although his definition involved allowing individuals in other nations to accept or reject foreign cultural influences, he pointed to the consumption of news, popular music and film as a form of cultural dominance that he supported. Rothkopf also made the point that globalization and the Internet were accelerating the process of cultural influence. He noted: “Globalization is a vital step toward both a more stable world and better lives for the people in it. Furthermore, these issues have serious implications for American foreign policy. For the United States, a central objective of an Information Age foreign policy must be to win the battle of the world’s information flows, dominating the airwaves as Great Britain once ruled the seas” (Rothkopf 1997: n. pag.).

Along these lines, Hamm/Smandych (2005: ix) point to “compelling evidence of the close connection between cultural imperialism and the global power structure and the political and economic objectives behind current American attempts at global domination”. But they also argue that imperialism is “not an American invention, and it will probably long outlive the current American empire”.

5. Summary/Concluding Thoughts

As the globalization of media continues, the debates about the consequences of cultural impact will inevitably continue, as well. Gienow-Hecht (2002: n. pag.) describes the current state of the discussion of cultural imperialism: “At the turn of the twenty-first century, a rather heterogeneous group of scholars argued that local resistance either modified or completely stymied imports as part of a global process. Begun as a purely political

debate, the discussion has expanded into an increasingly academic dispute over culture as an instrument of power that either ‘functioned’ or ‘did not function’”. In an effort to summarize the debate at this point, it may be possible to say (perhaps simplistically) that:

- Media and communications products are still often distributed through an uneven flow, albeit in a way more complex than was the case before. Foreign media products continue to have influence, although reception/resistance may be different for different cultures.
- Western, especially US media products, may still promote a specific lifestyle, including consumption and other Western values.
- Western, especially US media products, may still dominate some global media markets, especially for film and some other entertainment products.
- Western, especially US-based, transnational media and communication conglomerates, still influence global markets, through ownership of media/communications outlets, as well as the supply of capital.
- Through political and economic power, the US and other Western countries continue to push developing and Third World nations towards private, commercial-based media and information systems.

While this discussion has focused mostly on the academic debate surrounding the concept, it is important to further explore this concept as it has been developed in international and national policy arenas. For instance, UNESCO has recently drawn attention to the promotion of cultural diversity as a ‘new ethical imperative’ through an international treaty, the *Convention on the Protection and Promotion of the Diversity of Cultural Expressions*, expressing concern “that the neo-liberal international trading regime may have the consequence of reducing the public expression of cultural differences” (see Harvey 2006: 15). And, while it may be understandable that the academic debate continues to evolve, as the global expansion of media itself shifts and changes, it should be important in the future for researchers to unite academic and policy debates of media/cultural imperialism to influence further any effective promotion of cultural diversity.

References

- Ang, Ien (1985): *Watching 'Dallas': Soap Opera and the Melodramatic Imagination*. London: Methuen.
- Banerjee, Indrajit (2002): *The Locals Strike Back?* In: *International Communication Gazette* 64 (6), 517-26.
- Barker, Chris (1997): *Global Television*. London: Blackwell Publishers.
- Becker, Jorg/Hedebro, Goran/Paldan, Leena (eds., 1986): *Communication and Domination: Essays to Honor Herbert I. Schiller*. Norwood: Ablex Publishing Corporation.
- Beltran, Luis Ramiro (1978): *Communication and Cultural Domination: USA-Latin American Case*. In: *Media Asia* 5 (4), 183-192.
- Bicket, Douglas (2005): *Reconsidering Geocultural Contraflow: Intercultural Information Flows Through Trends in Global Audiovisual Trade*, In: *Global Media Journal* 4 (6). <http://lass.calumet.purdue.edu/cca/gmj/spo5/gmj-spo5-bicket.htm>, 9.1.2008.
- Bilteyst, Daniel (1991): *Resisting American Hegemony: A Comparative Analysis of the Reception of Domestic and US Fiction*. In: *European Journal of Communication* 7, 469-97.
- Bilteyst, Daniel (1995): *Qualitative Audience Research and Transnational Media Effects: A New Paradigm?* In: *European Journal of Communication* 10 (2), 245-270.
- Bilteyst, Daniel/Meers, Philippe (2000): *The International Telenovela Debate and the Contra-Flow Argument: A Reappraisal*. In: *Media, Culture and Society* 22 (4), 393-413.
- Boyd, Douglas A. (1984): *The Janus Effect? Imported Television Entertainment Programming in Developing Countries*. In: *Critical Studies in Mass Communication* 1, 379-391.
- Boyd-Barrett, Oliver J. (1977): *Media Imperialism: Towards an International Framework for an Analysis of Media Systems*. In: Curran, James/Gurevitch, Michael/Woollacott, Janet (eds.): *Mass Communication and Society*. London: Edward Arnold, 116-135.
- Boyd-Barrett, Oliver J. (1981-1982): *Western News Agencies and the 'Media Imperialism' Debate: What Kind of Data-Base?* In: *Journal of International Affairs* 35 (2), 247-261.
- Boyd-Barrett, Oliver J./Thussu, Daya Kishan (1993): *NWIO Strategies and Media Imperialism: The Case of Regional News Exchange*. In: Nordenstreng, Kaarle/Schiller, Herbert I. (eds.): *Beyond National Sovereignty: International Communication in the 1990s*. Norwood: Ablex Publishing, 177-192.
- Boyd-Barrett, Oliver J. (2006): *Communications Media, Globalization and Empire*. London: John Libbey.

- Buonanno, Milly (2005): *Foreign Fiction: From Threat to Resource*. Paper presented at the conference of the International Communication Association, New York, 26-30.5.2005.
- Burton, Julianne/Franco, Jean (1978): *Culture and Imperialism*. In: *Latin American Perspectives* 5 (1), 2-12.
- Cain, Peter J./Harrison, Mark (eds., 2001): *Imperialism: Critical Concepts in Historical Studies*. London: Routledge.
- Chadha, Kalyani/Kavoori, Anandam (2000): *Media Imperialism Revisited: Some Findings from the Asian Case*. In: *Media, Culture and Society* 22 (4), 415-432.
- Chaffee, Steve (1991) *Communication Concepts 1: Explication*. Newbury Park, CA: Sage.
- Chalaby, Jean K. (2006): *American Cultural Primacy in a New Media Order: A European Perspective*. In: *International Communication Gazette* 68 (1), 33-51.
- Chen, Ping-Hung (2004): *Transnational Cable Channels in the Hong Kong Market*. In: *International Communication Gazette* 66 (2), 167-183.
- Christian, Werner Thomsen (1989): *Cultural Transfer or Electronic Imperialism?: The Impact of American Television Programs on European Television*. Heidelberg: C. Winter.
- Christophers, Brett (2007): *Ships in the Night: Journeys in Cultural Imperialism and Postcolonialism*. In: *International Journal of Cultural Studies* 10 (3), 283-302.
- Classen, Elvira (2005): *Media Transmitted Values Transfer: The US at "War Against Terrorism" and its Implications for the Information Society*. In: Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds.): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough: Broadview Press, 136-146.
- Crabtree, Robin D./Malhotra, Sheena (2000): *A Case Study of Commercial Television in India: Assessing the Organizational Mechanisms of Cultural Imperialism*. In: *Journal of Broadcasting and Electronic Media* 44 (3), 364-385.
- Curtin, Michael (2003): *Media Capital: Toward the Study of Spatial Flows*. In: *International Journal of Cultural Studies* 6 (2), 202-228.
- Desousa, Michael A. (1982): *The Cultural Impact of American Television Abroad: An Overview of Criticism and Research*. In: *International and Intercultural Communication Annual* 6, 19-20.
- Dorfman, Ariel/Mattelart, Armand (1971/1991): *How to Read Donald Duck: Imperialist Ideology in the Disney Comic*. New York: International General Editions.
- Elasmar, Michel G./Hunter, John E. (1997): *The Impact of Foreign TV on Domestic Audiences: A Meta-Analysis*. In: Burleson, Brant R. (ed.): *Communication Yearbook* 20, 47-69.
- Fejes, Fred (1981): *Media Imperialism: An Assessment*. In: *Media, Culture and Society* 3, 281-289.
- Fu, Wayne W. (2006): *Concentration and Homogenization of International Movie Sources: Examining Foreign Film Import Profiles*. In: *Journal of Communication* 56 (4), 813-835.

- Galtung, Johan (1971): A Structural Theory of Imperialism. In: *Journal of Peace Research* 8, 81-117.
- Germann, Christophe (2005): Content Industries and Cultural Diversity: The Case of Motion Pictures. In: Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds.): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough: Broadview Press, 93-113.
- Gienow-Hecht, Jessica C. E. (2002): Cultural Imperialism. In: *Encyclopedia of American Foreign Policy*. http://findarticles.com/p/articles/mi_gx5215/is_2002/ai_n19132384_5.3.2008.
- Golding, Peter (1977): Media Professionalism in the Third World: The Transfer of Ideology. In: Curran, Daniel J./Gurevitch, Michael/Woollacott, Janet (eds.): *Mass Communication and Society*. London: Arnold, 291-308.
- Golding, Peter/Harris, Phil (eds., 1997): *Beyond Cultural Imperialism: Globalization, Communication and the New International Order*. London: Sage.
- Goonatilake, Susantha (2005): Cultural Imperialism: A Short History, Future, and a Postscript from the Present. In: Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds.): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough: Broadview Press, 33-51.
- Gray, Jonathan (2007): Imagining America: The Simpsons Go Global. In: *Popular Communication* 5 (2), 129-148.
- Griffin, Michael (2002): From Cultural Imperialism to Transnational Commercialization: Shifting Paradigms in International Media Studies. In: *Global Media Journal* 1(1).
- Guback, Thomas/Varis, Tapio (1982): *Transnational Communication and Cultural Industries. Reports and Papers on Mass Communication* 92. Paris: UNESCO.
- Hamelink, Cees J. (1983): *Cultural Autonomy in Global Communications*. New York: Longman.
- Hamelink, Cees J. (1990): *Information Imbalance: Core and Periphery in Questioning the Media: A Critical Introduction*. London/Newbury Park: Sage.
- Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds., 2005): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough: Broadview Press.
- Harvey, Sylvia (ed., 2006): *Trading Culture: Global Traffic and Local Cultures in Film and Television*. Eastleigh: John Libbey Publishing.
- Herman, Edward/McChesney, Robert W. (1997): *The Global Media: The New Missionaries of Corporate Capitalism*. London: Cassell.
- Hoskins, Colin/Mirus, Rolf (1988): Reasons for the U.S. Dominance of International Trade in Television Programmes. In: *Media, Culture and Society* 10 (4), 499-515.
- Hutchinson, David (1997): The Atlantic Gulf of Comprehension: European Responses to American Media Imperialism. In: *Canadian Review of American Studies* 27 (3), 85-100.
- Innis, Harold A. (1952): *The Bias of Communication*. Toronto: University of Toronto Press.

- Jin, Dal Yong (2007): Reinterpretation of Cultural Imperialism: Emerging Domestic Market Vs. Continuing US Dominance. In: *Media Culture and Society* 29 (5), 753-771.
- Journal of Communications* (1983): Special issue on the 'Ferment in the Field'. In: *Journal of Communications* 33 (3).
- Kraidy, Marwan M. (2002): Ferment in Global Media Studies. In: *Journal of Broadcasting & Electronic Media* 46 (4), 630-641.
- Kueneman, Rodney (2005): Forward. In: Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds.): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough: Broadview Press, vii-viii.
- Laing, Dave (1986): The Music Industry and the 'Cultural Imperialism' Thesis. In: *Media, Culture and Society* 8, 331-341.
- Lee, Chin-Chuan (1980): *Media Imperialism Reconsidered: The Homogenizing of Television Culture*. Beverly Hills: Sage.
- Lenin, Vladimir Il'ich (1939): *Imperialism: the Highest Stage of Capitalism*. New York: International Publishers.
- Lent, John A. (1979): *Topics in Third World Mass Communications: Rural and Developmental Journalism, Cultural Imperialism, Research and Education*. Hong Kong: Asian Research Service.
- Levitt, Theodore (1983): The Globalization of Markets. In: *Harvard Business Review* 61 (3), 92-102.
- Liebes, Tamar/Katz, Elihu (1990): *The Export of Meaning: Cross-Cultural Readings of "Dallas"*. Oxford: Oxford University Press.
- Link, Jere H. (1984): Test of the Cultural Dependency Hypothesis. In: Stevenson, Robert/Shaw, Donald L. (eds.): *Foreign News and the New World Information Order*. Ames: Iowa State University Press, 186-199.
- Mattelart, Armand (1979): *Multinational Corporations and the Control of Culture*. Brighton: Harvester Press.
- Mattelart, Armand (1994): *Mapping World Communication*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- May, Elaine Tyler/Wagnleitner, Reinhold (eds., 2000): *Here, There, and Everywhere: The Foreign Politics of American Popular Culture*. Hanover: University Press of New England.
- McPhail, Thomas L. (1987): *Electronic Colonialism: The Future of International Broadcasting and Communication*. Newbury Park: Sage.
- Meyer, William H. (1987): Testing Theories of Cultural Imperialism. In: *International Interactions* 13 (4), 353-374.
- Meyer, William H. (1988): *Transnational Media and Third World Development: The Structure and Impact of Imperialism*. New York: Greenwood Press.
- Miller, Toby/Govil, Nitin/McMurria, John/Maxwell, Richard/Wang, Ting (2005): *Global Hollywood 2*. London: BFI Publishing.
- Nordenstreng, Kaarle/Varis, Tapio (1974): *Television Traffic – A One Way Street?* Paris: UNESCO.

- Ogan, Christine L. (1988): Media Imperialism and the Video Cassette Recorder: The Case of Turkey. In: *Journal of Communication* 38, 93-106.
- Roach, Colleen (1997): Cultural Imperialism and Resistance in Media Theory and Literary Theory. In: *Media, Culture and Society* 19, 47-66.
- Robinson, Deanna Campbell/Buck, Elizabeth B. Buck/Cuthbert, Marlene (1991): *Music at the Margins: Popular Music and Global Culture Diversity*. Beverly Hills: Sage.
- Rothkopf, David (1997): In Praise of Cultural Imperialism? Effects of Globalization on Culture. In: *Foreign Policy* 107, 38-53. www.globalpolicy.org/globaliz/cultural/globcult.htm, 9.1.2008.
- Said, Edward W. (1993): *Culture and Imperialism*. New York: A.A. Knopf.
- Salwen, Michael B. (1991): Cultural Imperialism: A Media Effects Approach. In: *Critical Studies in Mass Communication* 8, 29-38.
- Sarikakis, Katharine (2005): Legitimizing Domination: Notes on the Changing Faces of Cultural Imperialism. In: Hamm, Bernd/Smandych, Russell Charles (eds.): *Cultural Imperialism: Essays on the Political Economy of Cultural Domination*. Peterborough, ON: Broadview Press, 80-92.
- Sarti, Ingrid (1981): Communication and Cultural Dependency. In: McAnany, Emile/Schnitman, Jorge/Janus, Noreene (eds.): *Communication and Social Structure*. New York: Praeger, 317-334.
- Schiller, Herbert I. (1971): *Mass Communications and American Empire*. Boston: Beacon Press.
- Schiller, Herbert I. (1976): *Communication and Cultural Domination*. New York: International Arts and Sciences Press.
- Schiller, Herbert I. (1989): *Culture, Inc.: The Corporate Takeover of Public Expression*. New York: Oxford University Press.
- Schiller, Herbert I. (1991): Not Yet the Post-Imperialist Era. In: *Critical Studies in Mass Communication* 8, 13-28.
- Schiller, Herbert I. (1996): *Information Inequality: The Deepening Social Crisis in America*. New York: Routledge.
- Sengupta, Subir/Frith, Katherine T. (1997): Multinational Corporation Advertising and Cultural Imperialism: A Content Analysis of Indian Television Commercials. In: *Asian Journal of Communication* 7, 1-18.
- Sepstrup, Preben (1989): Research into International TV Flows – A Methodological Contribution. In: *European Journal of Communication* 4, 393-408.
- Sinclair, John/Jacka, Elizabeth/Cunningham, Stuart (eds., 1996): *New Patterns in Global Television: Peripheral Vision*. New York: Oxford University Press.
- Sinclair, John/Harrison, Mark (2004): Globalization, Nation, and Television in Asia. In: *Television & New Media* 5 (1), 41-54.
- Siu-Nam Lee, Paul (1988): Communication Imperialism and Dependency: A Conceptual Clarification. In: *International Communication Gazette* 41, 69-83.

- Siu-Nam Lee, Paul (1995): A Case Against the Thesis of Communication Imperialism: The Audience's Response to Foreign TV in Hong Kong. In: *Australian Journal of Communication* 22, 63-81.
- Smythe, Dallas W. (1981): *Dependency Road: Communications, Capitalism, Consciousness and Canada*. Norwood: Ablex Publishing.
- Sonwalker, Prasun (2001): India Culture: Makings of Little Cultural/Media Imperialism? In: *International Communication Gazette* 63 (6), 505-520.
- Sreberny-Mohammadi, Annabelle (1995): Cultural Imperialism and Cultural Identity. In: Downing, John/Mohammadi, Ali/Sreberny-Mohammadi, Annabelle (eds.): *Questioning the Media: A Critical Introduction*. London: Sage, 362-378.
- Sreberny-Mohammadi, Annabelle (1997): The Many Cultural Faces of Imperialism. In: Golding, Peter/Harris, Phil (eds.): *Beyond Cultural Imperialism: Globalization, Communication and the New International Order*. London: Sage, 49-68.
- Straubhaar, Joseph D. (1984): Brazilian Television: The Decline of American Influence. In: *Communication Research* 11 (2), 221-240.
- Straubhaar, Joseph D. (2002): *Media Now: Communications Media in the Information Age*. Belmont, CA: Wadsworth.
- Strelitz, Larry (2004): Against Cultural Essentialism: Media Reception Among South African Youth. In: *Media, Culture and Society* 26 (5), 625-641.
- Thomas, Pradip N. (1999): Trading the Nation: Multilateral Negotiations and the Fate of Communications in India. In: *International Communication Gazette* 61 (3-4), 275-292.
- Thussu, Daya Kishan (ed., 1998): *Electronic Empires: Global Media and Local Resistance*. London: Arnold.
- Tomlinson, John (1991): *Cultural Imperialism: A Critical Introduction*. Baltimore: John Hopkins University Press.
- Tracey, Michael (1988): Popular Culture and the Economics of Global Television. In: *Intermedia* 16 (2), 9-25.
- Tunstall, Jeremy (1977): *The Media are American*. London: Constable.
- UNESCO (1980): *Many Voices, One World: Communication and Society Today and Tomorrow*. Paris: UNESCO.
- Van Elteren, Mel (2003): U.S. Cultural Imperialism: Today Only a Chimera? In: *SAIS Review* 23 (2), 169-188.
- White, Livingston (2001): Reconsidering Cultural Imperialism Theory. In: *TBS Journal* 6, Spring/Summer. <http://www.tbsjournal.com/Archives/Spring01/white.html>, 9.1.2008.
- Willnat, Lars/He, Zhou/Takeshita, Toshio/López-Escobar, Esteban (2002): Perceptions of Foreign Media Influence in Asia and Europe: The Third-Person Effect and Media Imperialism. In: *International Journal of Public Opinion Research* 14 (2), 175-192.
- Ware, William/Dupagne, Michel (1994): Effects of U.S. Television Programs on Foreign Audiences: A Meta Analysis. In: *Journalism Quarterly* 71 (4), 947-959.

- Wasko, Janet/Philips, Mark/Meehan, Eileen (eds., 2001): *Dazzled by Disney? The Global Disney Audience Project*. Leicester: Leicester University Press.
- Wu, Huaiting/Chan, Joseph Man (2007): *Globalizing Chinese Martial Arts Cinema: The Global-Local Alliance and the Production of 'Crouching Tiger, Hidden Dragon.'* In: *Media, Culture and Society* 29 (2), 195-217.
- Xiaoming, Hao (2000): *Party Dominance vs. Cultural Imperialism: China's Strategies to Regulate Satellite Broadcasting*. In: *Communication Law and Policy* 5 (2), 155-182.

Abstracts

During the 1970s and 1980s, the debate about media imperialism erupted in the field of communication studies. A good deal of critique and discussion followed during the next few decades, as academics continued to debate the feasibility of the concept. Meanwhile, global media expanded and changed in various ways. Is media imperialism still a viable concept in an increasingly globalized, diverse media system? Or has a new form of cultural imperialism developed? This essay discusses how these concepts have been defined, how they have been challenged and redefined, and their current relevance.

Die Debatte über Medienimperialismus entwickelte sich in den 1970er und 1980er Jahren im Umfeld der Kommunikationswissenschaften. Die darauf folgenden Jahrzehnte waren durch kritische Diskussionen geprägt, im Rahmen derer AkademikerInnen über die Brauchbarkeit des Konzeptes debattierten. In der Zwischenzeit breiteten sich Medien auf globaler Ebene aus und entwickelten sich in vielfältiger Weise weiter. Ist Medienimperialismus in einem zunehmend globalisierten und diversifizierten Mediensystem noch ein gangbares Konzept? Oder haben sich neue Formen von Kulturimperialismus herausgebildet? Dieser Aufsatz diskutiert, wie diese Konzepte in der Vergangenheit definiert wurden, auf welche Weise sie kritisiert und neu definiert wurden und worin ihre aktuelle Relevanz liegen kann.

Janet Wasko
School of Journalism and Communication
University of Oregon
Eugene, Oregon, USA 97403
jwasko@uoregon.edu

NAOMI SAKR

Oil, Arms and Media: How US Interventionism Shapes Arab TV

The phenomenon of Arab-owned transnational media outlets expanding globally since 1991 might, on the face of it at least, be taken as evidence to support the 1990s paradigm shift in international media studies, from an approach informed by concerns about American cultural imperialism to one more aware of vibrant regional centres of cultural production and the growing multi-directionality of media flows. With the rise of Arab media conglomerates broadcasting out of Cairo, Dubai and Beirut, and the Qatari television news channel Al-Jazeera gaining high levels of global recognition for its brand, mainstream Western media (often using translations served up by the Washington-based Middle East Media Research Institute, MEMRI) have tended to characterise Arab broadcasting as showing content that is not only locally generated and wholly independent of the United States but also stridently anti-American. Indeed, after the September 11 attacks on the US in 2001, the US bombing of Afghanistan in 2001 and the US invasion of Iraq in 2003, accusations of virulent anti-American bias came so thick and fast against Al-Jazeera and some other Arab channels that reports of US military action being intended to silence their broadcasts came to seem less and less farfetched as time went on. Attacks blamed on US forces include the bombing of Al-Jazeera's office in Kabul and fatal shootings of Al-Jazeera and Al-Arabiya journalists in Iraq. In 2005, a leaked memo emerged of a conversation in which US President George Bush reportedly suggested bombing Al-Jazeera's headquarters in Doha.

If it can be considered plausible that a superpower would countenance military action against a foreign media outlet, this would seem to imply – notwithstanding paradigm shifts in communication studies – that theories of imperialism may in fact retain some explanatory value with regard to trajectories of change in Arab media. The main difference from the former

'cultural imperialism' approach would lie in the rebalancing of coercion and consent. Whereas dominion was previously theorised as being practised through the apparently consensual spread of media styles and content originating in the US (albeit backed by US government leverage over trade), any fresh recourse to imperialism as an explanation for certain characteristics of non-US media might be expected to pay more attention to armed conflict and coercion, and specifically US coercion, than hitherto. To describe the US as an imperialist power is hardly controversial after the invasion of Iraq. The neoconservative Project for a New American Century explicitly urged the US to assume global leadership in order to maintain an international order tailored to particular perceptions of US security and US prosperity. Advocates of the US undertaking 'imperial tasks' have called on 'Americans to recognize that their role is now an imperium' (Lal 2004: 212), not least because 'empires survive only by understanding their limits' (Ignatieff 2003: 54). Imperialism is also the term widely used to characterise US policy by those who are critical of it (Harvey 2003; Nederveen-Pieterse 2004), whether or not they agree on the precise mix of military, political, economic and cultural power by which they argue that US domination is achieved. Thus, it makes sense to ask whether cultural choices made by interest groups that dominate Arab media can be explained by reference to the position of key Arab states vis-à-vis the US, and whether something amounting to US imperialism forms any part of that explanation. To answer the latter question would mean considering choices in mainstream Arab culture industries in the light of military, political and economic penetration by the US.

The making of media policy within individual countries, traditionally seen as a national responsibility, is today routinely "transposed to the transnational level" (Raboy 2002: 5) because of satellite broadcasting, the Internet and the global expansion of media conglomerates. This makes it harder, perhaps, to distinguish between internal and external policy pressures unless theories that address the possible fusion of such pressures are taken into account. Johan Galtung's structural theory of imperialism (Galtung 1971) postulated interaction between a central imperial power and local ruling groups in terms of a hierarchy of centres and peripheries. In Galtung's model, imperialism is maintained through a harmony of interest between the centre in the 'centre nation' and the centre in the 'periphery nation', and through a disharmony of interest between the periphery in the

‘centre nation’ and the periphery in the ‘periphery nation’. Ronald Robinson, writing about European imperialism, proposed a theory of collaboration, according to which the controlling mechanism of imperialism was made up of relationships between the agents of external expansion and their ‘collaborators’ in non-European political economies caught up in the expansion process (Robinson 1972: 120). For Robinson, understanding the role of collaborating or mediating elites in the transfer of resources, protection of imperialist interests and containment of local resistance is key to explaining not only imperialism but also eventual decolonisation, since he sees the latter as precipitated through the inversion of collaboration (Robinson 1972: 138f). It is not unusual for analysts to view relations between dominant US and Arab political figures as a form of elite collaboration. Paul Aarts, for example, argues that US-Saudi relations have remained “pretty robust” for well over half a century, despite “occasional sharp tensions”, because the relationship has never relied on broad-based public support in either Saudi Arabia or the US. In effect, he writes, it “always has been an elite bargain”, sustained on the Saudi side by the ruling Al Saud family’s control over “economic, religious, political and symbolic” capital (Aarts 2005: 403, 426). These theories of collaboration suggest that any study of US domination over the Arab media landscape should pay due regard to the identity and choices of leading Arab media owners.

As to which sections of the Arab media should be scrutinised for this purpose, logic points to those that have the widest reach, command the greatest volume of investment, or attract the most advertising because their audiences have a sufficient level of spending power. On these criteria, television overcomes barriers of illiteracy in Arab countries to far surpass print media in terms of audience size, while the Arab region’s shared language means that satellite channels can aim at viewers across the entire Arab world, not to mention Arabic-speakers elsewhere. High costs of ensuring that satellite channels can draw viewers, through attractive content, limit ownership of the leading channels to governments or private companies with access to large existing libraries of drama, film and music, or large funds. Thus, even though the actual number of Arab satellite channels runs into hundreds, the biggest players in the field are governments in Egypt and in rich Gulf emirates (notably Abu Dhabi, Dubai, Kuwait and Qatar), alongside private companies allied to dominant political players in Saudi Arabia and

Lebanon. In 2004, following a period of change and expansion in pan-Arab television, market research conducted in Saudi Arabia (the largest of the Arab world's richest countries) indicated that Saudi-owned MBC (Middle East Broadcasting Centre) topped the list of Arab satellite channels most familiar to viewers. It was followed in second and third place by two Lebanese channels, LBC (Lebanese Broadcasting Corporation) and Future TV, with Egypt's state-owned Egyptian Satellite Channel (Al-Masriya) in fourth place and Al-Jazeera in fifth. Also in the top ten were Dubai TV, Kuwait TV, Al-Arabiya (part of the MBC network), Saudi-owned Rotana, and Egypt's privately-owned Dream 1 (Arab Advisors Group 2004: 18). Abu Dhabi TV came thirteenth, after Bahrain TV and Saudi Arabia's state-owned Saudi TV 1. A 2004 assessment of channels' market shares across Kuwait and the UAE as well as Saudi Arabia painted a similar picture, with MBC, Al-Jazeera, Al-Arabiya, Dubai TV, Rotana and LBC accounting for a combined 43 per cent. In Egypt's populous market, the biggest satellite competitors to the country's two principal terrestrial channels were Rotana and MBC (Booz Allen Hamilton 2006: 19).

The remainder of this paper explores whether these various channels have been used in any way to secure or disrupt relations between Arab countries and the US, and whether that process has been driven to any extent by US intervention and US government priorities. It does so first by considering the nature of US political and economic relations with interest groups associated with some of the best-known Arab satellite channels listed above. It goes on to examine US military dealings with the channels, bearing in mind the challenge of reporting US wars on Afghanistan and Iraq during a period when the Bush Administration proved ready to defy a long-standing international consensus on the laws of war (Hajjar 2003). Finally, the paper examines whether Arab satellite channels are managed in a way that deliberately increases or decreases actual volumes of American cultural imports. In a book published in 2007, the German scholar Kai Hafez argued that nationally produced television series and dramas are as prominent on Arab television as they are on European television. Using data from 2000, he also argued that the "average share of foreign films [on Arab television] is very low, with the exception of a few, albeit popular, channels" (Hafez 2007: 89). On the other hand, even scholars who favour the globalisation paradigm and reject the notion of cultural imperialism acknowledge a "virtually

unprecedented degree of American cultural primacy” across much of the globe (Lieber/Weisberg 2002: 275), including Europe (Chalaby 2005). Does this cultural primacy also extend to dominant Arab media or, as might be supposed from allegations of anti-Americanism in Arab television content, are American cultural imports widely resisted or despised?

I. Geopolitical impulses behind MBC

Timing has been an important element in the introduction and expansion of Arab-owned satellite television; two waves of channel creation, one at the start of the 1990s and the second in 2003-05, were directly prompted by conflicts that involved a build-up of US forces in Arab countries. The Egyptian Space Channel started up as Egyptian forces joined the US-led coalition formed to reverse Iraq’s invasion of Kuwait in 1990. MBC was launched from London in September 1991, a few months after the coalition had restored the former government of Kuwait. The Gulf’s biggest energy producers (Saudi Arabia, Kuwait, Qatar and the UAE, which includes Abu Dhabi and Dubai) all reacted to the Iraqi invasion by signing bilateral security agreements with the US that would ensure US access to their ports, airbases and military facilities. From the US point of view, the agreements fitted what a former US ambassador to Israel has called the US’s ‘responsibility’, as the “leading world economy and the most powerful nation”, to protect the “vital interest” and “essential objective” of ensuring the “free flow of Gulf oil at reasonable prices” (Indyk 2004: 104). For some on the Gulf side, however, agreements with the US were more controversial. In Saudi Arabia, the government’s 1990 decision to apply to the US for overt military protection, in the form of thousands of American troops stationed in the country that is home to Islam’s holiest shrines, had already created a crisis of legitimacy. Saudi Arabia’s manifest inability to rely on its own defences, despite heavy military spending prior to 1990, amounted to a humiliation for many Saudis (Al-Rasheed 2002: 164) and forced the government into rhetorical contortions to try to justify its decision (Al-Rasheed 1996).

This was the context in which MBC was created by two Saudi entrepreneurs, one of whom, Walid al-Ibrahim, was then a 31-year-old relative of the reigning monarch, King Fahd. As brother of the king’s third wife,

and uncle of the king's youngest and favourite son, Walid al-Ibrahim was widely assumed to have relied on financial and political backing from this powerful branch of the ruling family when he bought out the stake in MBC held by his original partner and invested hundreds of millions of dollars in launching MBC from headquarters in London. MBC was initially publicised as a news-led channel that would meet previously unmet demand for world news and pan-Arab news in Arabic from an Arab-owned source. Basing the channel outside Saudi Arabia was essential to avoid challenging strict censorship controls on media inside the kingdom; such accommodations between senior members of the ruling family and the country's religious authorities had long been part of Saudi Arabia's political system. MBC became the first Arab television company to open a Jerusalem bureau, which facilitated reporting of the multilateral Arab-Israeli peace talks that opened in Madrid in 1991. "Israel is there and we have to deal with it", Walid al-Ibrahim told a New York Times reporter in March 1992 (Ibrahim 1992). Despite an apparent contradiction between MBC's readiness to deal with Israel and the Saudi government's official boycott, MBC received preferential treatment inside Saudi Arabia. MBC-FM radio, launched in 1994 via satellite across the region, was the only commercial FM radio station allowed in the kingdom. In 1995 Walid al-Ibrahim obtained another exclusive licence, to deliver a number of theme-driven channels to a cable network serving Saudi cities. This expansion remained on hold for several years.

MBC's second growth spurt began after Saudi and other hijackers killed nearly 3,000 people in suicide attacks on US targets in September 2001. As the Bush administration launched bombing raids to remove the Taliban regime from Afghanistan and then prepared to invade Iraq, the aftermath of 9/11 also prompted unprecedented international scrutiny of Saudi politics, education, culture and society. Behind headline coverage of harsh US criticism of Saudi Arabia, however, contacts between the Bush White House and key elements of the Saudi ruling family remained strong. Saudi diplomatic relations with the Taliban were severed and, in 2002, Crown Prince Abdullah visited President Bush's ranch in Texas. He also gave an interview to an American journalist, Thomas Friedman of the New York Times, in which he outlined a peace plan offering Arab normalisation with Israel before the plan had been revealed in Saudi Arabia or put to leaders of other Arab states.

It was against this backdrop that MBC expanded its operations and focused this expansion on Western-style programming for young people and delivery of news. January 2003 saw the start of what later became MBC2, as a conduit for English-language films and sitcoms aimed at Saudi and other Arab viewers in the age range 18-35. A plan to use MBC2 to target news at this age group was soon dropped as, in March 2003, days before the US-led invasion of Iraq, MBC launched a dedicated news channel, called Al-Arabiya, from Dubai. Although originally planned as a joint venture between MBC's Middle East News division and investors from Lebanon and Kuwait, Al-Arabiya was later fully incorporated into the MBC network. Al-Arabiya's backers were very clear that the purpose of their channel was to lure Arabic-speaking viewers away from Al-Jazeera. Al-Jazeera had been widely criticised in the US for its coverage of the US bombing of Afghanistan. In contrast, Al-Arabiya was publicized as offering a 'wise and balanced alternative' (Arab News 2003). Interviewed a few months after Al-Arabiya's start-up, Al-Ibrahim told a conservative newspaper in Washington: "I want my networks to make a difference in the Arab world". By 'difference' he said he meant "get[ting] rid of the Taliban mentality" (Washington Times 2003). One way to do this, according to Ibrahim, was to increase music and entertainment on MBC radio and television stations. When, in September 2003, MBC secured a licence from the TV format company Endemol to produce an Arabic version of the *Big Brother* reality show for MBC2, the Endemol director in charge of production predicted that, since a programme showing unmarried men and women living together in the same house was a "totally new idea" for the region, it would "surely leave a long-lasting cultural effect" (quoted in Stewart 2003). MBC2's *Big Brother* project was cut short by protests in Bahrain, where the *Big Brother* house was located. But it marked the start of a big increase in MBC programme imports. MBC's management turned MBC2 into a free-to-air film channel showing Hollywood movies with Arabic subtitles, and added a children's channel called MBC3 in December 2004. MBC4 followed, to carry the subtitled sitcoms and reality shows previously seen on MBC2.

While MBC's management pursued certain forms of entertainment, the editorial line followed by Al-Arabiya continued, in the main, to reflect a coincidence of perceived Saudi and US interests vis-à-vis conflicts in Iraq, Palestine and Lebanon. This was consistent with policy on MBC news bulle-

tins, which had long been tailored to avoid contentious aspects of the US-Saudi relationship. (For example, an MBC journalist who delivered a report to camera in 2002 on Israel's use of Apache helicopters against Palestinians was reprimanded afterwards for specifying that the Apaches were US-made.¹) President Bush chose Al-Arabiya, along with the US state-funded Arabic-language channel Al-Hurra, as the medium through which to apologise for the torture of prisoners by Americans in Iraq. During elections for a Palestinian president in 2005, Al-Arabiya devoted the majority of its election coverage to Washington's favourite candidate, Mahmoud Abbas, with more than three-quarters of its coverage of Abbas rated 'positive' in a comparative statistical analysis of content on four channels conducted at the time (Maiola/Ward 2007: 106, 110). After Hezbollah's capture of Israeli soldiers sparked a full-scale Israeli war on Lebanon in 2006, Saudi government criticism of what it saw as Hezbollah's recklessness was seen as underlying Al-Arabiya's July 2007 decision to conduct a full-length exclusive interview with the Israeli prime minister, Ehud Olmert. As to the accuracy of allegations that Al-Arabiya comes under Saudi government pressure to cover certain events in a certain way, the channel's own general manager has confirmed that it does. Abdel-Rahman al-Rashed, an American-educated Saudi and scathing critic of Islamist militants, who took up his post at Al-Arabiya in 2004, described the level of pressure as 'annoying' (Shadid 2006). Al-Rashed's own acceptability to the US State Department in its efforts to promote political and social reform in Arab countries was demonstrated by his inclusion on the board of the Foundation for the Future, a US-backed initiative to pump money into Arab civil society projects.

2. Business alliances behind Rotana and LBC-Sat

Rebranding and expansion at Rotana, another prominent Saudi-owned satellite television network specialising in popular music and film, also coincided with the aftermath of 9/11 and can be seen to reflect contacts between leading US and Saudi political personalities. Rotana is owned by Prince Alwaleed bin Talal, a major global investor with significant holdings in US firms such as Time Warner, Disney and News Corporation, who was advised on one of his earliest major US investments by the Carlyle Group, a Wash-

ington DC-based private equity firm. By 2006 Carlyle's assets had grown to \$75.6bn. However, at the time of Alwaleed's crucial \$590m investment in Citicorp in 1991, Carlyle had existed for just four years and had recently appointed the future US president, George W Bush, to the board of one of its acquisitions. During the 1990s Carlyle was involved in Saudi defence contracts, partly through its purchase of Vinnell, a firm that helped to build up the Saudi National Guard (Doward 2003). Unconfirmed reports suggest that, although Alwaleed was the named buyer in the Citicorp deal, at least some of the money came from his uncle, the Saudi defence minister, Prince Sultan bin Abdel-Aziz (Briody 2003: 58). Sultan's son and Alwaleed's cousin, Prince Bandar bin Sultan, was Saudi Arabia's ambassador to the US for more than 20 years until his departure in 2005, during which time he was known for his association with the families of George W Bush and US vice president Dick Cheney (Unger 2007). Al-Waleed's father, Talal bin Abdel-Aziz, is one of 45 sons born to the founder of Saudi Arabia and thus a half-brother not only to Prince Sultan but also to the late King Fahd, and Fahd's successor, King Abdullah. Talal differed with his relatives over governance in the kingdom as a young man but later reintegrated into the ruling family. Alwaleed bin Talal's Kingdom Holding Company is a major owner of assets in Saudi Arabia as well as overseas.

Whatever Alwaleed's contacts with his uncles, his contacts with US-based business are considerable and his media holdings, which include the Rotana enterprise, are tied up with his Saudi, Lebanese and US interests. Among the latter, Alwaleed's association with Rupert Murdoch's US-based News Corporation has had both a personal and a business dimension. Murdoch, the primary shareholder in News Corporation, created Fox News Channel as a News Corporation subsidiary in 1996, in collaboration with Roger Ailes, a former media consultant for Republican presidents from Richard Nixon to Ronald Reagan and George Bush Senior. During the 2000 US presidential election contest between George W. Bush and Al Gore, Fox News became the first network to declare a victory for Bush in the state of Florida, after putting Bush's cousin, John Ellis, in charge of the station's monitoring of the ballot count (Iskandar 2005: 156-57). At around the same time, Murdoch announced to 360 guests at an award ceremony in New York how 'very proud' he was to have Alwaleed as a shareholder in News Corporation, commending Alwaleed for sharing News Corpo-

ration's 'vision' and for his status as a 'citizen of the media world' (Saudi Economic Survey 2000). Alwaleed repaid the favour in 2004 and again in 2005 by increasing his stake in News Corporation and pledging to stand by the Murdoch family against any potential threat to their control over the company (Teather 2005). In December 2005 Alwaleed stressed his commitment to lubricating US-Saudi relations by donating \$20m each to Georgetown and Harvard Universities and \$15m to establish centres for American studies at universities in Cairo and Beirut. Asked how he had felt when the mayor of New York had rejected a donation he tried to make immediately after 9/11, Alwaleed said his "love and admiration to the United States was never diminished" (quoted in Murphy 2005).

Beginning in 2002, Alwaleed pursued a concerted effort to make certain kinds of popular music and Arabic films readily available to young people in Saudi Arabia and elsewhere, in a series of moves that were described by people involved in their implementation as aimed at softening conservative resistance to social reform (Dagher 2006) and "chang[ing] the ideas of the youth about terrorism" (Wise 2006: 55). Rotana, having started life as a recording label in Saudi Arabia in 1987, was acquired by Alwaleed in stages, starting with 25 per cent in 1995, 48 per cent in 2002 and 100 per cent in 2003. From the mid-1990s Alwaleed had also been involved with another Saudi investor, Sheikh Saleh Kamel (one of the founding partners in MBC), in a pay-TV network called ART. ART owned 49 per cent of LBC's satellite arm, LBC-Sat. In 2003, Alwaleed reduced his holding in ART to 5 per cent and paid a lump sum to take over ART's share of LBC-Sat, just ahead of LBC's launch of the reality TV singing competition *Star Academy*, a project with obvious spin-offs for the owner of the Rotana record label. At the same time he took ART's music channel and placed it under the Rotana brand, as the first of what were set to become six Rotana channels, based in the Lebanese capital Beirut, transmitting music and film free-to-air 24 hours a day. Alwaleed was not afraid to highlight the synergies created by unregulated cross-ownership of a music label and music TV network as well as film libraries and films channels. In an interview at the end of 2005 he boasted that Rotana controlled 80 per cent of all the Arabic music played and 60 per cent of all the Arabic movies shown in the Arab world (Hussain/Cousins 2005). Rotana moved into film production with a feature film released in 2006. A socially-aware comedy, its cast included the 2005 Saudi winner

of LBC's *Star Academy*. In 2007, it was announced that Rotana and LBC would merge resources. LBC had previously teamed up for news operations with the newspaper *Al-Hayat*, owned by Prince Khaled bin Sultan, brother of the former Saudi ambassador to the US and another son of Saudi Arabia's defence minister.

3. Security considerations behind Al-Jazeera and Abu Dhabi TV

Analysts of Saudi politics have suggested that the Saudi ruling elite came under strong pressure after 9/11 to give 'cast-iron proof' of its allegiance to the US, even at further risk of undermining its own internal legitimacy and regional credibility (Ménoret 2005: 209). The above account of MBC and Rotana activities offers evidence that the elite's leading media entrepreneurs used their resources to prove their allegiance by bringing a diet of music video and US-made, US-inspired or pro-US media output to Arab viewers. Not all examples of Arab media owners' political and economic loyalty to US interests are that obvious, however. As a news and current affairs channel that remained remarkably outspoken for at least ten years after its inception in 1996, Al-Jazeera clearly stands in marked contrast to MBC and Rotana. Even so, there is every reason to situate Al-Jazeera in the context of the Qatari government's relations with the US, not least because these relations are remarkably strong. Qatar built its huge Al-Udaid airbase specifically for American use after signing a defence pact with the US in 1992 (Indyk 2004: 108). When a new government came to power in a palace coup in Qatar in 1995, Washington led the way in according it diplomatic recognition. This was the same government that created Al-Jazeera in 1996 and welcomed US Central Command when it established a forward headquarters in Qatar in 2002, as part of preparations to invade Iraq. The US-led invasion itself, roundly rejected by Arab public opinion, was managed from a newer Qatari installation at Al-Sayliyah, reportedly the largest pre-positioning base for US military equipment in the world (Bodi 2005). After the invasion the US was so confident about future use of Al-Udaid and Al-Sayliyah that it moved to lessen internal resentment against Saudi Arabia's ruling princes by pulling its troops out of Saudi Arabia and relocating them in Qatar. Qatari officials were meanwhile uninhibited about talking to Israeli representatives,

opening an Israeli trade office in Doha, and discussing the supply of Qatari gas to Israel (Da Lage 2005: 57f) – initiatives favoured by Washington but extremely unpopular in the wider Arab world. In 2002, the Qatari foreign minister declared that his country's relationship with America was its "first consideration" (Miles 2005: 10).

Airtime afforded to critics of US policy on Al-Jazeera may seem at odds with close ties between Washington and Doha. But there is good reason to be cautious about judging these relations on outward signs alone, since history has shown that what may appear to be points of contention between the US and its Gulf allies can sometimes mask underlying accord. CIA testimony which emerged in 2003 revealed that the Arab oil embargo of 1973, which quadrupled the price of oil, had been approved by Henry Kissinger as US Secretary of State, as part of a bargain in which Gulf oil producers promised to invest petrodollars in the US and buy US arms.² Harbouring suspicions of a similar quid pro quo, several commentators inside and outside the Arab world argue that, despite its reputation for hosting anti-American firebrands as interviewees and talk show guests, Al-Jazeera ultimately helps to safeguard the US military presence in Qatar by diverting attention away from it and boosting the Qatari ruler's credentials as an Arab nationalist (for variants of this argument see El Oifi 2005; Telhami 2004). If the US ultimately controls the flow of Arab oil by giving unelected rulers US military backing, it can do no harm to that level of control if a semblance of media liberalisation disguises deep structures of political repression in individual Arab states.

In fact conspiracy-style explanations, albeit slightly persuasive in this case, are unnecessary when it comes to demonstrating that Shaikh Hamad bin Thamer Al Thani, a cousin of the country's ruler, looks to the US when discharging his duties as Al-Jazeera's chairman. US preferences have undeniably played a part in management decisions. Mohammed Jassem al-Ali, Al-Jazeera's first managing director, was removed in May 2003 after Ahmad Chalabi, leader of the US-backed Iraqi National Congress and a favourite of the Bush Administration at that time, accused him of colluding with the government of Saddam Hussein (AFP 2003). Yvonne Ridley was sacked from Al-Jazeera's English-language website after apparently protesting at the removal of two cartoons in response to US complaints (Bradley 2003). In April 2004, after meeting the vice president, Dick Cheney, and defence

secretary, Donald Rumsfeld, at the White House, Qatar's foreign minister, Sheikh Hamad bin Jassim, said he would instruct Al-Jazeera to be more professional and avoid 'wrong information' (BBC 2004). The very next month, Al-Jazeera journalists underwent a training course paid for by the Media Outreach Center at the American Embassy in London, at which they were taught new vocabulary for reporting suicide bombings, Palestinian casualties and hostilities in Iraq. In July 2004 the channel adopted a ten-point Code of Ethics, in which it pledged to "give full consideration to the feelings of victims of crime, war, persecution and disaster, their relatives, our viewers, and to individual privacies and public decorum". Thereafter, plans to launch Al-Jazeera's English-language channel began to attract increasing attention and investment, as preparations took more than two years, from the formal announcement in October 2004 to the opening in November 2006. Al-Jazeera English was a very different project from its Arabic-language counterpart, looking to some like 'Bob Geldof TV' or a 'UN video service' (Pintak 2007) and to others like a 'steadfast' attempt 'not to connect situations in developing world countries with the power of multinationals headquartered in G8 nations' (Rattansi 2007). June 2007 saw a shake-up of Al-Jazeera's board that was again widely regarded as the result of US pressure: it removed Wadah Khanfar, the network's director-general, said to have personal sympathies with the Palestinian Islamist resistance movement Hamas.

In the light of adverse US reactions to Al-Jazeera's Arabic channel, it may not be surprising that the state-owned and government-run Abu Dhabi TV, which switched to 24-hour news during the invasion of Iraq, reverted to general programming afterwards. Its decision was officially attributed to a concern to restrain costs, but the emirate's ample and rapidly rising oil revenues implied that other reasons were more important. Media professionals in Abu Dhabi believed the most likely reason was fear of souring relations with the US through graphic reports on violence in Iraq that would inevitably occupy a large part of extensive news coverage. By withholding advertising from Al-Jazeera because of its reports from Afghanistan during US bombing raids in 2001, giant US companies such as General Electric and Pepsi Cola had already shown the financial risks awaiting any Arab channel intent on getting close to certain news stories (Sakr 2004: 154).

4. Impacts of the Pentagon's agenda

It is relatively easy to see why supporters of the Bush Administration's interventions in Afghanistan and Iraq would want Arab television content to be consistent with positive narratives about liberation and vaunted American values of private property and individual freedom. As an Iraqi expatriate at MEMRI explained to a News Corporation journalist in 2004, exports of Western culture are 'the most effective weapon'. He said: "You'll have a whole new generation coming up in the Middle East that is absorbing enormous amounts of Western culture [...]. Don't try to tell them all the time to be liberal and democratic. Continue to get these programs to them. It's more effective than speeches by the State Department and the president saying 'democracy will come'." (quoted in Labash 2004)

Treating American films and sitcoms as a 'weapon' against forces opposed to US intervention accords more or less with the marketing campaign that Charlotte Beers led during her brief tenure as US Under-Secretary of State for Public Diplomacy and Public Affairs between October 2001 and March 2003. Beers was keen for US institutions, including Hollywood studios and the Discovery channels, to work with MBC, LBC and Al-Jazeera and offer them content (Abu Fadil 2004: 182f). This approach seemed to indicate that US officials were interpreting anti-Americanism among Arab populations as a "communications problem and not as a reaction to [US] policies" (Nederveen-Pieterse 2004: 51). According to Nabeel Khoury, deputy director of the US London embassy's Media Outreach Center, if there was a US-Arab communications problem the fault lay with Arab news channels acting "like young people who sometimes rush to judgment and may need to exercise more self-restraint".³

The Pentagon under Rumsfeld did more than urge Arab news channels to exercise self-restraint. It even appeared to disregard international law, in the form of the First Additional Protocol to the Geneva Conventions, under which journalists are to be protected like other civilians in time of war. Al-Jazeera first fell victim to US bombing in November 2001, when US forces striking Afghanistan hit the Kabul office of Al-Jazeera, killing no-one in the office but causing great alarm to the BBC correspondent next door. Journalists who probed the incident at the time suspected that Al-Jazeera had been deliberately targeted to silence its reporting from Afghanistan (Wells 2001).

Ron Suskind, a Pulitzer-prize winning journalist, confidently repeated the accusation in 2006, in his book, *The One Percent Doctrine*, and in a July 14 interview with Amy Goodman of the independent US broadcaster Democracy Now. Alleging that there had been 'great animosity' towards Al-Jazeera because of its reporting in November 2001, Suskind described the Kabul bombing as part of a 'secret interchange' between the US government, Al-Jazeera and the emir of Qatar. In December 2001 US forces arrested Sami Mohieddin al-Haj, a Sudanese assistant cameraman whom Al-Jazeera had sent to cover the war on Afghanistan. Al-Haj was sent to the US detention camp at Guantanamo Bay, where he remained six years later, without any formal charges being laid against him. He eventually went on hunger strike in protest at his plight.

With the invasion of Iraq in March 2003, the Pentagon made no secret of the risks facing non-embedded journalists who attempted to cover the war. Veteran BBC war correspondent Kate Adie, interviewed by Irish radio that month, revealed that a senior officer in the Pentagon had informed her that any independent satellite uplink positions detected in Iraq would be 'targeted down'. According to the officer, Adie said, journalists "know this ... they've been warned".⁴ US military attacks affecting journalists in Iraq had dire consequences for several working with Al-Jazeera and Al-Arabiya. In April 2003 a US missile strike on Al-Jazeera's offices in Baghdad killed Tariq Ayyoub, a correspondent, and wounded Zuhair al-Iraqi, a member of his crew. The missile struck even though Al-Jazeera had taken care to inform the US military about the location of its office, in order to avoid a repetition of what had happened in Kabul. As staff from the nearby Abu Dhabi TV bureau worked with their Al-Jazeera colleagues to help the victims to safety, Abu Dhabi TV also came under US attack. Although US military representatives denied that the missile strike that killed Ayyoub had been deliberately aimed at Arab reporters, a Pentagon spokeswoman warned news organisations that a war zone is 'a dangerous place' and they 'should not be there' (BBC 2003).

In the weeks after the invasion, one estimate suggests that US forces arrested 21 members of Al-Jazeera staff and released them without charge (O'Carroll 2004). Of these, cameraman Salah Hassan, arrested in November 2003, said he was beaten, verbally abused and held in solitary confinement (Miles 2005: 321f). This was a moment when Rumsfeld was accusing Al-

Jazeera and Al-Arabiya, by name, of reporting untruths. In December 2003 he said US troops in Baghdad had evidence that these channels were cooperating with Iraqi insurgents attacking US troops. "How it happens is for time to tell, but it happens", he declared (Middle East Times 2003). In March 2004, two journalists working for Al-Arabiya were shot near a US military checkpoint in Baghdad while covering the aftermath of a rocket attack on a hotel. Ali Abdel-Aziz, a cameraman, died at the scene and Ali al-Khatib, a correspondent, died in hospital the next day. US Brigadier General Mark Kimmitt, the US military's deputy director of operations, said the US soldiers who carried out the shooting had been exercising their right to self defence, whereas Al-Arabiya's lawyer said the journalists had been speeding away from the soldiers, not towards them (AP 2004). When four private military contractors were killed in the Iraqi town of Falluja in April 2004 and US troops tried to recapture the city, US fury at Al-Jazeera's coverage was such that President Bush, in conversation with Tony Blair, was later reported (in a confidential memo obtained by the Daily Mirror) to have proposed bombing the channel's headquarters in Doha.

No such bombing took place. But in May 2004, Rashid Hamid Wali, an Al-Jazeera technician, was shot by machine gun fire in Karbala, while filming clashes between US forces and followers of the Shia leader Muqtada al-Sadr. His producer, Saad Ibrahim, told CNN that Wali, who was on the fourth floor of a hotel, had been hit by fire from a passing US tank. It was under mounting pressure of the situation in Iraq that Al-Jazeera's management invited media representatives from around the world to attend the organisation's first International Media Forum in Doha in July 2004. By engaging with colleagues in other media, and publicising its intention to adhere to a Code of Ethics, Al-Jazeera sought to establish its legitimacy by joining 'the world's mainstream broadcasting organisations' (according to managing director Wadah Khanfar, quoted in Spanswick 2004: 17). Expansion into English-language broadcasting took this exercise in international legitimisation a stage further, bringing large numbers of non-Arab journalists, with experience in news organizations based in Europe and the US, into senior positions within the Qatari-run network. US military commanders meanwhile pursued a two-pronged approach to Arab reporting from Iraq. While shooting and incarceration of journalists by US troops continued (affecting Reuters and AP among others), the message to the public was to

refrain from watching certain channels. When an Arab journalist attending a press conference in Baghdad in April 2004 asked Brigadier General Kimmitt what viewers should think about the US occupation in light of television images of carnage among civilians in Falluja, Kimmitt's answer was: 'Change the channel' (quoted in Tilley 2004).

5. Hollywood distribution and co-production deals

When set against events in Arab countries in 2004, whether carnage in post-invasion Iraq, extrajudicial killings of Palestinian political leaders, or atrocities in Darfur, that year's expansion into light entertainment programming by MBC and by Dubai TV's parent company, Dubai Media Incorporated (DMI), offers a stark contrast – as does the addition of channels to Rotana's music TV and film network. Arab viewers, depressed and fatigued by scenes of real life violence on television, may well have wished to 'change the channel'. But, with national television still largely under government control and overshadowed by pan-Arab networks, scope for local creativity and relevance in entertainment genres remained severely limited (Sakr 2007: 109ff). In developing MBC4, for example, MBC's management claimed to have discovered a large and avid following among young Saudi women for subtitled imports of the Oprah Winfrey Show. It was in response to this, they said, that MBC4 schedules were developed around the same audience, with the introduction of more US-made versions of lifestyle reality programmes like *Starting Over* or the American series of *Supernanny*, with Arabic subtitles. Public relations director Mohammed al-Mulhem made no apologies for flooding the schedules with US imports. He said MBC4's intention was to "expose the modern Arab woman to the best of what the West has to offer".⁵ Taking a rather different view of the same expansion, in a market research report written a year later, Booz Allen Hamilton interjected a cautionary note. Acknowledging that "viewers in the [Arab] region are increasingly drawn to foreign programming", the report blamed the "scarcity of high-quality local content" for "further strengthening the popularity of Western and Western-inspired content and shaping the long-term viewership preferences in the region" (Booz Allen Hamilton 2006: 11).

It might be countered that the term ‘Western-inspired’ in this assessment allows for the fact that European companies have played a big part in licensing television programme formats for local Arab production in recent years, even though US studios still lead in exports of film. But this would be to overlook the number of deals struck by MBC, DMI and Abu Dhabi TV’s parent company for the acquisition of all kinds of programming from Hollywood firms. Having established MBC2 as an all-movie channel and MBC4 as an outlet for sitcoms like *Friends* and *Frasier* along with talk shows like *Oprah* and reality TV, Tim Riordan, director of MBC channels, set about signing long-term contracts whereby material for both channels would be sourced from the US. In late 2005 he revealed that MBC2 now had exclusive long-term deals with Paramount, Fox and other studios (Akerman 2005). The economic incentive behind them emerged when MBC also announced that it had signed up Nescafé, Ford, Bounty and others as sponsors for every primetime movie slot on MBC2 (Burrowes 2006). Meanwhile, in screening new reality shows, Riordan had learned from the failed experiment with *Big Brother* to play it safe. Instead of commissioning more local shows, he bought in American versions of foreign formats on the grounds that Arab viewers would tolerate watching foreign behaviour in a foreign setting even though they would not accept the same behaviour at home. Discussing the local acceptability of Fox TV’s *Joe Millionaire* series, in which women compete to woo a millionaire, Riordan told an interviewer: “It’s acceptable in the US version because you’re looking at somebody else’s culture. You’re not bringing it to your own culture” (Robison 2005: 8). He said the same rule applied to the European lifestyle format *Wife Swap*. Deeming Arabisation of *Wife Swap* to be ‘virtually inconceivable’, Riordan bought a ready-made version of the series from the US network, ABC, and renamed it *House Swap* (ibid).

DMI’s expansion into multiple channels in 2004-05 produced a similar boost in content bought from the US. DMI is directly sponsored by Dubai’s ruler, Shaikh Mohammed bin Rashed al-Maktoum. While the revamped Dubai TV channel commissioned many regular local programmes, the newly-created One TV, which started to make a mark in 2005, described itself on its website as a channel for “modern Arabs who enjoy western-style programming”. Its schedules revealed that ‘western-style’ meant Hollywood movies, sitcoms and American versions of reality TV shows, provided under

a deal signed with Warner Bros International Television Distribution for 90 of Warner's latest movies, plus feature films from the Warner Brothers film library, and television series such as *The Sopranos* and *The West Wing*.⁶ Free-to-air in both digital and analogue on Nilesat and Arabsat, One TV was consequently able to promise a blockbuster line-up of 27 movies a week, including titles such as *Harry Potter*, *Lord of the Rings*, *The Matrix* and *The X-Men*. Reality shows aired on One TV included *Faking It*, *Extreme Make-over* and others, alongside sitcoms such as *Scrubs*, *Friends*, *Frasier* and *What I Like About You*.

In September 2007 Warner followed its Dubai deal with what Warner's publicity material called a 'long-term, multi-faceted strategic alliance' with two Abu Dhabi companies. News of the partnership said virtually nothing about Abu Dhabi TV, instead highlighting plans to build a theme park, hotel complex and multiplex cinemas and to co-produce video games and films. Nevertheless, Abu Dhabi TV was directly involved in the arrangement, as a subsidiary of one of the two companies that struck the deal. Three months previously, the ruler of Abu Dhabi had issued a law establishing the wholly government-owned Abu Dhabi Media Company, to take over Abu Dhabi TV and Abu Dhabi Sports TV along with three radio stations, a newspaper and three magazines. When the partnership with Warner Brothers was announced, Abu Dhabi was said to have promised \$500m to finance co-production of Warner films, with the possibility of adding to this sum over time (Chaffin 2007a). A leading player in the deal, Ahmad Ali al-Sayegh, appeared to have negotiated it on behalf of both his own company, the real estate group Aldar, as well as the Abu Dhabi Media Company, to which he had recently been appointed deputy chairman of the board (Gulf News 2007). "Hollywood – it's a dream", Al-Sayegh told reporters. "It doesn't matter your income level: in a refugee camp in Palestine, or a big villa in Dubai, [Hollywood] is part of our culture every day" (quoted in Chaffin 2007b).

6. Conclusion

Despite the much-repeated claim that there are now hundreds of Arab satellite channels, the inescapable fact is that pan-Arab television is domi-

nated by a handful of well-funded channels. These channels are steered by members of ruling elites in Saudi Arabia, Qatar, Abu Dhabi and Dubai, who seek to guarantee their personal security through collaboration with powerful interest groups in the US, irrespective of those groups' policies towards the wider Arab region. The long-standing concern of successive US governments to control access to Gulf oil explains bilateral US security deals with Gulf rulers. Those rulers' dependency on US military protection, especially during recent ruptures in the regional status quo, explains why ruling family members who own or sponsor television channels use them to contain resistance by covering over the legitimacy vacuum in any way they can. The present study revealed how Gulf leaders' ties to the US Administration, having given rise to interwoven geo-strategic, political, business and military imperatives, also influenced the building of programming schedules on the leading pan-Arab television channels.

The linkage of imperatives, most evident in the timing of decisions about channel creation, network expansion, personnel decisions and the sourcing of programmes, could be seen at various levels. Personal contacts of channel owners played a part, as in the case of Alwaleed bin Talal, owner of the Rotana empire, part-owner of LBC-Sat, associate of the Carlyle Group and loyal shareholder in News Corporation, in turn the owner of Fox News. At the level of managers and editors, the linkage was reflected in explicit pressure to quell or divert opposition by sanitising news bulletins, prioritising music video and light entertainment formats and, in the case of MBC2, MBC4 and Dubai's One TV, airing imported American content around the clock. Anecdotal evidence of large audiences for MBC2 and MBC4 across the region suggested that elements of this content were meeting a need not satisfied on other television channels. At the same time, large audiences for reality TV singing contests demonstrated enthusiasm for these shows' revitalisation of the Arabic music scene. Showing that ruling elites turn to the US for everything from military back-up and investment outlets to education and television programmes is not to pass judgment on whether content from Hollywood companies is (as the Abu Dhabi magnate put it), or should be, 'part of our culture'. What it highlights is that imperialistic US control over oil and armaments in the Gulf is sustained through collaboration with unelected local governments, who deploy the medium of satellite television in a top-down manner for their own ends.

- 1) Personal communication to the author by the journalist in question, Amman, 2 March, 2002.
- 2) Interview with Robert Baer, who worked with the CIA's Directorate of Operations in the Middle East from 1976 to 1997, quoted in Ménoret 2005: 210.
- 3) Remarks to conference on Arab and Western TV Coverage of the War in Iraq (Cambridge, 20 March 2004). Author's transcript.
- 4) Interview with Tom McGurk on the RTEi Radio Sunday Show, March 9, 2003
- 5) MBC press release, Dubai, 24 November, 2005.
- 6) According to a press release issued on behalf of DMI and Warner Bros on 16 June, 2004.

References

- Aarts, Paul (2005): Events versus trends: The role of energy and security in sustaining the US-Saudi relationship. In: Aarts, Paul/Nonneman, Gerd (eds.): *Saudi Arabia in the Balance: Political Economy, Society, Foreign Affairs*. London: Hurst & Company, 399-429.
- Abu Fadil, Magda (2004): Straddling cultures: Arab women journalists at home and abroad. In: Sakr, Naomi (ed.): *Women and Media in the Middle East: Power through Self-Expression*. London: I B Tauris, 180-201.
- AFP (2003): Al Jazeera TV chief sacked. In: *Middle East Times*, 30.5.2003.
- Akerman, Ian (2005): MBC hints that new channels possible. In: *Campaign Middle East*, 18.12.2005.
- Al-Rasheed, Madawi (1996): God, the king and the nation: political rhetoric in Saudi Arabia in the 1990s. In: *Middle East Journal* 50 (3), 359-71.
- Al-Rasheed, Madawi (2002): *A History of Saudi Arabia*, Cambridge: Cambridge University Press.
- AP (2004): Al Arabiya lawyer criticizes military report on shooting of two journalists. In: *Jordan Times*, 31.3.2004.
- Arab Advisors Group (2004): *Saudi Sat TV and Radio Survey*. Amman: Arab Advisors Group.
- Arab News (2003): Al-Arabiya: a balanced alternative to Al-Jazeera? 17.2.2003.
- BBC (2003): Foreign media suffer Baghdad losses, 8.4.2003. <http://news.bbc.co.uk, 10.4.2003>.
- BBC (2004): Qatar pledges al-Jazeera review, 30.4.2004. <http://newsvote.bbc.co.uk, 3.5.2004>.
- Bodi, Faisal (2005): The price of a protection racket, *The Guardian*, 22.3.2005.
- Booz Allen Hamilton (2006): *Strategic Review of the Television Broadcasting Sector in the Middle East*, Revised edition, Dubai: Booz Allen Hamilton.
- Bradley, John R. (2003): Fit to print?. *Al-Ahram Weekly*, No 666, 27.11.-3.12.2003.
- Briody, Dan (2003): *The Iron Triangle: Inside the Secret World of the Carlyle Group*. Hoboken: John Wiley & Sons.

- Burrowes, Tim (2006): MBC agrees sponsorship deals. In: Campaign Middle East, 19.3.2006.
- Chaffin, Joshua (2007a): Warner takes Hollywood to Abu Dhabi. Financial Times, 26.9.2007.
- Chaffin, Joshua (2007b): A Hollywood welcome in Middle East. Financial Times, 27.9.2007.
- Chalaby, Jean K. (2006): American cultural primacy in a new media order: A European perspective. In: The International Communication Gazette, 68 (1), 33-51.
- Dagher, Sam (2006): Saudi Arabia's first film blazes taboo-breaking trail, 21.3.2006. www.middle-east-online.com, 25.10.2007.
- Da Lage, Olivier (2005): The politics of Al Jazeera or the diplomacy of Doha. In: Zayani, Mohamed (ed.): The Al Jazeera Phenomenon: Critical Perspectives on New Arab Media. London: Pluto Press, 49-65.
- Doward, Jamie (2003): Ex-president's club gets fat on conflict. The Observer, 23.3.2003.
- El Oifi, Mohammed (2005): Influence without power: Al Jazeera and the Arab Public Sphere. In: Zayani, Mohamed (ed.): The Al Jazeera Phenomenon: Critical Perspectives on New Arab Media. London: Pluto Press, 66-79.
- Galtung, Johan (1971): A structural theory of imperialism. In: Journal of Peace Research 8 (2), 81-117.
- Gulf News (2007): Abu Dhabi establishes Dh100m media firm, 7.6.2007. www.archive.gulfnews.com/articles/07/06/07/10130628.html, 26.10.2007.
- Hafez, Kai (2007): The Myth of Media Globalization. Cambridge: Polity Press.
- Hajjar, Lisa (2003): From Nuremberg to Guantánamo: International Law and American Power Politics. In: Middle East Report 229, 8-15.
- Harvey, David (2003): The New Imperialism. Oxford: Oxford University Press
- Hussain, Lubna/Cousins, Michel (2005): Alwaleed: the man with the Midas touch. In: Arab News, 8.12.2005.
- Ibrahim, Youssef M. (1992): TV is beamed at Arabs. The Arabs beam back. In: New York Times, 4.3.1992.
- Ignatieff, Michael (2003): Empire Lite, <http://empirelite.ca>, 5.10.2007. Originally published as 'The burden', New York Times Sunday Magazine, 5.1.2003, 22-54.
- Indyk, Martin (2004): US policy priorities in the Gulf: challenges and choices. In: Emirates Center for Strategic Studies and Research (ed.): International Interests in the Gulf Region. Abu Dhabi: Emirates Center for Strategic Studies and Research, 103-130.
- Iskandar, Adel (2005): "The Great American Bubble": Fox News Channel, the "mirage" of objectivity, and the isolation of American public opinion. In: Artz, Lee/Kamalipour, Yahya (eds.): Bring 'Em On: Media and Politics in the Iraq War. Lanham, MD: Rowman and Littlefield, 155-173.
- Labash, Matt (2004): When a kiss is not just a kiss; reality TV comes to the Arab world. In: The Weekly Standard, 18.10.2004.

- Lal, Deepak (2004): *In Praise of Empires: Globalization and Order*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Lieber, Robert J./Weisberg, Ruth E. (2002): Globalization, culture, and identities in crisis. In: *International Journal of Politics, Culture and Society* 16 (2), 273-296.
- Maiola, Giovanna/Ward, David (2007): Democracy and the media in Palestine: a comparison of election coverage by local and pan-Arab media. In: Sakr, Naomi (ed.): *Arab Media and Political Renewal: Community, Legitimacy and Public Life*. London: I B Tauris, 96-117.
- Ménoret, Pascal (2005): *The Saudi Enigma*. London: Zed Books.
- Middle East Times (2003): AlArabiya, Rumsfeld trade insults, 5.12.2003.
- Miles, Hugh (2005): *Al-Jazeera: How Arab TV News Challenged the World*. London: Abacus.
- Murphy, Caryle (2005): Saudi gives \$20 million to Georgetown. In: *Washington Post*, 13.12.2005.
- Neederveen-Pieterse, Jan (2004): *Globalization or Empire?* New York: Routledge.
- O'Carroll, Lisa (2004): US makes al-Jazeera complaint', 28.4.2004. www.media.guardian.co.uk, 6.5.2004.
- Pintak, Lawrence (2007): Will Al-Jazeera English find its groove?. In: *From the Frontline*, No 9 (January).
- Rattansi, Afshin (2007): Vague and dumbered-down. In: *From the Frontline*, No 9 (January).
- Raboy, Marc (2002): Introduction: media policy in the new communications environment. In: Raboy, Marc (ed.): *Global Media Policy in the New Millennium*. Luton: University of Luton Press, 3-16.
- Robison, Gordon (2005): *The Rest of Arab Television*. Los Angeles: USC Center on Public Diplomacy.
- Robinson, Ronald (1972): Non-European foundations of European imperialism: sketch for a theory of collaboration. In: Owen, Roger/Sutcliffe, Bob (eds.): *Studies in the Theory of Imperialism*. London: Longman, 117-142.
- Sakr, Naomi (2004): Al-Jazeera satellite channel: global newscasting in Arabic. In: Paterson, Chris/Sreberny, Annabelle (eds.): *International News in the 21st Century*. Eastleigh: John Libbey Publishing, 147-168.
- Sakr, Naomi (2007): *Arab Television Today*. London: I B Tauris.
- Saudi Economic Survey (2000): New York celebrates Prince Alwaleed with Lifetime Achievement Award from Arab Bankers Association of North America. 6.12.2000, 8.
- Shadid, Anthony (2006): A newsman breaks the mold in Arab world. In: *Washington Post*, 1.5.2006.
- Spanswick, Simon (2004): Aljazeera - powering ahead with world forum and ethics code. In: *The Channel*, 7 (4) September, 16-17.
- Stewart, Lianne (2003): Arab Big Brother for 2004. In: *C21 Media News*, 8.9.2003.
- Teather, David (2005): Prince pledges support for Murdoch, 7.9.2005. www.business.guardian.co.uk. 6.10.2007.

- Telhami, Shibley (2004): Remarks on US National Public Radio programme Talk of the Nation, 4.5.2004. www.npr.org/features/feature.php?wfld=1870703, 4.8.2004.
- Tilley, Virginia (2004): The carnage according to Gen. Kimmitt: Just change the channel. In: Counterpunch, 14.4.2004. www.counterpunch.org/tilley04152004.html. 28.10.2007.
- Unger, Craig (2007): House of Bush, House of Saud: The Secret Relationship between the World's Two Most Powerful Dynasties, 3rd ed. London: Gibson Square Books.
- Washington Times (2003): Al-Arabiya seeks media niche. 1.10.2003.
- Wells, Matt (2001): How smart was this bomb? In: The Guardian (G2) 19.11.2001.
- Wise, Lindsey (2006): Interview with Tareq Alsuwaidan. In: Transnational Broadcasting Studies 2 (1), 50-57.

Abstracts

Although the cultural imperialism paradigm appears passé, and despite allegations that Arab media foment anti-Americanism, US interventions in the Arab world raise the question of whether imperialism theory can help to explain the editorial policies of dominant Arab TV channels. Drawing on ideas about elite collaboration, this paper examines reasons behind the launch and expansion of two Saudi-owned satellite television networks, MBC and Rotana, as well as the Qatari-owned Al-Jazeera network, which added Al-Jazeera English in 2006. It goes on to look at the Pentagon's policing of Arab television news reporting and at Gulf deals with Hollywood studios. It finds that Arab ruling families' dependence on US military backing has been reflected in decisions they make about Arab satellite TV.

Obwohl das Paradigma des Kulturimperialismus überwunden zu sein scheint und trotz der Behauptungen, dass arabische Medien Anti-Amerikanismus schüren würden, werfen die US-Interventionen in der arabischen Welt die Frage auf, ob Imperialismus-Konzepte zur Erklärung der Programmgestaltung wichtiger arabischer TV-Kanäle herangezogen werden können. Anknüpfend an Konzepte zur Elitenkollaboration untersucht dieser Beitrag die Hintergründe der Gründung und Ausweitung der zwei saudi-arabischen Satelliten-Fernsehstationen MBC und Rotana sowie der katarischen Station Al-Jazeera, welche seit 2006 auch in englischer Sprache sendet. Im Anschluss

werden die Interventionen des Pentagon in arabische Nachrichtenproduktionen sowie Vereinbarungen zwischen den Golfstaaten und Hollywood untersucht. Es stellt sich heraus, dass die Abhängigkeit der herrschenden arabischen Familien von militärischer Unterstützung der USA sich in deren Entscheidungen über die Gestaltung von arabischem Satellitenfernsehen widerspiegelt.

Naomi Sakr
School of Media, Arts and Design
University of Westminster Harrow Campus
Watford Road, Northwick Park
Harrow, HA1 3TP, UK
sakrn@wmin.ac.uk

GEORGETTE WANG

**Reconceptualizing the Role of Culture in Media Globalization:
Reality Television in Greater China**

**1. The Myth of a Homogenizing, or Heterogenizing Global
Culture**

To this day communication researchers seem to be caught in a quandary between the critical tradition and the post-modern perspective. Although imperialism theory has suffered from a lack of substantial evidence, the implications of Hollywood's global market domination, e.g., deprivation of audience choices, threat to cultural autonomy, and alleged Americanization and homogenization of local cultures, remain a genuine concern to critical researchers. They suspect that globalization will lead to a single, integrated, assimilated, and standardized sphere where no 'de-linking' is possible.

To those who have adopted a post-modern perspective, global culture looks different. With an emphasis on "de-differentiation" and the erosion of boundaries between the popular and modern, and leaders and followers, postmodernism is, in Bell's terms, a 'rage' against order, bourgeois values and society (Swingewood 1998: 165; Bell 1979), inaugurating at the same time an active, involved public. The communicational content of globalization, therefore, is a celebration of popular democratization, difference and differentiation, in that cultures are "placed in tolerant contact with each other." (Jameson 1998: 57). This is a de-centered, de-Westernized, and heterogeneous world with the emergence of a wide range of groups, races, genders, and ethnicities.

Both schools can find evidence to support their version of global culture in what has happened since the 1990s; the diversity of social movements growing side by side with the further expansion of transnationals through international division of labor. Likewise in the media world, neither homog-

enizing nor heterogenizing analyses explain the whole picture. By now it is becoming clear that Hollywood has not achieved global market dominance in the way critical theories had foreseen. In 1977, Jeremy Tunstall (1997) published a book titled *The Media are American*. In 2008 he published another with a very similar title – all the same except for the tense of the verb: *The Media were American*. The tense difference showed how much has changed in the perception of American media domination. However, what has taken place in its stead does not necessarily serve to illuminate the post-modern view either.

Rather than celebrating the emergence of a pluralist world where distinctions between the centre and periphery, leader and follower are blurred, trading blocs of different sizes and regional centers of audio/video productions began to emerge when the stronger of local cultural industries found a market niche for their products when the cost of satellite transmission came down and regulatory barriers were removed. More countries have joined the ranks of cultural exporters, among them new leaders in the trade; thus, for example, Egypt, Brazil, Mexico, India and Korea are emerging, with smaller, poorer nations, including those in the Caribbean and Central America, south and southeast Asia, and conservative Islamic Arab nations remaining “net importers”. According to UNESCO, over one-third of the nations of the world do not produce any films (Thussu 2007; Tunstall 2008; Sinclair 2000).

The appearance of lingual/cultural markets seemed to have lent support to the postmodernist view of a less centralized and Westernized media world. However, if the past view of Westernization was not necessarily a realistic reflection of Western influence in the first place and if Hollywood products did not dominate the viewing agenda of the global audiences, as many had believed, no one can claim with certainty that films and television programmes now popular on lingual/cultural markets are replacing Hollywood products rather than local products, or merely adding more choices and making television viewing a more attractive pastime activity. In other words, the emergence of cultural trading blocs would be evidence of greater cultural heterogeneity if audiences around the world were all watching Hollywood programmes; if not, it in fact may have hidden greater homogeneity within each cultural/lingual media bloc.

The theoretical plight brought by the above development in media globalization is challenging to communication researchers. In the past decades the global media landscape was characterized by rapid, interlinking development at both the micro and macro level. These developments include the shifting political economy of transnational media, technological and regulatory changes that have brought opportunities for market expansion, new business models, including strategic alliances and co-productions, and the emergence of hybrid, glocal texts, not to mention myriad infrastructural changes. Most of the development has been extensively researched, yet as the emerging media landscape does not answer to our understanding of the meaning of globalization – the world as a single system, either homogeneous or closely interrelated – the need for a review of our approach to studying media and globalization becomes urgent.

There are two areas which call for closer attention: the much overlooked inter-relations among the many changes brought by media globalization, as mentioned above, and the way key concepts, including culture, economic forces, global media, and audience are conceptualized. Here we encounter the fragmentation and disconnectedness that McQuail (2003) saw as problematic in communication research. As a thorough investigation of the above development calls for a variety of resources – research at both the macro and micro level, theories based on starkly different and incompatible philosophical traditions, and bodies of literature that seldom relate themselves to the other areas of study in communication – the description and analyses of linkages and relations become difficult to manage. In addition, there has been a tendency to contextualize linkages and relations as part of a dualistic model – although dualism has long been denounced in philosophy. At least two pairs of dualistic dichotomies can be delineated in the debate on the homogenization and heterogenization of global culture, namely those of culture vs. economic force, and global media vs. local audiences. Will the power of existing theories increase significantly if the way to conceptualize key concepts remains the same? Are we looking at change in a way that can allow us to properly grasp its fluidity and complexity?

To respond to the above questions this paper examines the role of culture as it is reflected in the way cross-cultural viewing preferences feed back into the transformation of imported media genre – one of the crucial linkages among various dimensions of media globalization, using the case

of television formats and the transformation of reality television in Greater China as examples. To capture the complex patterns of exchanges and interactions, this paper argues for the need to go beyond the 'either-or' conceptual framework that has characterized our discussion on issues surrounding media and globalization. It is proposed that concepts such as cultural and economic as well as media and audience need to be seen as moving forces rather than dualistic dichotomies with a linear, predetermined relation.

2. Defining Culture

Culture – its role and conceptualization – is central to our concern, not only because of the homogenization vs. heterogenization debate, but also because both globalization theories and a large body of research findings pointed to blurring cultural boundaries in a global era, yet the emergence of new markets largely followed existing lingual/cultural lines.

Culture is generally understood as the way people conduct their lives, a definition which includes visible and observable artifacts, ritual and place, and non-visible memory, value, and meaning structures. In academic research, however, defining culture has proven to be a much more challenging task. In anthropological studies where culture is the centre of attention, 164 definitions were found when Kroeber/Kluckhohn (1952) surveyed the literature, with the broadest as “anything that is not natural”. Outside of anthropology the meaning of culture seems to be equally, if not more, difficult to unravel, as it has been influenced by a wide range of theoretical frameworks (Swingewood 1998: x) including sociology and economics, as well as linguistics, discourse analysis, and postmodern theories. Of the many different ways of conceptualizing culture, critical theorists' view of the commodification of culture is perhaps the most relevant for the study of transnational flow and reception of cultural products; it puts culture in the context of cultural production and consumption, and underscores the way and extent to which culture is materialized in a capitalist system, yet it also tends to overlook the workings of culture that do not fall neatly within their theoretical framework. Clifford Geertz (1973: 14), for example, saw cultural processes as “the construction of meanings,” “a context in which [events] can be intelligibly described”. Tomlinson (1999: 24) suggested that it is on

the basis of this “culturally meaningful context of local mundane lifeworlds” that individual actions became globally consequential. Reflexivity, connectivity, and dynamism characterize the way culture matters for globalization, as well as the fluidity involved in its conceptualization.

Also at issue here is the way culture is positioned vis a vis the sphere of economic forces. One of the most notable differences between the critical and the postmodern views of globalization is the way economic and cultural forces have formed a conceptual part in theorizing the changes that are taking place. For those influenced by Marx, capitalism was the “major transformative force shaping the modern world”; “a single overriding dynamic in interpreting the nature of modernity,” as Giddens (1990: 11) pointed out. From this perspective, cultural products are not much different from other types of commodities; their production, distribution and promotion are governed by the same capitalist principles of the marketplace. The similarity between cultural products and others, however, ends here. To critical scholars, the commercialization of cultural production, while achieving social control, is described as also having the effect of negating rationality, eroding freedom, autonomy, and a sense of history (Swingewood 1998). The rise of transnational media, therefore, carries serious cultural implications to those at the receiving end.

In contrast to the paramount importance of the economic factor – namely capitalism – in conceptualizing globalization by critical researchers, postmodernists tended to focus on the diversity and heterogeneity of languages, aesthetics, and images. There was no denial of the role of the economic the factor, yet it was mostly seen in the light of a gradual “de-differentiation,” where the economic becomes cultural, and the cultural becomes economic. Cultural autonomy existed in the early stages of capitalism, Jameson (1998: 70) argued, but with the expansion of global capital, culture began to rapidly grow through all social realms to the extent that “everything in our social life is cultural,” where “[n]o enclaves are left in which the commodity form does not reign supreme.” It is at this stage of late capitalism that culture becomes the major productive force, no longer separable from economic forces. One of the most telling pieces of evidence was, according to Jameson, the fact that today entertainment is treated in a fashion that is no different from any other commodities such as food or textiles in major trade negotiations such as GATT and NAFTA.

There was therefore no denial of the importance of economic forces in globalization from either school; what sets the two apart was the role of culture in bringing the changes that have so far taken place. Ironically, what was observed of media globalization suggests that cultural forces are an integral part of market operations, yet in the process they have also retained a certain level of autonomy. Such contradictions are reflected in the production, but most of all in the consumption of cultural products; the box office and audience ratings of imported films and television programs are cases in point.

Ratings and box office records are powerful instruments in discovering viewer preferences and minimizing risks while ensuring profit for investors. They determine the life and death of cultural products, and offer valuable information that helps formulate business strategies. If entertainment and cultural products are 'no different from any other commodities' such as food or textile, then consumers – audiences in this case – deserve greater attention. Unfortunately, with their full attention focused on the way power – whether political or economic – dictates cultural production, critical researchers saw audience preferences as determined, shaped, or inconsequential, as viewers can never choose beyond what is supplied to them. Attempts to pursue the links between audience preference and cultural production are deemed of little value, or useful only for commercial purposes.

It is, however, not possible to ignore viewing rates, box office or audiences, especially in this age of abundant supply, if the patterns of cross-cultural flow and reception of cultural products is to be fully understood. On a global market that is governed by capitalist logic, viewing rates and box office receipts are crucial to profit making and production decisions.

Past studies on media globalization tended to reinforce the critical position by focusing on a few glaring success stories of transnational cultural flow, e.g., the triumphs of *Dallas*, *Titanic*, and, more recently, television formats such as *Who Wants to be a Millionaire* and *Big Brother*. However, they tend to be exceptions, considering the total supply of international cultural products on the global market each year. The theory of cultural proximity and cultural capital (Straubhaar 2003, 1991; Hoskins/Mirus 1988) explained to a large extent the audience's lack of interest in imported products, but to understand how the cultural factor works through their preferences, we need to look more closely, not only at the 'why', but also the

'how' and 'so what' questions in cases where certain products fail to cross cultural boundaries; in other words, how has cultural influence manifested itself in the discursive landscape of texts, and also in the development of the media landscape?

3. Workings of the Cultural Factor Through Viewing Rates

Cultural boundaries were seen to be becoming blurred from both the social, and media content perspectives. Different reasons can be attributed to each globally successful film or television programme, yet there is one underlying similarity that cuts across most, if not all, of them – an “aculturalness” (Wang/Yeh 2005) or “cultural odorlessness” (Iwabuchi 2000, 2002) that typically deemphasizes values, beliefs, habits, names, places, and historical events specifically relating to any particular culture, nation, ethnic or social group in order to minimize the risks of presenting something that may be difficult for a transnational audience to comprehend or relate to. Included in this family of “acultural” cultural products are most of the genres popular on the global marketplace: Japanese cartoons, Hollywood blockbusters, and, more recently, television formats of reality game shows. Hybridization, “aculturalization” and glocalization characterized the strategic thinking of media producers in responding to the emergence of transnational markets, and also the type of media content that audiences find occupying their program schedules.

The disappearance of cultural features in cultural products is taking place in parallel with what globalization theories suggest are taking place in the life of the audience. According to Giddens (1990), the idea of time and space being closely linked has become irrelevant and obsolete as locales are increasingly penetrated by distant social influences. In the past decades the nature and structure of relationships, and also the way life is conducted have undergone significant changes as modernity calls for disassociation of the individual from the familiar and the close-by. To reach greater efficiency and effectiveness roles that have been played by familiar faces are taken up by professionals and experts, and operations institutionalized and formalized – a process producing what Giddens described as a disembedded mechanism.

It is within this context of detaching from, and emptying out of, local culture at both the individual/audience level and the product content level that the case of television formats in Greater China is especially illuminating in analyzing what is taking place in the cultural/lingual markets.

Format licensing, the international sale of television programme formats, began to mature into a major business in the 1990s (Moran 1998). As it allows room for local adaptation while introducing new programme ideas, some quickly achieved global popularity. *The Weakest Link*, a game show format jointly developed by the BBC and NBC, was one of the successful examples; it was sold to 75 territories in 50 countries up to January 2002 and achieved dazzling success in Europe, North America, the Arab world and parts of Asia.

In contrast to the high ratings and lasting popularity that the show has enjoyed in US and European nations, in several of the Asian nations where a local version was shown, *The Weakest Link* has not only failed in the ratings, but has attracted bitter complaints from the audiences, educators and media critics. In Thailand, it was criticized by the Thai government for promoting traits that are “unbecoming and contradictory to the Thai culture and morality” (Day 2002: n.pag.). In Hong Kong, the producer had to change the presentation style of the hostess, and hence the tone of the programme – both unique features – in order to survive in the ratings competition. In Taiwan, the local version came to an end after it was on air for four months.

Findings from focus group sessions organized by the author in 2007 indicated that Taiwanese audiences’ expectations of a local programme differed distinctly from those of an imported programme; if a programme was perceived to be local, it was to conform closely with all things local. Unfortunately, despite a local hostess, local contestants and questions on local issues, *The Weakest Link* featured British humour that was alien and appeared rude to the audience, and rules that included a large cash award for a sole winner, as well as an elimination-by-voting design. The combination of these elements created an image that ‘The Law of Jungle rules when it comes to money-grabbing’. There was a consensus among focus group participants and media critics that watching the show brought pressure and uneasiness, as the audiences witnessed people back-stabbing against one another in a real, televised show. Glocalization backfired and the audiences

found the show ‘fake’, as neither the hostess nor the contestants acted like ‘one of them’.

4. The Transformation of Reality Television in China

Reality television (RT) that, like *The Weakest Link*, also featured games with a handsome cash prize for a sole winner, and a “strategy-elimination-viewer involvement” catalyst (Keane 2003) was met with a similar response from audiences on the Greater China market; in China RT was not accepted by the audience until after a gradual process of transformation.

China had its version of the reality television as early as 1996, when a programme produced by a provincial network sent its crew to cover the story of some college students who managed to travel long distance with only a few dollars in their pockets (Xieh/Chen 2006). This special episode of the programme, entitled *Big Challenge to Survival*, received such extensive coverage in the media that the producer launched a full-fledged programme carrying the same title in June 2000. A year later its second series was launched, introducing competition among players. The new format, inspired by the success of the *Survivor* series in the U.S., was quickly adopted by a number of programmes all over China. In most cases the transplantation was exercised with care; greater emphasis was placed on comradeship and bonding among team-mates, rather than defeating them in the competition. While elimination remained an important element of the show, it was handled through a scoring system, to save contestants from targeting one another and cushion the impact on those who were expelled. Nevertheless, the modification was not satisfactory to the audiences; localized imitations quickly died down for reasons similar to those leading to the demise of *The Weakest Link*. *Perfect Vacation*, the localized Hunan version of *Big Brother*, was described as a “disgusting live farce”. Survey results showed that 63% of the viewers “extremely liked” the program, 37% “extremely disliked” it, with no one in the middle (see New Capital Press 2005). Eventually it was taken off the air by the local government.

In 2005 RT had a comeback in China; of the new genres the success of *Super Voice Girls* was especially noteworthy. A televised singing competition produced by the Hunan Province Satellite Television Station, *Super Voice*

Girls (SVG) bears resemblance to Hollywood's *American Idol*, yet it allows the audiences to participate in the decision-making process by casting their votes via SMS. This voting mechanism triggered an avalanche of input from fans and supporters keen on supporting their favourite contestants in the game. In 2005, SVG became the top-rated programme in China; at one time over 3.5 million votes flooded in during the night of the championship race, jamming Hunan's telecommunications system.

In September of 2007, China's Broadcast Bureau put a ban on the uses of all forms of audience voting in television programmes, and issued a list of restrictions on similar programs. The official statement accused a proliferation of televised talent shows of distracting youngsters from their studies while promoting vulgar language and poor taste. Critics, on the other hand, suspected that the action was taken to curb the fever of 'participation' from developing into a democratic decision-making style which might take root beyond the sphere of entertainment.

Whatever caused the government to take action, because of it the phenomenon is not likely to reappear in China. However, from *Survivor* to *Super Voice Girls* it is difficult not to notice that almost none of the major ingredients in the Western version of RT survived in China. Although both *Survivor* and SVG featured voting, in the former it was used for contestants to vote out one of their own; in the latter it was instrumental in rallying audience support for the singer of their choice. In fact, this new generation of Chinese RT has very little in common with its Western cousin – except that they were still 'real people playing themselves'. In many ways it was much closer to the original model developed *before* imitated versions were introduced. In Taiwan similar trends of development were observed when *The Starlight Boulevard* also a televised singing competition – topped the ratings chart. The "voyeurism" that characterized RT viewer psychology (Andrejevic 2004; Nabi et al. 2003) was replaced by "fandom", and the audience was no longer a third party watching real life drama unfolding, but passionate supporters of emerging idols and ardent participants in a public event.

Several factors could be attributed to the failures of television formats in Greater China, yet the most frequently and consistently mentioned in reviews was cultural incompatibility. It was believed that Chinese audiences, as those in many of the Asian nations under Confucian influences, are char-

acterized by distaste for competition and rivalry. The transformation of RT in China shows that competition alone does not alienate the audience, as it is the backbone of SVG and all talent shows; however, the way competition takes place does make a difference. Competition that encourages contestants to strive for excellence was not just accepted but encouraged and seen in a positive light, yet competition that pushes them to target one another in order to win was disturbing. Confucian teaching, as pointed out by the cultural critic Hsueh Bao-hai¹, stresses harmony, compassion and humanity. These and other characteristics of East Asian cultures (Miike 2007; Kim 2002; Yum 1988) – reciprocity, interrelatedness, and other-centeredness – form the cultural context in which fun and entertainment are defined.

Glocalization, as a strategy to appeal to transnational audiences, therefore, can work, but only under the assumption that the format does not contain elements that seriously contradict local cultural values and practices. The same reason explains the rise of the cultural/lingual television markets; as programmes are imported from countries with a similar lingual/cultural background, the risks of cultural incompatibility and contradictions are minimized.

The above findings support earlier research that showed prior information, including knowledge, beliefs, cultural values and attitudes explained (Elasmar 2003: 168) how selective attention and selective retention processes were triggered in cross-cultural viewing. In the epic study of *Dallas* (Katz/Liebes 1984; Fiske 1987: 71, 79; Liebes/Katz 1990), it was found that, cultural values not only facilitated the understanding, but also supported the misunderstanding and oppositional reading of media texts. Conversely, there was little evidence for the influence of foreign media on local audiences (Elasmar/Hunter 1997).

5. Going Beyond the Dualistic Mode of Conceptualization

The failure of television formats such as reality game shows in Greater China is more than a manifestation of how the choice and preference of audiences relate back to production and content supply, one of the critical linkages that were largely overlooked in the literature. It demonstrated how cultural influence, independent of economic motives, continues to mani-

fest itself through audience preferences and cultural production decisions in a global era. Furthermore, it also underscored the need to conceptualize the audience as both passive and autonomous, consumers who go after the new and the trendy, and as cultural beings that enjoy the stable and the familiar. As consumers, they are part of an economic, capitalist mechanism for profit making; yet, within the constructed media environment they are active viewers anchored in their local world.

The “local worlds”, as noted by Rosenau (2003: 88), are characterized by the “local ties” and “local habit of mind” that people have. They tend to be deep-seated, and not easily undone—unlike their global counterparts. This “place” forms the local contours in which individuals choose to carry out their daily lives in the way and with those they know or are acquainted with. There is a familiarity with the surroundings and the people, a sense of its past, present, and to a large extent, its future that an individual can easily follow and relate to. Competition for excellence in China, for example, finds its root in the national examination system that had, for over two thousand years, helped to select civil servants from among the best of the country’s gentry class. As Harvey (1989: 302) pointed out, in a shifting world we are in greater need for moorings; “if no one knows their *place* in this shifting collage world, then how can a secure social order be fashioned or sustained?”

From this perspective, culture is not determined by economic forces, nor has it become economic. Rather, the two are forces that clash, modify, enhance, and bring out one another. Nevertheless, a pluralist view of relations as such is difficult to conceptualize and accept if culture and economic forces, and media and audiences are seen as opposing, deterministic dichotomies.

Swingewood (1998: 2ff) noted that Marx never resolved the problem of the “partial autonomy” of culture (and art), but neither was it Marx’s intention to see cultural and economic structures as dualistic dichotomies. Swingewood attributed much of the determinism and hence the conceptualization of culture to later generations of Marxists as “a reflection of a determining, underlying economic structure, an epiphenomenon, or ‘effect’ of external, material processes” in Marx’s theories: “If the production of ideas depended on economic forces and class interests then culture itself could exercise no active role in social change. Given this canonized, functionalist

interpretation of Marxism it is hardly surprising that Marxist theory failed to grasp the complexity of culture itself.” (Swingewood 1998: 2ff).

Dualistic models are attractive as they underscore differences and outline the parameters within which analyses can be structured and unfolded clearly, logically and effectively. As Tomlinson (1996: 86) indicated, most of Giddens’ discussion on globalization, modernity, and cultural production have followed a dialectic and dualistic model: “[T]hroughout his work on modernity Giddens insists on a dialectical push and pull between opposing tendencies: the local and the global, disembedding and reembedding”. Although to him the problem with Giddens’ approach lies in the imbalance of disembedding global modernity and the reembedding of global belonging, an over-reliance on the dualistic model in which social forces are treated as opposing, uncompromising elements may be the very reason for this oversight on the issue of imbalance.

Seeing global culture either as a homogenizing or heterogenizing global culture presents another example of the “either-or” quandary. As Robertson (1995: 27) pointed out, “[I]t is not a question of *either* homogenization *or* [italics original] heterogenization, [...] but rather of the ways in which both [...] have become features of life across much of the late-twentieth-century world”.

The question, therefore, is no longer the adequacy of reasoning or evidence, either to validate, or invalidate assumptions, claims, or theories, but the way of conceptualizing, observing, and analyzing concepts and issues. Nearly two decades ago, Curran (1990) noted a “revisionist movement” in mass communication research, when significant modifications of theoretical standpoints were introduced to both the critical and the pluralist camps. Within the Marxist tradition, the support for the theory of the deterministic impact of capitalism on culture and the close connection between economic interests and ideological representation began to erode when Foucault (Curran 1990: 139) presented a sophisticated view of power relations rooted in social networks. Inspired by Althusser’s emphasis on the autonomy of social practices, a revisionist movement eventually ‘dethroned’ the primacy of the economic forces upon the arrival of the post-modern era. In postmodernist research there had also been signs of shift, with greater attention paid to the workings of power structures in eroding the autonomy of cultural workers. These efforts, however, would not likely lead to a full

convergence of the two theoretical standpoints, as indicated by Curran (1990: 144), as long as the way researchers conceptualize economic and political powers remains the same.

The concern here, however, does not rest on the convergence of theoretical viewpoints, but on the way forces and powers were conceptualized in such a way that has made revisionism in communication research necessary. Swingewood (1998: 180) warned against the danger of “false dualisms” of agency and structure, micro and macro, etc.; culture, he emphasized, is “the result of a highly fluid, socio-historical field of forces”. Likewise, economic and cultural forces, media and audiences, globalization and localization are not dualistic and unidimensional paired, dichotomous concepts that coexist in tension. They are, rather, moving forces that may clash, undercut, but also stimulate and enhance one another, and are at times mutually constitutive, bringing forth new development and relations, as in the Yin and Yan forces in the Chinese Taoist philosophy.

Cultures are far more resilient than proclaimed, Banerjee (2002) said. One should add that such resilience can only be captured if its fluidity and complexity are fully recognized.

¹⁾ Personal interview with TWL's Taiwan producer, Mr. Hsueh Bao-hai, 14.5.2002.

References

- Andrejevic, Mark (2004): *Reality TV: The work of being watched*. Lanham: Rowman and Littlefield Publishers, Inc.
- Banerjee, Indrajit (2002): The locals strike back? In: *Gazette* 64 (6), 517-535.
- Bell, Daniel (1979): *The cultural contradictions of capitalism*. London: Heinemann.
- Curran, James (1990): The new revisionism in mass communication research: A reappraisal. In: *European Journal of Communication* 5, 135-164.
- Curran, James/Park, Myung-Jin (2000): *De-Westernizing media studies*. London: Routledge.
- Day, Julia (2002): Thailand threatens to pull plug on Weakest Link. In: *Media-Guardian* 12.3.2002. www.guardian.co.uk/media/2002/mar/12/broadcasting1, 12.5.2008.
- Elasmar, Michael G./Hunter, John E. (1997): The impact of foreign TV on a domestic audience: a meta-analysis. In: *Communication Yearbook* 20, 47-69.

- Elasmar, Michael G. (2003): *The impact of international television: A paradigm shift*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum.
- Fiske, John (1987): *Television culture*. London : Methuen.
- Geertz, Clifford (1973): *The interpretation of cultures*. New York: Basic Books.
- Giddens, Anthony (1990): *The consequence of modernity*. Stanford, California: Stanford University Press.
- Harvey, David (1989): *The urban experience*. Oxford: Basil Blackwell Press.
- Hoskins, Colin/Mirus, Rolf (1988): *Reasons for the US dominance of the international trade in television programmes*. In: *Media, Culture & Society* 10, 499-515.
- Iwabuchi, Koichi (2000): *To globalize, regionalize, or localize us, that is the question: Japan's response to media globalization*. In: Wang, Georgette/Servaes, Jan/Goonasekera, Anura (eds.): *The new communication landscape: Demystifying media globalization*. London: Routledge, 142-159.
- Iwabuchi, Koichi (2002): *Recentering globalization: Popular culture and Japanese transnationalism*. Durham, NC: Duke University Press.
- Jameson, Frederic (1998): *Notes on globalization as a philosophical issue*. In: Jameson, Frederic/Miyoshi, Masao (eds.): *The cultures of globalization*. Durham/London: Duke University Press, 54-80.
- Katz, Elihu/Liebes, Tamar (1984): *Once upon a time in Dallas*. In: *Intermedia* 12 (3), 28-32.
- Keane, Michael (2003): *Formatting in East Asian television markets: The precursor to a new business model?* In: Kean, Michael/Moran, Albert/Ryan, Mark (eds): *Audiovisual works, TV formats and multiple markets*. Australian UNESACO Orbicom Working Papers in Communications, No. 1, Griffith University: Brisbane.
- Kim, Min-sun (2002): *Non-Western perspectives on human communication*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- Kroeber, Alfred Louis/Kluckhohn, Clyde (1952): *Culture: A critical review of concepts and definitions*. Cambridge, MA: Peabody Museum.
- Liebes, Tamar/Katz, Elihu (1990): *The export of meaning: Cross-cultural readings of Dallas*. Oxford: Oxford University Press.
- McQuail, Denis (2003): *New horizons for communication theory in the new media age*. In: Valdivia, Angharad N. (ed.): *A companion to media studies*. Malden, MA: Blackwell Publishing, 40-49.
- Miite, Yoshitaka (2007): *An Asiatic reflection on Eurocentric bias in communication theory*. In: *Communication Monograph* 74 (2), 272-278.
- Moran, Albert (1998): *Copycat TV*. Luton, UK: University of Luton Press.
- Nabi, Robert L./Biely, Erica N./Morgan, Sara J./Stitt, Carmen R. (2003): *Reality-based television programming and the psychology of its appeal*. In: *Media Psychology* 5, 303-330.
- New Capital Press (2005): *The five-year itch of localized chinese "reality show"*. In: *New Capital Press*, 18.8.2005. http://news/xinhuanet.com/newmedia/2005-08/18/content_3371264.htm, 12.5.2008.

- Robertson, Roland (1995): 'Glocalization: Time-space and homogeneity-heterogeneity'. In: Featherstone, Mike/Lash, Roberton, Roland (eds.): *Global modernities*. London: Thousand Oaks/California: Sage Publications, 25-44.
- Rosenau, James N. (2003): *Distant proximities*. Princeton: Princeton University Press.
- Sinclair, John (2000): Geolinguistic region as global space: The case of Latin America. In: Wang, Georgette/Servaes, Jan/Goonasekera, Anura (eds.): *The New Communications Landscape: Demystifying Media Globalization*. London: Routledge, 19-32.
- Straubhaar, Joseph (2003): Choosing national TV: Cultural capital, language, and cultural proximity in Brazil. In: Elasmr, Michael G. (ed.): *The impact of international television: A paradigm shift*. Mahwah, NJ: Lawrence Erlbaum, 77-110.
- Straubhaar, Joseph (1991): Beyond media imperialism: Asymmetrical interdependence and cultural proximity. *Critical Studies in Mass Communication* 8, 39-59.
- Swingewood, Alan (1998): *Cultural theory and the problem of modernity*. New York: St. Martin's Press.
- Thussu, Daya K. (2007): Mapping global media flow and contra-flow. In: Thussu, Daya K. (ed.): *Media on the move*. London/New York: Routledge, 11-32.
- Tomlinson, John (1996): Global experience as a consequence of modernity. In: Braman, Sandra/Sreberny-Mohammadi, Annabelle (eds.): *Globalization, communication and transnational civil society*. Cresskill, NJ: Hampton Press, 63-88.
- Tomlinson, John (1999). *Globalization and culture*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Tunstall, Jeremy (1997): *The media are American*. New York: Columbia University Press.
- Tunstall, Jeremy (2008): *The media were American: U.S. mass media in decline*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Wang, Georgette/Yeh, Emilie Y. (2005): Globalization and hybridization in cultural products: The cases of *Mulan* and *Crouching Tiger, Hidden Dragon*. In: *International Journal of Cultural Studies* 8, 175-193.
- Xieh, Yun-gun/Chen, Hong (2006): The development of Chinese reality television. In: *Global Times*, 18.4.2006. <http://media.people.com.cn/GB.40628/4309362.html>, 23.6.2006.
- Yum, June Ock (1988): The impact of Confucianism on interpersonal relationships and communication patterns in East Asia. In: *Communication Monographs* 55, 374-388.

Abstracts

The purported decline of American media on the global market, the appearance of lingual/cultural markets and the rise of new media centres have put the debate of cultural homogenization vs. heterogenization in a new light. This paper examines the role of culture as it is reflected in the way viewing preferences feed back into production decisions that lead to the transformation of imported media genre, using the transformation of reality television in Greater China as an example. It is argued that there is a need to go beyond the 'either-or' conceptual framework and thus to see cultural and economic, and media and audience power as moving forces rather than as dualistic dichotomies with a linear, predetermined relation.

Der behauptete Niedergang amerikanischer Medien am Weltmarkt, die Entstehung von sprachlich-kulturellen Märkten und die Entstehung neuer Zentren lassen die Diskussion über kulturelle Homogenisierung versus Heterogenisierung in einem neuen Licht erscheinen. Dieser Aufsatz untersucht die Rolle von Kultur in Bezug darauf, wie die Präferenzen der ZuseherInnen die Produktionsentscheidungen beeinflussen und damit das Genre von importierten Medien transformieren. Als Beispiel wird die Transformation von Reality-Shows in China herangezogen. Es wird argumentiert, dass die Notwendigkeit besteht, über den konzeptionellen „Entweder-oder“-Rahmen hinauszugehen und kulturelle, ökonomische und mediale Macht sowie die Macht der ZuseherInnen eher als bewegende Kräfte anstatt als dualistische Dichotomie mit einer linearen, vorgegebenen Beziehung zu sehen.

Georgette Wang
Department of Journalism
National Chengchi University
64 Zhinan Road Section 2
Wenshan, Taipei, Taiwan 116
telgw@nccu.edu.tw

FRANZ NUSCHELER, VERONIKA WITTMANN

Global Digital Divide: eine neue Dimension der Zentrum-Peripherie-Polarisierung

Wissen verändert die Welt. Wissen beruht auf der Verarbeitung von Informationen, die wiederum durch Wissen selektiert und interpretiert werden. Zwischen Wissen und Information besteht also eine sich bedingende Wechselwirkung. Alle Gesellschaften beruhen auf bestimmten Informations- und Wissensbeständen. Neu in der Entwicklung der Weltgesellschaft ist die enorme Beschleunigung, eine alle territorialen Grenzen penetrierende Informationsfülle mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Aber die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung und Wissensgenerierung sind, bedingt durch regionale Entwicklungsunterschiede und begrenzte Zugänge zu diesen IKT, noch ungleich verteilt.

Der Beitrag untersucht die Dimensionen, Fragmentierungen und Auswirkungen des ungleichen Zugangs zu modernen IKT von Menschen unterschiedlicher Entwicklungsräume. Er versucht im Besonderen aufzuzeigen, warum die digitale Kluft eine neue Dimension der Zentrum-Peripherie-Polarisierung bildet, die in der Regel mit einem politischen Machtgefälle und einer sozioökonomischen Disparität begründet und auch häufig auf den plakativen Begriff des Nord-Süd-Konflikts verdichtet wird. Die Begriffe Zentrum und Peripherie beziehen sich hier sowohl auf den globalen, regionalen und nationalen als auch auf den lokalen Kontext.

Die durch IKT entstandene Spaltung der Welt in diejenigen, die Zugang zu den Informationen und neuen Techniken haben, von denjenigen, die keinen Zugang dazu haben, wird als *Digital Divide* beschrieben. Der Begriff umfasst zudem die ungleiche Verteilung von IKT auf globaler Ebene. Die Kernressourcen des Informationszeitalters sind extrem ungleich verteilt: Weltweit gibt es nach Daten der *International Telecommunica-*

tion Union (ITU 2008) noch 5,5 Milliarden Menschen ohne Zugang zum Internet. Dem Beitrag liegt die Kernthese zugrunde, dass die digitale Kluft der Gegenwart – trotz eines rasanten Aufholprozesses in der Verbreitung von IKT – zu einer Verschärfung des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes führen wird. Davon abgeleitet sind folgende differenzierende Hypothesen:

(1) Der ungleich verteilte Zugang zu Wissen (*Knowledge Gap*) mittels des Einsatzes von digitalen IKT bildet einen wichtigen Tatbestand und Entwicklungstrend in der Weltgesellschaft, weil er mit der Herausbildung gesellschaftlich dominanter und marginalisierter Gruppen verknüpft ist. Diese Prozesse finden sowohl im globalen, regionalen, nationalen als auch im lokalen Kontext statt.

(2) Der Zugang zu Wissen wird in Zukunft neben anderen Faktoren mitentscheiden, wer an der Gestaltung von Ökonomie, Politik und Kultur partizipieren kann; er ist deshalb auch eine Voraussetzung für eine partizipatorische Entwicklung und für das *Empowerment* marginalisierter Gruppen.

(3) Die digitale Kluft, die zwischen den Weltregionen und innerhalb von Gesellschaften besteht, verschärft das internationale Entwicklungsgefälle sowie innergesellschaftliche soziale Gegensätze.

(4) *Digital Divide* ist deshalb eine weltweite Herausforderung mit hoher entwicklungspolitischer Priorität, weil Entwicklung ohne Zugang zu den Kernressourcen des Informationszeitalters erheblich erschwert wird. Die digitale Kluft der Gegenwart wird die soziale Spaltung der Welt von morgen vertiefen, wenn der Zugang zu den Produktivkräften Information und Wissen so ungleich verteilt bleiben sollte wie bisher.

1. Information und Wissen als neue Produktivkräfte und Bewegungskräfte der Transformation von Gesellschaften

Information und Wissen wurden in post-industriellen Gesellschaften zu zentralen Vermögensbeständen in der Ökonomie und Politik. Welche Bedeutung dem Zugang zu Wissen im globalen Kontext zuerkannt wird, belegen wichtige Dokumente von internationalen Organisationen und Konferenzen: so der Weltentwicklungsbericht 1998/99 über „Entwicklung durch Wissen“ (World Bank 1999), der Bericht über die menschliche Entwicklung 2001 über „Neue Technologien im Dienste der menschlichen

Entwicklung“ (UNDP 2001), die Berichte der beiden UN-Weltinformationskonferenzen (WSIS) in Genf (ITU 2003) und in Tunis (ITU 2005) sowie der UNESCO-Bericht 2005 „Towards Knowledge Societies“ (UNESCO 2005).

Der These von der Herausbildung einer Wissensgesellschaft liegt die Vorstellung zugrunde, dass in wissensbasierten post-industriellen Gesellschaften nicht mehr allein Arbeit, Eigentum und Einkommen, sondern Wissen eine gesellschaftsprägende Funktion hat. Einkommen und soziale Stellung werden zunehmend zu Resultanten des Wissens. Das wissenschaftlich-technische Wissen treibt den technologischen Wandel voran. Die sich herausbildende globale Informationsgesellschaft wurde sogar als „dritte Revolution der Menschheitsgeschichte [...] vergleichbar dem Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft“ (Brüne 2000: 14) interpretiert, die nun der Industriegesellschaft nachfolgt.

Bei der behaupteten Transformation von Industrie- hin zu Informationsgesellschaften muss aber auch wahrgenommen werden, dass zahlreiche Länder noch keine Industriegesellschaften sind. Die Feststellung von Nico Stehr (2001: 8), dass sich „am Horizont bereits eine auf Wissen basierende Gesellschaftsordnung abzeichnet“, gilt daher vor allem für Gesellschaften der OECD-Welt und tendenziell für die *Newly Industrializing Countries*. Aber auch Gesellschaften der Peripherie sind von den Auswirkungen des Wandels unmittelbar betroffen, da der Zugang zu Information und Wissen ein globaler sozioökonomischer Faktor von Wirtschaft und letztendlich von Entwicklung ist (vgl. Tetzlaff 2000: 54). Industrialisierung hätte ohne Elektrizität nicht stattgefunden. Im Zeitalter der Informationsgesellschaft kann Entwicklung ohne Zugang zu den digitalen IKT nicht erfolgen.

Gesellschaftliche Dominanzpositionen werden nicht mehr allein aufgrund von Warenproduktion und Märkten, sondern mittels Wissenszugängen und Informationsverarbeitung besetzt. Eine soziologische AutorInnengruppe setzt ökonomistischen Interpretationen der Globalisierung die These entgegen: „In der gegenwärtigen Phase ökonomischer Transformation hat Wissen den Platz als wichtigster Produktionsfaktor vor Arbeit und Kapital eingenommen“ (Evers et al. 2004: 14).

Auf der Basis moderner IKT entstand eine „symbolische Ökonomie, die sich von der Warenproduktion weitgehend losgelöst hat und immer nachhaltiger die wirtschaftlichen Trends von Nationen determiniert“

(vgl. Bittlingmayer 2001: 16). Ökonomisch arme Gesellschaften unterscheiden sich von reichen nicht nur dadurch, dass sie über weniger finanzielle Ressourcen verfügen, sondern auch dadurch, dass sie einen begrenzten Zugang zu technischem, sozialem und ökonomischem Wissen mittels moderner IKT haben. Die Erzeugung von Wissen erfordert hohe Investitionskosten. Deshalb wird es vorwiegend in OECD-Ländern produziert oder in einzelnen Enklaven in Schwellenländern weiterverarbeitet. Entwicklungsgesellschaften haben zwar prinzipiell die Möglichkeit, Wissen selbst zu produzieren oder es zu importieren und an vor Ort existierende Bedürfnisse von Menschen anzugleichen. Erforderlich hierfür sind jedoch hohe Investitionen in die Bildungspolitik und infrastrukturelle Maßnahmen.

Der hier verwendete Begriff der Informationsgesellschaft dient als Bezeichnung für einen „Umbruch von der Industrie- bzw. Arbeitsgesellschaft zu einer Gesellschaft, deren grundlegende Technologien die der Information sind“ (vgl. Fuchs-Heinritz et al. 1995: 297). Der Terminus drückt aus, dass Information für alle Bereiche einer Gesellschaft, für die Ökonomie, Kultur, Politik und Zivilgesellschaft usw., gleichermaßen zentral geworden ist. Einerseits kann sie als ein Konsumgut und als Produktionsfaktor dienen, andererseits ebenso als Kontroll-, Steuerungs- und Herrschaftsinstrumentarium eingesetzt werden. Informationsgesellschaften sind dadurch gekennzeichnet, dass der Zugang zur Kernressource Wissen und die Fähigkeit, relevante Informationen aus ihr für Handlungsorientierungen zu erlangen, für ein Partizipieren in allen gesellschaftlichen Bereichen entscheidend ist. Mit den Veränderungen, die durch IKT in der globalen Ökonomie hervorgerufen werden, können nicht alle Menschen auf der Welt Schritt halten, von ihren Auswirkungen sind jedoch alle auf direkte oder indirekte Weise betroffen, wie Manuel Castells (1996: 103) nachweist.

Mit einer globalen Informationsgesellschaft ist die Vorstellung von einer Gesellschaft verbunden, in der viele Menschen miteinander kommunizieren und diese auch mitgestalten können. Eine Chancengleichheit zwischen Weltregionen, Staaten und Bevölkerungsgruppen wäre das Fundament hierzu. Dies ist jedoch im globalen Kontext keineswegs der Fall.

Das Internet hat die weltweite Kommunikation nicht nur revolutioniert, sondern stellt gewissermaßen die Infrastruktur der sich herausbildenden globalen Wissensgesellschaft dar. Ansätze zur Definition der Wissensgesellschaft finden sich u. a. bei Daniel Bell (1975), Nico Stehr (1994) und

Helmut Willke (1997). Das Konzept der Wissensgesellschaft nimmt eine in der Tradition der Wissenssoziologie verhaftete handlungsbezogene Perspektive ein, während das in der Tradition der Massenkommunikationsforschung stehende Konzept der Informationsgesellschaft technikfokussiert ist. Die Verknüpfung der Informations- und Wissensgesellschaft ermöglicht die Analyse beider Komponenten: jene des Technikdeterminismus als auch jene der Betonung der menschlichen Fähigkeiten zu Wissenserwerb, -vermittlung und -produktion (vgl. Zillien 2006: 10f). Auch die globale digitale Kluft muss als ein nicht intendiertes Resultat von beiden – der Informations- und der Wissensgesellschaft – angesehen werden.

2. Das Internet: ein Kommunikationsmedium der Globalisierung von epochaler Bedeutung

Die Entwicklung von modernen IKT ist eng verbunden mit sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungen in der Weltgesellschaft. Sie bilden die technologische Grundlage der Globalisierung und bedingen weitreichende und strukturverändernde Auswirkungen in der Weltgesellschaft und -wirtschaft. Dem Internet kommt als dem weltweit am schnellsten wachsenden Kommunikationsmedium in der Geschichte der Menschheit eine epochale Bedeutung zu (vgl. Brüne 2000: 14). Rudolf Maresch und Florian Rötzer bezeichnen es als das „erste wirklich universale Medium einer globalen Gesellschaft“ (2001: 8).

Die Vermehrung und Beschleunigung von Finanzströmen rund um die Welt wurde erst durch die globale Telekommunikation ermöglicht. Wirtschaftsunternehmen agieren via moderner IT vermehrt als *Global Players* in der transnationalen Arena und treffen ihre Entscheidungen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Globale Telekommunikation erreicht nicht nur alle Regionen auf der Welt, sondern bewirkte auch eine umfassendere und tiefere Penetration und Hybridisierung von Kulturen als es jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit der Fall war. Die angeblich durch digitale Netzwerke möglich gewordene globale Vernetzung „aller an allen Orten der Welt“ – plakativ umschrieben vom ehemaligen Vorstandsvorsitzenden von Daimler Chrysler, Jürgen Schrempp, mit den Worten: „Jeder kann von jedem Ort der Welt und jederzeit auf das weltweit verfügbare Wissen

zugreifen“ (1999: 13) – beschönigt jedoch die Realität, da nach wie vor bedeutend mehr Menschen von ihr abgekoppelt als miteinander verbunden sind. 2006 überschritt die Anzahl der InternetnutzerInnen weltweit erstmals die magische Grenze von einer Milliarde *Onliner*. Die 1,131 Milliarden InternetnutzerInnen von 2008 machen noch immer weniger als ein Fünftel der Weltbevölkerung aus. Die 13 Prozent der Weltbevölkerung, die in den G-8-Staaten leben, sind mehr als 40 Prozent dieser *Onliner* (ITU 2008). In diesem Sinn formuliert auch Joseph Nye: „[...] the information revolution has yet to transform most of the world“ (2002a: 551). Globalisierung findet zwar insbesondere durch die verbesserte Kommunikationsinfrastruktur statt, die Möglichkeiten zur Partizipation an der digitalen Kommunikation sind jedoch vor allem zwischen Zentrum und Peripherie extrem ungleich verteilt.

2.1 Chancen und Grenzen des World Wide Web

Information und Wissen, welches einmal im *World Wide Web* vorhanden ist, kann grundsätzlich jederzeit und mehrmalig kopiert oder reproduziert werden. Deshalb fordern insbesondere führende Industrienationen die Einführung von Patenten und den Schutz des geistigen Eigentums. Die grundlegende Möglichkeit, Informationen mittels digitaler IKT im *World Wide Web* zu verbreiten, zu konsumieren und jedes verfügbare Wissen kopieren zu können, bewirkt für *User* eine: „[...] noch vor wenigen Jahren unvorstellbare Erweiterung des sachlichen wie geographischen Erfahrungshorizonts. Je mehr sich das Internet ausdehnt, umso umfangreicher wird zugleich der weltweit archivierte Wissensvorrat“ (Hofmann 2001: 5).

Auch das ökonomische Potential von Volkswirtschaften hängt davon ab, inwieweit sie global verfügbares Wissen produktiv nutzen können. Als ein wesentliches Kriterium für ökonomische Erfolgsgeschichten, wie sie einige Schwellenländer erlebten, hat sich die Fähigkeit ihrer Volkswirtschaften erwiesen, von außen kommende Innovationen effektiv in vor Ort vorhandene Strukturen zu integrieren und sie produktiv zu nutzen. Die Bereitschaft, neben Gütern auch Information und Wissen zu importieren und diese in Volkswirtschaften zu integrieren, beeinflusst also das ökonomische Wachstum von Gesellschaften.

Über Zugang zu diesen beiden Kernressourcen via modernen IKT zu verfügen wird künftig die Wirtschaftskraft und damit letztendlich auch die

soziale Situation von Menschen, die in Entwicklungsgesellschaften leben, mitbestimmen. Das *World Wide Web* wird dabei das „erste globale Medium einer Weltgesellschaft, welche ihre Ressourcen vorwiegend [...] aus dem Gewinn, der Weitergabe oder der Zurückhaltung von Wissen und Information zieht“ (Maresch/Rötzer 2001: 22). Natürliche, finanzielle und humane Ressourcen verlieren nicht ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung, erhalten aber durch die IKT einen Akzelerationsschub.

2.2 Der Zugang zum Cyberspace als machtpolitische Ressource

Es finden jedoch nicht nur sozioökonomische Veränderungen mittels digitaler IT im Weltkontext statt. PolitologInnen erkennen in der Verfügung über moderne IKT auch eine machtpolitische Ressource und sogar ein Vehikel der Umverteilung der Machtressourcen im internationalen System, wie der Harvard-Politologe Joseph Nye feststellt: „A technological revolution in informations and communications has been diffusing power away from governments and empowering individuals and groups to play roles in world politics [...] that were once reserved for the governments of states“ (2002b: X). Nicht zuletzt aufgrund der strukturellen Transformation hin zu einer stärker wissensbasierten Ökonomie hat Entwicklung nicht nur mit Kapital- und Handelsströmen, sondern – neben zahlreichen anderen Faktoren – auch mit dem Zugang zu Wissen zu tun. Joseph Nye sieht die technologische Führungsrolle im Informationssektor sogar als wichtigste Machtressource in diesem Jahrtausend an. Die Frage nach der Dominanz über das *World Wide Web* wird dadurch auch zu einer weltpolitischen, sodass schon die Prognose gewagt wurde: „Wer das Netz dominiert, wird die Supermacht des nächsten Jahrtausend sein“ (Ahlert 2001: 148).

Andere AutorInnen stellen auch Kernprinzipien der traditionellen Staatslehre in Frage, da sich im Unterschied zum territorial definierten Nationalstaat die Zugehörigkeit zum digitalen Raum nicht geographisch bestimme und aus diesem Grund auch keine effektive Regelung und Steuerung im *Cyberspace* möglich sei. Das *World Wide Web* erfordert deshalb nicht-territorial basierte Regelungen. Es wird künftig darum gehen, wer den Datenverkehr kontrolliert, wer Zugänge zu modernen IKT hat und dadurch an der Gestaltung der globalen Informations- und Wissensgesellschaft partizipieren kann. Dies war auch ein zentraler Diskussionspunkt bei den beiden WSIS, wo ein globaler Rahmen für den Umgang mit den

Chancen, den Herausforderungen und den Beschränkungen der Informations- und Wissensgesellschaft entwickelt werden sollte.

Digitale IKT ermöglichen und beschleunigen die globale Umstrukturierung von Gesellschaften, Ökonomien, politischen Systemen und Kulturen. Die Resultate globaler Telekommunikation zeigen sich in vielen Bereichen. Ihre Dynamik kann nicht unterbrochen werden; ihre Steuerung wirft jedoch bisher ungelöste Fragen nach effektiven Kontrollmechanismen auf.

Anfangs wurde das Internet als ein herrschaftsfreier und sich selbst regulierender Raum angesehen, der *Cyberspace* als neuer öffentlicher und globaler Raum betrachtet, der „[...] weder soziale noch geschlechtliche, nationale oder kulturelle Grenzen kennt und vermutlich viele der bekannten geographischen und geopolitischen Macht- und Wissensstrukturen unterminieren könnte“ (Maresch/Rötzer 2001: 10). Dieser herrschaftsfreie und sich selbst regulierende *Cyberspace* hat sich jedoch als Illusion herausgestellt. Das Internet ist vielmehr ein virtueller Raum geworden, dessen In- und Exklusionsmechanismen entlang alter soziokultureller und sozioökonomischer Kategorien von *Gender*, *Race* und *Class* verlaufen (vgl. Luke 1998: 121). Auch die globale Informations- und Wissensgesellschaft ist entlang dieser bekannten Grenzen fragmentiert, wie die folgenden Abschnitte verdeutlichen.

3. Fragmentierungen auf globalen, regionalen, nationalen und lokalen gesellschaftlichen Ebenen

Ungleiche Zugänge zu Information und Wissen via modernen IKT bedingen Fragmentierungen in der Weltgesellschaft, implizieren strukturell unterschiedliche Zugänge zu (welt-)gesellschaftlichen Machtpositionen und bilden ein Spiegelbild vorhandener sozio-ökonomischer Verhältnisse. Der Entwicklungssoziologe Hans-Dieter Evers wendet das Zentrum-Peripherie-Modell auch auf die Wissensproduktion an: „Ähnlich wie der Kapitalismus als distinktive Form der Produktion die Welt zunehmend durchdrungen und dabei Zentrum, Semiperipherie und Peripherie geschaffen hat, so schafft die Globalisierung des Wissens als vorherrschende Produktivkraft ebenfalls Zentren der Wissensproduktion, eine Semiperipherie, in der Teil-

wissen wie Softwareprogramme hergestellt werden, und eine Peripherie, auf die Wissen in Form einer Entwicklungs- und Strukturanpassungspolitik angewandt wird“ (1999: 6).

Da die sozialen, ökonomischen und infrastrukturellen Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen im Bereich digitaler IT zwischen Zentrum und Peripherie extrem ungleich sind, spiegelt die globale Informations- und Wissensgesellschaft in der Gegenwart daher vielmehr bekannte Grenzen zwischen reichen und armen Gesellschaften wider. Hier stellt sich die Frage, was mit jenen gesellschaftlichen Gruppen geschieht, welche von diesem Zugang ausgeschlossen sind. Technologische Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben zur Genese von neuen sozialen Schichten im lokalen, regionalen, nationalen als auch im globalen Kontext geführt. „*Surplus-Flesh*“, „das überschüssige Fleisch“, „das neue Proletariat“, so titulieren die kanadischen MedientheoretikerInnen Marilouise und Arthur Kroker jene Menschen, die Gefahr laufen, von der virtuellen Klasse überrannt zu werden, da sie über keinen Zugang zu den neuen Technologien verfügen (vgl. matrix 1996). Die positiven Aspekte neuer Medien werden überschattet von der Informationsarmut derjenigen Menschen, welche aus sozioökonomischen Gründen nicht an dem Austausch partizipieren können.

3.1 Die Spaltung zwischen „Information Rich“ und „Information Poor“

Erst seit einigen Jahren werden die Dominanz- und Machtpositionen wahrgenommen, die durch diese neue Fragmentierung der Weltgesellschaft in jene, die Zugang zu modernen IKT haben, und jene, die über keinen Zugang verfügen, entstehen. Im Sprachjargon der Weltbank werden diese als *Information Rich* und *Information Poor* bezeichnet. Im Bereich digitaler IKT tritt soziale Differenzierung im Weltmaßstab offen zutage.

Obwohl die Anzahl der *UserInnen* der am häufigsten benutzte Indikator ist – ganz Afrika hat weniger Internet-NutzerInnen als Frankreich (vgl. ITU 2004) –, erfasst er nicht die Art und Qualität der Nutzung. *UserInnen* sind sowohl österreichische ManagerInnen mit einem hervorragenden Breitbandzugang als auch peruanische BäuerInnen, die einmal im Monat ein Internetcafe besuchen. Die qualitative Kluft der IKT gibt ein anderer Indikator besser wider: die internationale Internet-Bandbreite (vgl. Hoffmann 2004: 22f). Darunter wird die Menge an Daten verstanden, die innerhalb

eines bestimmten Zeitraums einen Übertragungskanal passieren kann. Auch hinsichtlich dieses Indikators gibt es international enorme Differenzen. Dänemark verfügt über mehr als doppelt so viel Bandbreite bei den Internetverbindungen als Lateinamerika und die Karibik zusammen (vgl. ITU 2008).

Die Weltbank kategorisiert Länder nach der Entwicklungsstufe der digitalen Netzwerke und der Verfügung über Fachkräfte in drei Gruppen: *eLeaders* sind die auf dem IT-Weltmarkt führenden OECD-Länder, welche auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung richtungweisend sind. *eAdopters* umfasst Länder wie Russland, Brasilien und Malaysia. Diese werden die zurzeit noch bestehende Kluft zu den *eLeaders* in den nächsten Jahren reduzieren können, weil sie sowohl über Fachkräfte als auch über eine gute Infrastruktur verfügen, um den Sprung in die Informationsgesellschaft zu schaffen. Als *eLatecomers* werden jene Länder bezeichnet, bei denen sich die digitale Kluft in den nächsten Jahren noch vergrößern wird. Zu ihnen zählen (mit Ausnahme Südafrikas) der gesamte afrikanische Kontinent, Südasien, Indien (trotz Bangalore), China (trotz Hongkong und Shanghai) sowie einige der karibischen und lateinamerikanischen Staaten. Diese verfügen weder über das notwendige Fachpersonal noch über die infrastrukturellen Voraussetzungen, um mehr als marginal am Informationszeitalter partizipieren zu können.

Berichte der ITU deuten darauf hin, dass die *eLatecomers* in den letzten Jahren deutlich zugelegt haben, ohne jedoch den technologischen Vorsprung der *eLeaders* verringern zu können. Die Abkoppelung jener Entwicklungsregionen, die zu den *eLatecomers* zählen, von den verfügbaren Leistungskapazitäten findet damit weiterhin statt (vgl. ITU 2007: 8). Die globale digitale Kluft hat also verschiedene Ursachen und Dimensionen, die in ihrer Gesamtheit die ohnehin schon großen Entwicklungsdiskrepanzen zwischen reichen und armen Gesellschaften noch verschärfen werden.

3.2 Intraregionale Unterschiede

Die digitale Spaltung muss neben der angeführten Makroebene der Zentrum-Peripherie-Relationen auch intraregional, also innerhalb ungleich entwickelter Weltregionen, analysiert werden. Im asiatisch-pazifischen Raum rangiert die Internet-Penetration von unter 1 Prozent in Ländern wie Bangladesch, Kambodscha und Laos, bis zu mehr als 65 Prozent in

den OECD-Ländern Australien und Südkorea. Auch Afrika hat seinen eigenen *Digital Divide*. Während Subsahara-Afrika (mit Ausnahme Südafrikas) einen Durchschnittswert der *Teledensity* von 1 Prozent aufweist, liegen nordafrikanische Länder bei 10 Prozent. Die Region der Amerikas hat ebenfalls ihre eigene Zentrum-Peripherie-Spaltung; die USA allein haben mehr als doppelt so viele Internet-NutzerInnen als die restlichen 42 Länder in der gesamten Region (vgl. ITU 2008).

Die digitale Spaltung zwischen *eLeaders*, *eAdopters* und *eLatecomers* hat verschiedene und sich wechselseitig verstärkende Ursachen. Jene Teile der Welt, die gemeinhin zur „Dritten Welt“ gezählt werden, verfügen derzeit nur begrenzt über die technischen Voraussetzungen für Telefon- und Internetanschlüsse. In zahlreichen Ländern gibt es keine flächendeckende Stromversorgung. Gegenwärtig verfügen etwa zwei Milliarden Menschen, d.h. ein Drittel der Weltbevölkerung, über keinen Stromanschluss. Je höher der Anteil von Bevölkerungsgruppen, die in absoluter Armut leben, in Gesellschaften der Peripherie ist, desto weiter sind sie von technischen Errungenschaften wie funktionsfähigen Telefon- und Stromnetzen entfernt. Diese bilden jedoch trotz technischer Lösungen, die von solchen Netzen unabhängige Verbindungen ermöglichen, vorwiegend noch die Grundlage für eine Internet-*Connectivity*. Technisch gibt es Möglichkeiten, um auch abgelegene Gebiete ohne Infrastruktur an IKT anzuschließen. Internetverbindungen sind über Satelliten herzustellen, Strom kann mit Solarenergie lokal erzeugt und Mobiltelefon-Verbindungen können durch Signalverstärker ermöglicht werden. So verzeichnet nach Angaben der ITU seit einigen Jahren der am wenigsten digital vernetzte Kontinent Afrika die stärksten Zuwachsraten beim Mobilfunk, den sich jedoch nach wie vor nur eine Minderheit leisten kann.

3.3 Die soziale Manifestation der digitalen Kluft in Gesellschaften der Peripherie

Die digitale Kluft innerhalb von Ländern kann entlang der Kategorien „Bewohner von urbanen Gebieten, gebildet und wohlhabend, jung sowie männlich“ bzw. der Mehrheit als Nicht-Teilhabenden beschrieben werden. Die vorhandene Infrastruktur (Elektrifizierung, Telefonnetze etc.), die politische Struktur (Medienvielfalt als Notwendigkeit demokratischer Strukturen) und die konkreten Inhalte, die via IKT vermittelt werden,

stellen interdependente Faktoren dar. Sie müssen zusammenwirken, damit Menschen an den Errungenschaften des Informationszeitalters teilhaben können.

Zwar existiert auch in den OECD-Ländern eine digitale Kluft hinsichtlich soziodemographischer Faktoren, d.h. zwischen Menschen verschiedener Alterszugehörigkeiten, Einkommens- und Bildungsschichten. In Gesellschaften der Peripherie ist die Fragmentierung aufgrund der *Digital Divide* jedoch viel ausgeprägter. Die Ursachen hierfür sind vielfältig:

NutzerInnen und BetreiberInnen konzentrieren sich auf urbane Gebiete. Es besteht ein extremer Gegensatz zwischen Stadt und Land, da die Potenziale des Internet auf die mit Strom- und Telefonnetzen ausgestatteten urbanen Räume zentralisiert sind.

Einen wesentlichen Hinderungsgrund für eine schnellere Verbreitung des Internet in ökonomisch schwachen Ländern stellen neben dem Fehlen infrastruktureller Voraussetzungen auch die hohen Kosten für einen Internetzugang dar. Es gibt einen immensen sozialen Gegensatz zwischen privilegierten Minderheiten und der Bevölkerungsmehrheit. Letztere kann sich – selbst dann, wenn ein Stromanschluss vorhanden ist – die hohen Preise eines Internetzugangs nicht leisten. Es sind also nur Minderheiten, die Nutzen aus den neuen Technologien ziehen können. Eine Schwierigkeit beim Auf- und Ausbau von modernen IKT in Entwicklungsgesellschaften ist auch der Mangel an IT-ExpertInnen. Dieser wird zusätzlich durch den *Brain Drain*, also durch die Abwanderung der wenigen Fachkräfte in die Industrieländer, verschärft.

Eine Zugangsbarriere zur Partizipation am *World Wide Web* ist auch das Faktum, dass etwa 80 Prozent der Netzinhalte in Englisch sind. Dies stellt einen Exklusionsmechanismus für Menschen in Gesellschaften dar, die nicht zur anglophonen Sprachregion gehören und in denen – außer einer kleinen Besitz- und Bildungsschicht – die Bevölkerungsmehrheit keine Chance hat, Englisch zu erlernen. In diesem Sinne treffen die durch digitale IKT vorhandenen Potenziale und Möglichkeiten auf mit herkunftsbedingt ungleichen Startchancen ausgestattete soziale AkteurInnen (vgl. Bittlingmayer 2001: 21f).

Die Internet-NutzerInnen teilten sich 2005 nach Sprachen in Englisch 34,7 Prozent, Chinesisch 13,4 Prozent, Japanisch 8,3 Prozent, Spanisch 6,8 Prozent, Deutsch 6,5 Prozent und andere Sprachen mit 30,3 Prozent auf

(vgl. OECD 2006). Englisch spiegelt als dominante Sprache im *World Wide Web* auch in keinster Weise die Sprachenvielfalt der Länder der Peripherie wider.

Die Analyse von *Digital Divide* in Entwicklungsgesellschaften muss neben den bereits genannten Faktoren auch die politischen Strukturen einbeziehen. Eine wichtige Frage ist, ob diese moderne Formen von Massenkommunikationsmittel fördern oder behindern, und ob politische MachthaberInnen (Diktaturen, autokratische Regime) aus Angst vor Kontrollverlust den freien Zugang zu Information und Wissen via IKT behindern. Auf der anderen Seite kann der Zugang zu Information und Wissen Tendenzen zur Demokratisierung unterstützen, wenn Menschen politische Systeme vergleichen können.

Ein weiterer bedeutender Faktor ist zudem der Inhalt, das spezifische Wissen und die Information, welche via IKT weitertransportiert werden. Ein Spiegelbild der Realität ist das ungleiche Verhältnis von marginalisierten Personen einerseits und die fehlende Präsenz von ihnen bei Darstellungen im Internet andererseits. So ist nach wie vor die Mehrheit der Websites in den U.S.A. angesiedelt und lediglich eine geringe Zahl des Inhalts ist nicht-westlichen Ursprungs.

3.4 High-Tech-Inseln im Meer von Armut und Analphabetismus

Die sich abzeichnende Dynamik informationsgesellschaftlicher Entwicklung lässt nach Stefan Brüne „einen nach außen offenen Prozess der Inselbildung erwarten, in welchem Chronopolitik anstelle von traditioneller Geopolitik einsetzen wird und in dem einzelne Dritte-Welt-Ökonomien aufgrund verringerter Raum- und Zeitdistanzen in strategischen Teilbereichen (Dienstleistungen etc.) High-Tech-Inseln bilden werden“ (2000: 23).

Bezeichnend hierfür ist die Stadt Bangalore in Indien. Diese entwickelte sich zu einer global operierenden Software-Produktionsstätte. Trotzdem ist diese prototypische *Global City*, aus der westliche Länder IT-SpezialistInnen anzuwerben versuchen, eine *High-Tech*-Insel in einem Sub-Kontinent, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung aus AnalphabetInnen besteht und weit mehr als die Hälfte unter der Armutsgrenze lebt. Pointiert formuliert V.Chandrasekaran, ein Generaldirektor eines der größten indischen Anbieters von Computerdienstleistungen, diesen Umstand: „Man surft den

ganzen Tag zwischen Boston und Hongkong, aber wenn man sein Büro verlässt, steigt man über Müllberge“ (zit. n. Brüne 2000: 13).

Sabine Seibel, Dietrich Müller-Falcke und Romeo Bertolini (2000: 68) führen vier Bereiche an, in welche sich die ökonomischen Effekte und Potenziale der Nutzung von digitalen IKT in Entwicklungsgesellschaften differenzieren lassen: Erstens die Senkung von Transaktionskosten für Unternehmen, die durch den Einsatz von IKT ihre Wettbewerbssituation verbessern und neue Märkte erschließen können. Zweitens eröffnen die globalen Entwicklungen im Bereich der IKT Entwicklungsländern neue Möglichkeiten, sich in die internationale Arbeitsteilung einzubringen. Der dritte Bereich betrifft die Beschäftigungseffekte, die sich aus diesen Entwicklungen ergeben; viertens haben die IKT auch Auswirkungen auf den Bildungssektor.

Es gibt optimistische Einschätzungen, die davon ausgehen, dass zumindest einige *eAdopters* eine wirtschaftsgeschichtliche Etappe überspringen könnten, indem sie in moderne digitale Netzwerke investieren, ohne eine veraltete oder gar nicht vorhandene Infrastruktur erneuern oder ersetzen zu müssen. So wird die Entwicklung der *Software*-Industrie in Indien, wo durch den IT-Sektor ein neuer boomender Wirtschaftszweig aufgebaut werden konnte, oft als prominentes Beispiel für die positiven Auswirkungen von digitalen IKT auf die wirtschaftliche Sektorstruktur in Entwicklungsländerökonomien angeführt. Neue Technologien wie der Mobilfunk haben auch in Subsahara-Afrika Infrastrukturkosten enorm gesenkt. Der Aufbau eines umfassenden Telefonfestnetzes war dort eine nicht zu bewältigende finanzielle Herausforderung, während mit dem Mobilfunk innerhalb kürzester Zeit und relativ kostengünstig ein großer Verbreitungsgrad erzielt wurde.

Die Differenz zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zeigt sich neben dem ungleich verteilten Zugang zu und der Anwendung von IKT auch bei den Wettbewerbsbedingungen auf den Telekommunikationsmärkten. Insbesondere Schwellen- und Entwicklungsländer könnten durch den Einsatz digitaler IKT große Potenziale in wirtschaftlicher und arbeitsmarktorientierter Hinsicht entwickeln. Dabei würde eine neue globale Arbeitsteilung entstehen und das Internet könnte als ein Instrument zur Überwindung von bekannten Barrieren des Marktzuganges fungieren. Darauf setzt der Bericht des Büros Technikfolgen-Abschätzung beim

Deutschen Bundestag, welcher am Beispiel Afrika neue Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit aufzeigt (TAB 2007).

Bei der Verringerung von Armut sind Information und Wissen entscheidende Komponenten. Für ökonomisch schwache Gesellschaftssegmente stellen moderne IKT eine Möglichkeit dar, der Armutsspirale zu entkommen. Durch ihren Einsatz können Informationsdefizite beseitigt werden. Kleine HändlerInnen in ländlichen Gebieten können sich mittels digitaler IKT über Preise, Märkte oder auch über potenzielle Finanzierungsmöglichkeiten für ihre Produkte informieren und dadurch Marktmonopole durchbrechen. Diese Möglichkeiten nutzen beispielsweise MarkthändlerInnen in Westafrika schon in sehr kreativer Weise.

3.5 Gender-Disparitäten im virtuellen Raum

Digital Divide manifestiert sich nicht nur auf der Makroebene im Zentrum-Peripherie-Gefälle, im innerstaatlichen Gegensatz von städtischen und ländlichen Gebieten und in einem innergesellschaftlichen Sozialgefälle, sondern auch in einer Verschärfung der Ungleichheit zwischen den Genusgruppen. Frauen in Ländern der Peripherie sind durch strukturelle Hindernisse wie Einkommensarmut und defizitäre Bildungsmöglichkeiten am Zugang zur digitalen Welt behindert. Im Jargon der Weltbank sind junge Männer in urbanen Gebieten als *eWinners* und Frauen in ländlichen Gebieten als *eLosers* zu bezeichnen. Frauen machen weniger als 10 Prozent der *Internet-UserInnen* in Guinea, weniger als 20 Prozent in Nepal und weniger als 25 Prozent in Indien aus. Andererseits gibt es einige Länder mit einer insgesamt relativ geringen allgemeinen Internetpenetration, welche keine *Gender Gap* aufweisen. So übertrifft in der Mongolei, auf den Philippinen und in Thailand die Zahl der Frauen als Internet-NutzerInnen jene der Männer (vgl. WIGSAT 2005). Die Quellen liefern jedoch keine Erklärung für diese bemerkenswerte Tatsache.

Ein Hauptgrund, warum sich *Digital Divide* in einer Verschärfung der Ungleichheit zwischen den Genusgruppen zeigt, liegt in den hohen AnalphabetInnenquoten von Frauen, die weit höher sind als jene von Männern. Diese vorhandene Geschlechterdisparität wird sich – auch was den Zugang zum Internet betrifft – voraussichtlich nur sehr langsam verringern. Eine primäre Ursache hierfür sind die nach wie vor deutlich niedrigeren Einschulungsraten von Mädchen. Ein weiterer Grund ist das schon beschriebene

Stadt-Land-Gefälle. In den meisten Entwicklungsgesellschaften lebt die Mehrheit der Frauen noch in ruralen Gebieten. Eine Priorität in der Entwicklungszusammenarbeit sollte daher trotz des rasanten Urbanisierungsprozesses die Förderung des Informationswesens in ländlichen Gegenden – beispielsweise durch den Aufbau von *Multipurpose Community Telecentres* – sein. Diese stellen eine Bandbreite an IKT – von Telefonen, Faxgeräten, Internetanschlüssen bis hin zu herkömmlichen Bibliotheken – zur Verfügung und bieten Menschen in abgelegenen Gebieten einen Zugang zu modernen und traditionellen Formen der Kommunikation.

Die globale Informations- und Wissensgesellschaft muss immer entlang der realen Fragmentierungen und Exklusionsmechanismen betrachtet werden. Frauen in ländlichen Gebieten und in bildungsfernen Bevölkerungsgruppen sowie ökonomisch schwache und ältere Frauen müssen als spezielle Gruppe gesehen werden, denen die Partizipation an der globalen Informationsgesellschaft durch konkrete Maßnahmen ermöglicht werden muss. NGOs und multilaterale Organisationen haben sehr früh damit begonnen, diese zur Zielgruppe von IKT-Projekten zu machen. So gibt es mittlerweile eine Reihe von Entwicklungsinitiativen, die *Empowerment* von Frauen via modernen IKT bewirken (vgl. u. a. Buder 2003: 38f).

4. Normative Positionen und entwicklungspolitische Optionen

4.1 Der Zugang zu Information und Wissen als *Global Public Goods*

Information und Wissen mittels IKT erhalten zu können ist Gegenstand verschiedener Interessen. Rechtliche, politische, soziale und ethische Aspekte können technischen und ökonomischen Belangen diametral gegenüberstehen. So steht der Forderung, Information und Wissen als *Global Public Goods* anzusehen, die Auffassung gegenüber, diese als kommerzielle Waren im Rahmen der Liberalisierung von Märkten zu verstehen. Insbesondere bei jenem Wissen, welches im Internet verfügbar ist, konfliktieren Urheberrechte mit den Interessen der *UserInnen*.

Zu einer Neugestaltung der Partizipation im *Cyberspace* muss der Zugang zu Information und Wissen als *Global Public Goods* gesehen werden, dessen Herstellung und Gebrauch nicht in den Händen weniger liegen darf.

Global Public Goods werden mit der ForscherInnengruppe um Inge Kaul im *Office Development Studies* des *UN-Development Programme*, welche die in der volkswirtschaftlichen Diskussion bekannten Begriffe der öffentlichen Güter auf die globale Ebene projizierte, folgendermaßen definiert: „Private goods can be made excludable and exclusive in consumption. Public goods, by contrast, are goods in the public domain: available for all to consume and so potentially affecting all people. Global public goods are public goods with benefits or costs – that extent across countries and regions, across rich and poor population groups, and even across generations“ (Kaul et al. 2003: 3). Moderne IKT sind nicht allein wirksame Wunderpillen; dennoch eröffnen sie für Menschen in peripheren Gesellschaften Wege, um an den Chancen des Informationszeitalters partizipieren zu können (vgl. Khan 2003: 97).

Der Zugang zu digitalen IKT ermöglicht die Option, dass sich eine Gesellschaft innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums hin zu einem integralen und mitgestaltenden Teil der globalen Informations- und Wissensgesellschaft entwickeln kann. Moderne IKT transformieren nicht nur post-industrielle Gesellschaften, sondern sie bestimmen auch nachhaltig die globale Entwicklung mit. Solange sie jedoch nur von einem kleinen Segment der Weltbevölkerung genutzt werden können, bleiben sie ein Minderheiten- und Elitenprogramm, also ein Privileg der „*happy few*“ der Weltgesellschaft.

Der Gefahr der Exklusion der Mehrheit der Weltbevölkerung im *Cyberspace* kann entgegengewirkt werden: So entstehen zunehmend globale Netzwerke, die sich darum bemühen, Wissen auch armen Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen, oder die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das Wissen auch von ihnen genutzt werden kann. Ein Beispiel für internationales Engagement, um die *Knowledge Gap* und *Digital Divide* zu reduzieren, ist im Bereich von *Computer-Software* die *Open-Source*-Bewegung für lizenzfreie Computeranwendungen.

Der Einsatz von *Open-Source-Software* in Entwicklungsländern kann als ein nachhaltiges Instrument für einen nicht diskriminierenden Zugang zur globalen Informations- und Wissensgesellschaft angesehen werden. Um auch ökonomisch schwachen Bevölkerungsgruppen mehr Partizipationschancen in der digitalen Welt verschaffen zu können, müssen sie sowohl *Software* selbst entwickeln als auch Inhalte im *Cyberspace*, die ihren Kommunikationsstilen sowie ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen entsprechen, gestalten können.

4.2 Elektronisches Empowerment: eine Bedingung für partizipatorische Entwicklung

Eine zentrale Zielsetzung von Entwicklungsprojekten im Bereich der digitalen IKT muss der *Empowerment*-Effekt sein, d.h. eine Verbreiterung und Vertiefung der Handlungsmöglichkeiten der Zielgruppen von Maßnahmen und Projekten. Elektronisches *Empowerment* ist eine *conditio sine qua non* für partizipatorische Entwicklung. Digitale IT spielten auch in der Vergangenheit bereits eine wichtige Rolle in den Handlungsstrategien ökonomisch und sozial marginalisierter AkteurInnen. Als klassischer Fall gilt die Bewegung der Zapatistas im mexikanischen Chiapas unter *Subcomandante Marcos*. Interessant hierbei ist, dass die Kommunikation, die viele Winkel der Erde erreichte, von einem Studenten über einen US-Server in San Francisco bereitgestellt wurde (vgl. Hoffmann 2005: 39f).

Digital Divide reflektiert bestehende welt- und innergesellschaftliche Ungleichheitslagen. Moderne IKT vermögen diese nicht allein zu verändern. Die Verringerung des *Global Digital Divide* ist unmittelbar verbunden mit ihren Ursachen selbst. Interpretiert man diese Ursachen als Ausdruck anderer sozioökonomischer Ungleichheiten zwischen Zentrum und Peripherie, so erscheint folgerichtig, dass die Förderung digitaler IKT *alleine* nicht zu deren Überwindung beitragen kann. Digitale IKT können jedoch als Instrumente zu *Empowerment* marginalisierter Menschen gesehen werden, durch die ihnen eine stärkere Partizipation an der globalen Informations- und Wissensgesellschaft ermöglicht wird. Natasha Primo vom südafrikanischen *Women's Net* drückt diesen Aspekt folgendermaßen aus: „Information ohne Entwicklung ist möglich, aber Entwicklung ohne Information und ohne die Fähigkeit sich zu artikulieren, ist unmöglich“ (zit. n. Buder 2003: 44).

Gegenwärtig mangelt es weder an Analysen und Einsichten zur Problematik der digitalen Kluft noch an Aktionsprogrammen und Initiativen von nationalen und multilateralen Entwicklungsinstitutionen. Die Weltbank finanziert seit 1995 Projekte, die UNESCO lancierte das Projekt „*Women on the Net*“, ein Joint Venture von UNDP, Stiftungen und Privatunternehmen starteten die „*Global Digital Opportunity Initiative*“. Aber es fehlen nach wie vor die Voraussetzungen (vgl. Deutscher Bundestag 2002: 273), damit diese Initiativen eine umfassende Wirkung erzielen können.

5. Fazit: Die digitale Kluft der Gegenwart kann die soziale Spaltung der Welt vertiefen

Das Internet könnte als gigantische „Informations- und Wissenstransfermaschine“ dienen, mit dessen Hilfe Entwicklungsrückstände reduziert werden können. Voraussetzungen hierzu sind allerdings nicht nur finanzielle Ressourcen, sondern auch spezialisiertes Fachpersonal sowie der Zugang breiterer Bevölkerungsschichten zu IT. Diese Bedingungen sind in den meisten Ländern der Peripherie derzeit jedoch nicht gegeben. Aus diesem Grund überwiegen pessimistische Einschätzungen, die davon ausgehen, dass sich das Entwicklungsgefälle zwischen Zentrum und Peripherie im Zuge der „digitalen Revolution“ noch vergrößern und die ökonomische und technologische Marginalisierung der Peripherie verschärft wird. Die Empirie bestätigte die eingangs formulierten Hypothesen: Die digitale Kluft der Gegenwart zwischen *Information Rich* und *Information Poor* wird neben der weltpolitischen Komponente auch die soziale Spaltung der Weltgesellschaft in Zukunft vertiefen.

Der begrenzte Zugang zu Information und Wissen trägt zur Perpetuierung von Marginalisierungen bei und wird gleichzeitig die Auseinanderentwicklung der Weltregionen beschleunigen. Es sei mit Nachdruck wiederholt: *Digital Divide* ist eine weltweite Herausforderung höchster entwicklungspolitischer Priorität, da eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung ohne Zugang zu den Produktivkräften Information und Wissen nicht stattfinden kann.

Literatur

- Ahlert, Christian (2001): The Party is Over. Vom sich selbst regierenden Internet zu globalen Wahlen für den Cyberspace. In: Maresch, Rudolf/Rötzer, Florian (Hg.): Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 138-154.
- Bell, Daniel (1975): Die nachindustrielle Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.
- Bittlingmayer, Uwe H. (2001): „Spätkapitalismus“ oder „Wissensgesellschaft“? In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36, 15-23.
- Brüne, Stefan (2000): Die ehemalige Dritte Welt, die Alten und die Neuen Medien. In: Brüne, Stefan (Hg.): Neue Medien und Öffentlichkeiten. Politik und Telekommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bd. 1. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 13-40.

- Buder, Christine (2003): Frauen und Kommunikations- und Informationstechnologien im globalen Süden. In: Dokumentation Zukunftskonferenz „Im Fluss: Gendersensitive Kommunikations- und Informationsgesellschaft“, 37-50, http://www.wu-wien.ac.at/inst/gender/forschung/WSIS/dokumentation_zukunftskonferenz.pdf, 19.1.2006.
- Castells, Manuel (1996): *The Rise of the Network Society. The Information Age: Economy, Society and Culture*. Bd. 1. Oxford: Blackwell Publishers.
- Deutscher Bundestag (Hg., 2002): *Globalisierung der Weltwirtschaft. Schlussbericht der Enquete-Kommission*. Opladen: Leske + Budrich.
- Evers, Hans-Dieter (1999): *Globalisierung der Wissensgesellschaft. Ansätze einer neuen Entwicklungstheorie*. Southeast Asia-Programm Working Paper No. 130, Bielefeld. www.uni-bielefeld.de/sdrc/download.pdf, 3.5.2004.
- Evers, Hans-Dieter/Gerke, Solveig/Schweifßhelm, Rebecca (2004): *Malaysia, Singapur, Indonesien: Wege zur Wissensgesellschaft*. Southeast Asian Studies Working Paper No. 20, Bonn. <http://www.suedostasien.uni-bonn.de/Medien/Publications/WP20.pdf>, 18.3.2008.
- Fuchs-Heinritz, Werner/Lautmann, Rüdiger/Rammstedt, Otthein/Wienold, Hanns (Hg., 1995): *Lexikon zur Soziologie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hoffmann, Bert (2004): *The Politics of the Internet in Third World Development*. New York/Oxon: Routledge.
- Hoffmann, Bert (2005): *Downloading Democracy? Potential and Limitations of the Internet for Advancing Citizens' Rights in Latin America*. In: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3, 30–46.
- Hofmann, Jeannette (2001): *Digitale Unterwanderungen: Der Wandel im Innern des Wissens*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B*. 36, 3-6.
- ITU (2003): *World Summit on the Information Society, Geneva, 10.-12.12.2003*. www.itu.int/wsis/, 18.03.2008
- ITU (2004): *ICT Statistics*. www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/ict/index.html, 19.1.2006.
- ITU (2005): *World Summit on the Information Society, Tunis, 16.-18.11.2005*. www.itu.int/wsis/, 18.03.2008
- ITU (2007): *World Information Society Report 2007*. Geneva: ITU – International Telecommunication Union. www.itu.int/osg/spu/publications/worldinformationsociety/2007/WISR07-summary.pdf, 18.3.2008.
- ITU (2008): *ICT Statistics*. www.itu.int/ITU-D/ict/statistics/ict/index.html, 18.3.2008.
- Kaul, Inge/Conceição, Pedro/Le Goulven, Katell/Mendoza, Ronald U. (Hg., 2003): *Providing Global Public Goods. Managing Globalization*. New York: Oxford University Press.
- Khan, Sarbuland (2003): *Information and Communication Technologies as an Instrument to Leverage the Millennium Development Goals*. In: Okpaku, Joseph O. (Hg.): *Information and Communication Technologies for African Development. An Assessment of Progress and Challenges Ahead*. ICT Task Force Series 2. New Rochelle/New York: Third Press Publishers, 95-104.

- Luke, Timothy W. (1998): The Politics of Digital Inequality: Access, Capability and Distribution in Cyberspace. In: Toulouse, Chris/Luke, Timothy W. (Hg.): The Politics of Cyberspace. New York/London: Routledge, 120-143.
- Maresch, Rudolf/Rötzer, Florian (2001): Cyberhypes. In: Maresch, Rudolf/Rötzer, Florian (Hg.): Cyberhypes. Möglichkeiten und Grenzen des Internet. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7-26.
- matrix (1996): „Nicht nur die Ratte bekommt ein neues Ohr“. In: matrix, 26.5.1996. http://matrix.orf.at/bkframe/960526_1.htm, 18.3.2008.
- Nye, Joseph S. (2002a): Limits of American Power. In: Political Science Quarterly 117 (4), 545-559.
- Nye, Joseph S. (2002b): The Paradox of American Power. Why the world's only super power can't go it alone. Oxford: Oxford University Press.
- OECD (2006): OECD Input to the United Nations Working Group on Internet Governance (WGIG). Paris: OECD. <http://www.oecd.org/dataoecd/34/9/34727842.pdf>, 18.3.2008.
- Schrempf, Jürgen (1999): Globalisierung als Chance. In: Internationale Politik 12, 10-18.
- Seibel, Sabine/Müller-Falcke, Dietrich/Bertolini, Romeo (2000): Informations- und Kommunikationstechnologien in Entwicklungsländern. In: Brüne, Stefan (Hg.): Neue Medien und Öffentlichkeiten. Politik und Telekommunikation in Afrika, Asien und Lateinamerika. Bd. 1. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 41-89.
- Stehr, Nico (1994): Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie von Wissensgesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Stehr, Nico (2001): Moderne Wissensgesellschaften. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 36, 7-14.
- TAB – Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (2007): Internetkommunikation in und mit Entwicklungsländern – Chancen für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel Afrika. Arbeitsbericht Nr. 118, Juni 2007. <http://www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab118.htm>, 20.5.2008.
- Tetzlaff, Rainer (2000): Globalisierung – „Dritte Welt“-Kulturen zwischen Zukunftsfähigsten und Aufholhoffnungen. In: Tetzlaff, Rainer (Hg.): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Bonn: Dietz, 18-64.
- UNESCO (2005): UNESCO World Report: Towards Knowledge Societies. Paris: UNESCO. <http://unesdoc.unesco.org/images/0014/001418/141843e.pdf>, 20.5.2008.
- UNDP (2001): Human Development Report 2001: Making new technologies work for human development. New York: Oxford University Press. <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2001/>, 20.5.2008.
- WIGSAT (2005): Women in the Information Society. Statistical Evidence and Analysis of the Gender Digital Divide. http://www.wigsat.org/Women_DD_WSIS_1.ppt, 30.1.2006.
- Willke, Helmut (1997): Supervision des Staates. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

World Bank (1999): World Development Report 1998/99: Knowledge for Development. New York: Oxford University Press. <http://www.worldbank.org/wdr/wdr98/>, 20.5.2008.

Zillien, Nicole (2006): Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden: VS.

Abstracts

Der Beitrag untersucht die Dimensionen, Fragmentierungen und Auswirkungen des ungleichen Zugangs zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) von Menschen unterschiedlicher Entwicklungsräume. Er versucht im Besonderen aufzuzeigen, warum die digitale Kluft eine neue Dimension der Zentrum-Peripherie-Disparität bildet, die in der Regel mit einem politischen Machtgefälle und einer sozio-ökonomischen Polarisierung begründet wird. Gleichbedeutend mit industriell erzeugten oder agrarischen Gütern wurden Wissen und Information zu bedeutenden politischen und ökonomischen Ressourcen. Diese weltgesellschaftlichen Veränderungen werfen wiederum Fragen des Zugangs, der Verteilungsgerechtigkeit und den Besitzrechten an ihnen auf. Die Darstellung und Analyse der These, dass die digitale Kluft der Gegenwart zu einer Verschärfung des Zentrum-Peripherie-Gegensatzes führen wird, ist das zentrale Thema des vorliegenden Artikels.

The article analyses the dimensions, fragmentations and effects of the inequitable access to digital information and communication technologies (ICT) of people from different development areas. In particular, it tries to show how the Digital Divide can be seen as a new dimension of the centre-periphery-disparity, which is substantiated by a shift in political power relations and a socio-economic polarisation. The access to and the use of knowledge and information became – like industrial and agricultural products before them – important political and economic resources. These changes, which take place worldwide, raise questions of access to and the use of knowledge and information, and the equality of distribution and rights of possession of them. A central topic of the article is the demonstration and analysis of the thesis that the Digital Divide of today will increase devel-

opment gaps and widen social disparities between central and peripheral regions in the future.

Franz Nuscheler
Zentrum für soziale und interkulturelle Kompetenz
Johannes Kepler Universität Linz
Aubrunnerweg 3a
A-4040 Linz
franz.nuscheler@inef.uni-due.de

Veronika Wittmann
Zentrum für soziale und interkulturelle Kompetenz
Johannes Kepler Universität Linz
Aubrunnerweg 3a
A-4040 Linz
veronika.wittmann@jku.at

ALMUT SCHILLING-VACAFLOR

Indigene Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess: ein Vergleich der CONAMAQ und der CSUTCB

1. Einleitung

Kulturelle Identitäten und politische Systeme stehen in einem engen Wechselverhältnis zueinander. Die Zusammenhänge zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen werden im Folgenden anhand indigener Organisationen im bolivianischen Verfassungsänderungsprozess aufgezeigt. Dabei wird verdeutlicht, dass indigene Organisationen in Bolivien keinen monolithischen Block darstellen, sondern äußerst heterogene Vorstellungen von ihrer kulturellen Identität und bezüglich der notwendigen staatlichen Transformationen haben. Insbesondere die Identitätskonstruktionen und politisch-rechtlichen Forderungen der CONAMAQ (Consejo de Ayllus y Markas del Qullasuyu) und der CSUTCB (Confederación Sindical Única de Trabajadores Campesinos de Bolivia), jene beiden Organisationen, die vor allem die Quechua- und Aymara-Bevölkerungsmehrheit des Landes vertreten, werden miteinander verglichen und analysiert. Der zweite Teil des Artikels behandelt die Rollen der beiden Organisationen im Kontext der verfassunggebenden Versammlung und ihre Beziehungsverhältnisse zu weiteren indigenen Organisationen Boliviens sowie mit nicht-indigenen Bevölkerungssektoren. Diese Analyse wird anhand der Anwendung der *Grammars of Identity/Alterity* von Baumann und Gingrich (2004) durchgeführt.

1.1 Kulturelle Identität

Identitäten und so auch kulturelle Identitäten haben einen flexiblen, aushandelbaren und situationsbedingten Charakter (vgl. Jenkins 1996;

Barth 1969; Hall 1996). So betont beispielsweise Stuart Hall, dass das von ihm verwendete Identitätskonzept kein essentialistisches, sondern ein strategisches und positionelles ist. Identitäten befinden sich demzufolge in einem ständigen Prozess der Veränderung und können nicht als einheitliche und unveränderbare Konstrukte verstanden werden. Sie werden in multiplen, z.T. antagonistischen und sich überschneidenden Diskursen, Positionen und Praktiken erzeugt und transformiert (Hall 1996: 4). Kulturelle Identitäten entstehen in Beziehungsverhältnissen zwischen Gruppen, die sich als kulturell verschieden auffassen, wobei auch die bestehenden Machtverhältnisse eine wichtige Rolle spielen. Diese Auffassung von kulturellen Identitäten, die sich gegenseitig hervorbringen, betont die Wichtigkeit der Gleichheit und Differenzen für die Konstituierung der Identitäten (Jenkins 1996: 4).

1.2 Indigene Identität

Viele der politisch organisierten indigenen Völker Lateinamerikas verstehen sich nicht als Minderheiten oder ethnische Gruppen, sondern als Völker. Darauf basierend wird Zugehörigkeit definiert und werden spezifische Rechte eingefordert. Die Definition von indigenen Völkern, die derzeit die anerkannteste ist und beispielsweise von den UN verwendet wird, ist: „Indigenous communities, peoples and nations are those which, having a historical continuity with pre-invasion and pre-colonial societies that develop on their territories, consider themselves distinct from other sectors of societies now prevailing in those territories or parts of them. They form at present nondominant sectors of society and are determined to preserve, develop and transmit to future generations their ancestral territories and their ethnic identity, as the basis of their continued existence as peoples, in accordance with their own cultural patterns, social institutions and legal systems“ (Martínez Cobo 1986: para. 379). Diese Definition steht weitgehend im Einklang mit den oben beschriebenen Konzepten der kulturellen Identität: Martínez Cobo vermeidet nämlich Essentialismen und zugebeschriebene Charakteristika (vgl. Assies et al. 2000: 5), womit die Definition mit dem veränderbaren und flexiblen Charakter von Identitäten vereinbar ist.

1.3 Zusammenhänge zwischen indigenen Identitäten und politisch-rechtlichen Forderungen

In den Kämpfen der indigenen Organisationen Lateinamerikas spielt die Betonung der indigenen Identität eine wichtige Rolle, unter anderem, weil sie ein großes Mobilisierungspotential bietet und weil sie konjunkturelle Vorteile mit sich bringt. Indigene Identitäten werden demzufolge unter anderem in politischen Sphären geformt und instrumentalisiert (vgl. Spedding/Arnold 2005: 20). Die indigene Identität hat somit strategischen Charakter, wobei ich den Begriff „Strategie“ im Sinne von Ruth Wodak verstehe: „Strategisches Verhalten ist zielgerichtet, aber nicht unbedingt bis ins letzte bewusst durchkalkuliert und streng instrumentalistisch. Strategien können automatisiert zur Anwendung kommen“ (1998: 74).

Basierend auf der UN-Definition von indigenen Völkern als nicht-dominante und kulturell verschiedene Bevölkerungsgruppen, können verschiedene politisch-rechtliche Forderungen abgeleitet werden. Diese verfolgen in erster Linie das Ziel, die Situation der Unterordnung und Diskriminierung im Kontext der Nationalstaaten zu überwinden. Die Differenz zur dominanten Gesellschaft ist die Basis für die Forderung nach kollektiven Rechten in Bolivien, wie beispielsweise die Anerkennung von indigenen Autonomien und Selbstbestimmungsrechten. Auch für die Veränderung staatlicher Institutionen in interkulturelle Einrichtungen ist es notwendig, die indigenen politischen Systeme als unterschiedlich von den offiziellen staatlichen Systemen anzuerkennen. Die fehlende Anerkennung existierender kultureller Unterschiede verursacht in der alltäglichen politischen Praxis zahlreiche Schwierigkeiten; die geringe Integration indigener Strukturen in staatliche Systeme und die mangelhafte Artikulation zwischen beiden führt zur faktischen Diskriminierung der indigenen Systeme (vgl. Van Cott 2000; Linera 2005).

Die Forderungen bezüglich indigener Rechte beinhalten einerseits die Anerkennung und Etablierung autonomer und selbstbestimmter Räume innerhalb der Staaten – damit zusammenhängend die Rechte über Land und natürliche Ressourcen – und andererseits die Schaffung interkultureller und plurinationaler Staatsapparate. Obwohl beide Arten der Forderungen Anti-Diskriminierungsmaßnahmen darstellen und zu größerer sozialer Gleichheit beitragen sollen, sind die Selbstbestimmungsrechte tendenziell abgrenzender Natur, während die Veränderung des Staatsapparats in erster

Linie integrativen Charakter hat. Führende WissenschaftlerInnen auf diesem Gebiet, wie Van Cott (2000), Sieder (2002) und Kymlicka (1995), sind sich jedoch mit den meisten indigenen Organisationen Lateinamerikas darüber einig, dass die Anerkennung von Selbstbestimmungsrechten nicht der Abspaltung, sondern als Basis für die verstärkte Partizipation im jeweiligen Staat dienen soll. Die beiden Forderungstendenzen verhalten sich daher komplementär zueinander und sollten miteinander einhergehen.

2. CONAMAQ und CSUTCB: Identitäten und politisch-rechtliche Forderungen

Obwohl die historische Kontinuität, die kulturelle Differenz zu anderen Bevölkerungssektoren und die Situation als nicht-dominante Bevölkerungsgruppen in den Diskursen der indigenen Organisationen Boliviens gleichermaßen relevant sind, gibt es doch unterschiedliche Interpretationen und Auffassungen bezüglich dieser Merkmale, die anhand der CONAMAQ und der CSUTCB aufgezeigt werden. Die Beschreibung ihrer jeweiligen Identitätsverständnisse und Forderungen soll auch dazu führen, die Gründe und Ursachen bestehender Konflikte und Differenzen zwischen diesen Organisationen besser nachvollziehen und in politisch-rechtliche Reformprozesse einbeziehen zu können. Avigail Eisenberg betont ebenfalls die Notwendigkeit der Einbeziehung der verschiedenen Identitäten in Reform- und Konfliktlösungsprozesse: „Decisions which fail to take into account whether and how the different identities of those involved are likely to be affected by one outcome or another, are ones that fail to take into account what is often the central and motivating element of many conflicts and, for this reason, are likely to fail as adequate solutions“ (2005: 251).

Die CONAMAQ wurde im März 1997 gegründet und vertritt die *Ayllus* (indigenen Gemeinschaften) der Aymaras, Quechuas und Urus in Potosí, Oruro, Chuquisaca, Cochabamba und La Paz (vgl. Linera 2004: 323). Ihr primäres Ziel ist die Rekonstituierung von prä-kolonialen Strukturen der originären Nationen, was kollektive Landrechte, Re-Territorialisierung, weitgehende Selbstbestimmungsrechte im Rahmen indigener Autonomien und die direkte Repräsentation der Nationen in staatlichen Strukturen beinhaltet. In einigen Regionen, z.B. im Norden von Potosí

und im Süden von Oruro, bestand der *Ayllu* trotz der Hegemonie der ländlichen Gewerkschaften (vor allem ab 1952) weiter, weshalb er in diesen Gebieten einflussreich ist und die fundamentale organisationelle Form der indigenen Gemeinschaften darstellt. In anderen Gebieten, in denen die Gewerkschaften durch *Ayllus* ersetzt wurden, ist die Treue der AnhängerInnenchaft häufig variabel, d.h. sie oszilliert zwischen den *Ayllus* und den Gewerkschaften und die Organisationen der CONAMAQ sind weniger konsolidiert (vgl. Linera 2004: 328-330).

Die CSUTCB ist die soziale Organisation ländlicher Gewerkschaften mit den größten Kapazitäten der Mobilisierung und mit den meisten AnhängerInnen. Sie repräsentiert die originären und indigenen Bauern und Bäuerinnen und ist in allen Bundesländern vertreten, wobei sie in den Gebieten des Hochlandes und der *Valles* (Täler), insbesondere in La Paz und Cochabamba, am präsentesten ist. Sie ging aus einem Kongress im Jahr 1979 hervor, bei dem die Unabhängigkeit von den damaligen politischen Parteien erklärt wurde und sie sich – nach einer langen Vorgeschichte der Kooptierung durch die MNR (Movimiento Nacional Revolucionario) und im Rahmen des Militär-Bauern-Paktes – als autonome Organisation deklarierte (vgl. Linera 2004: 107-115). Die Entstehungsgeschichte und Struktur dieser ländlichen Gewerkschaften ist regional sehr unterschiedlich – so gab es Zonen, wie beispielsweise in Cochabamba, in denen kommunale Strukturen kaum vorhanden waren und in denen die Gewerkschaft praktisch die einzige Organisationsform war, um Forderungen zu artikulieren und die ländliche Bevölkerung zu vereinigen. In anderen Zonen des Altiplano vermischten sich gewerkschaftliche mit bereits vorhandenen kommunalen Strukturen der *Ayllus* und in einigen Zonen, in denen die *Ayllus* sehr stark und präsent waren, wie z.B. im Norden von Potosí, gab es einen extremen Antagonismus zwischen den beiden organisationellen Strukturen (Rivera 2003). Die Gewerkschaften wurden hier in erster Linie als Form der kolonialen Dominanz über die *Ayllus* verstanden.

Es gibt insofern viele Gemeinsamkeiten zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ, als beide gewisse Elemente der *Ayllus* in ihre Organisationen und ihr Politikverständnis inkorporieren: die RepräsentantInnen der Gemeinschaften werden als *servidores de la comunidad* aufgefasst, die Ausführung von Ämtern ist rotativ und unentgeltlich, Entscheidungen werden gemeinschaftlich getroffen und Konsensfindungen angestrebt.

Weiters ist beiden Organisationen gemeinsam, dass sie partizipative Strukturen aufgebaut haben und, zumindest auf lokaler Ebene, meist eine große Nähe zwischen RepräsentantInnen und der so genannten Basis aufweisen, was auch daran liegt, dass diese Organisationen im alltäglichen Leben der Gemeinschaften eine große Bedeutung haben, z.B. in Bezug auf Dienstleistungen und Weiterbildungen. Auch bezüglich der Forderungen im Rahmen des verfassunggebenden Prozesses gab es wichtige Übereinstimmungen: Bolivien sollte als plurinationaler Staat anerkannt werden, Menschenrechte wie Rechte auf Nahrung, Unterkunft, Bildung und Gesundheit sollten festgeschrieben werden, indigene Territorien und Autonomien anerkannt werden, die Landwirtschaft und lokale Produkte gefördert und indigene Sprachen als Amts- und Staatssprachen deklariert werden. Eine weitere Gemeinsamkeit ist die Schwierigkeit mit dem Anspruch der Autonomie und den gleichzeitigen finanziellen Abhängigkeiten und externen Einflüssen seitens politischer Parteien und NGOs umzugehen, wobei die CSUTCB tendenziell stärker mit politischen Parteien in Verbindung steht, während die CONAMAQ häufiger von NGOs unterstützt wird.

Innerhalb bestimmter Gebiete und Gemeinden des bolivianischen Hochlandes kommt es häufig vor, dass sowohl Organisationen der CSUTCB als auch *Ayllus* der CONAMAQ vorhanden sind, wobei es immer wieder zu Konflikten zwischen diesen Organisationen kommt. Gewerkschaftliche Organisationen wie die CSUTCB, die *Cocaleros* (Kokabauern) und die *Colonizadores* (Siedler, interne MigrantInnen) werden von der CONAMAQ kritisiert, da diese als VertreterInnen auferlegter externer Strukturen empfunden werden und gefordert wird, dass sie zu ihren kulturellen Wurzeln zurückkehren sollten. Es gibt auch Klassenunterschiede zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB in dem Sinne, dass die *Ayllus* der CONAMAQ sich häufig in marginalisierteren und ärmeren Gebieten befinden, was sich in den Autoritäten und der AnhängerInnen-schaft dieser Organisation widerspiegelt, die oft wenig staatliche Bildung aufweisen und nicht korrekt Spanisch sprechen. Derzeit hängen die Spannungen und Konflikte zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ auch damit zusammen, dass Mitglieder der CSUTCB Regierungsfunktionen, z.B. als BürgermeisterInnen und Parlamentsabgeordnete, im Namen der MAS (*Movimiento Al Socialismo*) ausführen, während sich die Mitglieder der CONAMAQ oft von staatlichen Institutionen diskriminiert und ausge-

geschlossen fühlen. Im Folgenden werden die Unterschiede zwischen den beiden Organisationen detaillierter beschrieben, um die Gründe für die bestehenden Konflikte besser nachzuvollziehen.

2.1 Die CONAMAQ: Zurück zum Qullasuyu

Die CONAMAQ vertritt ein die Kontinuität, Stabilität und Homogenität betonendes Bild ihrer kulturellen Identität. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, prä-koloniale Strukturen wiederherzustellen: „*La estructura histórica de nuestros antepasados está en vigencia, está presente, todo eso es lo que queremos fortalecer, no es otra cosa.*“ (Interview mit Vicente Flores, indigene Autorität der CONAMAQ, Juli 2006). Die große Bedeutung der historischen Kontinuität im Sinne der Revitalisierung prä-kolonialer Elemente drückt sich auch darin aus, dass die CONAMAQ derzeit die einzige indigene Organisation im *Pacto de Unidad* (Einheitspakt) – dem Zusammenschluss indigener Organisationen Boliviens – ist, die Bolivien in *Qullasuyu* umbenennen will. Der *Qullasuyu* war der Teil des Inkareichs, dem Bolivien angehörte, und die CONAMAQ strebt an, im Rahmen umfassender Dekolonialisierungsprozesse zu diesem Namen zurückzukehren. Von den anderen Organisationen wird sie deshalb als „rückschrittlich, stur, zu radikal, ethnozentristisch“ kritisiert und es gab heftige Konflikte im Einheitspakt, die sich um diese Uneinigkeit drehten. Eine zentrale Schwierigkeit hinter der „Umbenennungsforderung“ ist jene, dass sich die indigenen Völker des Tieflandes nicht mit dem *Qullasuyu* identifizieren, da sie nie ein Teil des Inkareiches waren und diese Forderung der CONAMAQ daher als andino-zentristisch und ausschließend interpretieren. Die CSUTCB forderte ursprünglich ebenfalls die Namensänderung Boliviens in *Qullasuyu*, distanzierte sich allerdings im Rahmen der Zusammenschlüsse mit den indigenen Tieflandorganisationen von diesem Vorhaben.

Das Bild der kulturellen Identität, welches die CONAMAQ vertritt, betont die Homogenität der in *Ayllus* lebenden indigenen Landbevölkerung. Ihre Identität wird bei Versammlungen häufig als Baum symbolisiert, der seine Wurzeln in der Vergangenheit hat, sein Stamm stellt die Gegenwart dar und die Baumkrone verweist auf die Zukunft. Dieses Symbol dient auch dazu, Forderungen nach der Anerkennung indigener Territorien, Rechtsprechungssysteme und Autoritäten zu legitimieren. Das Kulturbild, welches die CONAMAQ vertritt, ist auf Kontinuität und Stabilität

fokussiert, während Veränderungen, Hybridisierungen und die interne Heterogenität kaum thematisiert werden, was zum Teil auch strategischen Charakter hat. Das kulturelle Identitätsbild, welches in der CONAMAQ präsent ist und vermittelt wird, hebt sehr stark die historische Legitimation ihrer Forderungen und den Rückbezug auf das Inkareich hervor (vgl. Linera 2004).

So werden aktuelle interne Veränderungen, wie z.B. die verstärkte politische Partizipation der Frauen in der CONAMAQ, als historische Kontinuität prä-kolonialer Strukturen und als Dekolonialisierungsprozesse verstanden, und zwar in dem Sinne, dass die Geschlechterungleichheiten und die Marginalisierung der Frauen dem Einfluss der Spanier zugeschrieben werden und der aktuelle Transformationsprozess als Rückbesinnung auf die prä-kolonialen – von mehr Gleichheit und Komplementarität der Geschlechter geprägten – Beziehungen interpretiert wird. Auch bezüglich der Landrechte spielen prä-koloniale Zustände eine wesentliche Rolle für die Forderungen nach Land und Territorium: Hier wird das Ziel verfolgt, traditionelle Territorien wiederzuerlangen und die Forderungen nach kollektiven Landrechten basieren größtenteils auf historischen Dokumenten. Das Ziel ist es also, die Territorien der 16 „Hochland-Nationen“, die von der CONAMAQ historisch begründet werden, zu rekonstituieren, was tief greifende Re-Territorialisierungsprozesse mit sich bringen müsste. Die politisch-rechtlichen Forderungen, die in der CONAMAQ vorherrschend sind, beziehen sich in erster Linie auf Selbstbestimmungsrechte, indigene Territorien und die Kontrolle über die bzw. das Eigentum der natürlichen Ressourcen in ihren Gebieten, während die Integration in den Staatsapparat und die Veränderung staatlicher Institutionen im Sinne der Reduktion ethnischer Diskriminierung nur von zweitrangiger Bedeutung sind. Die Forderungen, die sich auf die Veränderung staatlicher Systeme und Institutionen beziehen, sind im Wesentlichen eine Ausweitung bzw. Übertragung des *Ayllus* auf den Staat. So wurde in Anlehnung an die Organisation der *Ayllus* gefordert, dass auch im Parlament und in den Ministerien – nach dem Prinzip von *chacha-warmi* bzw. *qhari-warmi* (Mann-Frau) – die Ämter von Ehepaaren ausgeführt werden, das aufsteigende Rotationsprinzip der Ämter inkorporiert wird und ein viertes staatliches Organ, das „amawtische Organ“, gegründet werden soll. Das amawtische Organ sollte von spirituellen FührerInnen der andinen indigenen Kosmovision zusam-

mengesetzt sein und als Kontrollinstanz und richtungweisendes Organ für die anderen Organe dienen (vgl. CONAMAQ 2006).

Die CONAMAQ stellt das bestehende politische System an sich und insbesondere die politischen Parteien – ähnlich wie die ZapatistInnen in Mexiko (vgl. Kastner 2007) – in Frage und daher ist eine ihrer zentralen Forderungen die direkte Repräsentation ihrer VertreterInnen in allen Instanzen und staatlichen Institutionen. Eine Schwierigkeit der CONAMAQ ist, dass sie den Anspruch erhebt, auch auf nationaler Ebene von traditionellen Autoritäten – die bereits alle Ämter in den *Ayllus* erfüllt haben – vertreten zu werden. Diese Autoritäten haben zwar große Kompetenzen auf lokaler Ebene bzw. in ihren eigenen kulturellen Systemen erlangt, in den Feldern der staatlichen Politik und des staatlichen Rechts sind jedoch häufig andere Anforderungen, wie „westliche“ Bildung und Sprachverhalten, ausschlaggebend. Aufgrund dieser geänderten Anforderungen hat sich die CONAMAQ bei dem letzten Ämterwechsel dazu entschieden, relativ junge RepräsentantInnen – die zwar nicht alle Ämter in den Gemeinschaften ausgeführt haben, aber andere Anforderungen erfüllen – einzusetzen. Dies brachte allerdings neue Probleme mit sich: die Unerfahrenheit der VertreterInnen, die zum Teil geringe Verbindlichkeit mit den *Ayllus* und die geringe Standhaftigkeit in der Vertretung der Anliegen der CONAMAQ.

Die Ablehnung politischer Parteien und Gewerkschaften ist einer der Hauptgründe für die gespannte und distanzierte Beziehung zur MAS. Die Basisorganisationen der MAS vergleichen die CONAMAQ daher mit einem trojanischen Pferd, da zwar temporäre Allianzen eingegangen werden können, die CONAMAQ aber nicht vollkommen hinter der Regierungspartei steht. Die ablehnende Haltung der MAS gegenüber der Forderung der CONAMAQ nach direkter Repräsentation im Parlament war einer der Hauptgründe dafür, dass die CONAMAQ die verfassunggebende Versammlung am 4. August 2007 für sie als abgeschlossen erklärte, sich aus dem Geschehen zurückzog und ihre Fahne, die *Wiphala*, von dem *Teatro Mariscal* – dem Ort, an dem die verfassunggebende Versammlung abgehalten wird – abnehmen ließ. Weitere Gründe liegen in unterschiedlichen Auffassungen zwischen der MAS und der CONAMAQ bezüglich der Rechte über natürliche Ressourcen in indigenen Territorien und über indigene Territorien und Autonomien. Die CONAMAQ zeigte sich von Anfang an äußerst kritisch gegenüber der verfassunggebenden Versamm-

lung aufgrund ihrer Zusammenstellung, da keine indigenen Wahlkreise für die Wahl ihrer Mitglieder implementiert wurden und sie nicht die Möglichkeit hatte, direkte VertreterInnen zu stellen. Diese kritische und distanzierte Haltung zur verfassungsgebenden Versammlung wurde daraufhin weiter vertieft.

Im Dezember 2007 wurde die neue Verfassung von Mitgliedern der CONAMAQ analysiert und über die Haltung bei dem Referendum, das über die Annahme/Ablehnung dieser entscheiden soll, diskutiert. Ein Kritikpunkt der CONAMAQ bezüglich der neuen Verfassung ist jener, dass diese verstärkt gewerkschaftliche Forderungen anerkennt, während einige Forderungen der CONAMAQ, wie z.B. die direkte Repräsentation von indigenen VertreterInnen im Parlament, nicht inkorporiert wurden. Eine weitere Sorge ist die Aushöhlung spezifischer indigener Rechte, indem die Tendenz besteht, diese auf die gesamte Landbevölkerung auszudehnen. So werden in der neuen Verfassung indigene, originäre und *campesino* (Bauern)-Autonomien anerkannt, was den Interessen der CONAMAQ widerspricht, die argumentiert, dass die *campesinos* kein Recht auf Territorium, sondern lediglich auf Land haben. In dieser Kritik wird die Auffassung vieler Mitglieder der CONAMAQ deutlich, sich als „indigener“ zu verstehen als die Mitglieder der ländlichen Gewerkschaften.

Obwohl nicht alle zentralen Forderungen der CONAMAQ in die neue Verfassung inkorporiert wurden, hat diese Organisation eine wichtige Unterstützung durch die am 7. September 2007 von der UNO ratifizierte „Deklaration über indigene Völker“ gewonnen. Bolivien war der erste Staat weltweit, der diese Deklaration im Oktober 2007 als Gesetz anerkannt hat. Die Deklaration stellt ein Druckmittel der CONAMAQ für die Anerkennung traditioneller Territorien, direkter RepräsentantInnen in der staatlichen Politik und von Selbstbestimmungsrechten dar.

2.2 Die CSUTCB: Staat mit indigenem Gesicht

Die CSUTCB ist eine in großem Ausmaß heterogene Organisation, die sowohl Gemeinschaften vertritt, die sich in erster Linie als ländlich, als indigen oder als originär definieren. Sie definiert sich jedenfalls eindeutig als indigene Organisation, wobei die Radikalität der Forderungen je nach Strömung innerhalb der Gewerkschaft unterschiedlich ist. In der Vergangenheit gab es abwechselnd stärker indigen ausgerichtete und moderatere Bewe-

gungen innerhalb der CSUTCB (vgl. Linera 2004). Unter der Führung von Felipe Quispe wurde beispielsweise eine starke indigene Identität eingefordert und wurden insbesondere bezüglich der Selbstbestimmung der indigenen Völker radikale Forderungen formuliert, während unter Roman Loyaza und Evo Morales weniger radikale Positionen vertreten wurden. Die CSUTCB unter Quispe spaltete sich vor einigen Jahren ab und derzeit gibt es in der ländlich-indigenen Gewerkschaft eine Führung, die tendenziell keine radikaleren indigenen Standpunkte vertritt und in großer Nähe zur Regierungspartei steht. Bereits in der Vergangenheit der CSUTCB ging diese Organisation immer wieder Allianzen mit politischen Parteien und linken Intellektuellen ein und sie verbindet wirtschaftliche mit ethnischen Zielen, also den Kampf gegen den Neoliberalismus und den Kampf gegen die ethnische Diskriminierung.

Der derzeitige *Secretario Ejecutivo* der CSUTCB, Isaac Ávalos kommt aus Santa Cruz und beschreibt seine Identität folgendermaßen:

„Isaac: *Yo soy de tierras bajas, medio guarayo, medio cruce con ya español y tanta cosa.*

Almut: Pero habla otro idioma a parte del español?

Isaac: No, ... un poco quechua, ... entiendo“ (Interview mit Isaac Ávalos, Führer der CSUTCB, August 2006).

Das Identitätsbild der CSUTCB ist, im Gegensatz zu jenem der CONAMAQ, stärker von Veränderungen und Hybridisierungsprozessen charakterisiert, was auch in dem Zitat von Ávalos zum Ausdruck kommt. Prä-koloniale Strukturen werden in ihren Diskursen nicht automatisch als revitalisierungswürdig empfunden, so dass von RepräsentantInnen der CSUTCB beispielsweise die Praxis von *chacha-warmi* bzw. *qhari-warmi* nicht angestrebt wird wie in der CONAMAQ. Viele Mitglieder der CSUTCB wollen auch keine kollektiven Landrechte zurückgewinnen, sondern fordern die Umverteilung von Land und die Titulierung im Rahmen von individuellen Grundstücken. In gleicher Weise spielt die Re-Territorialisierung eine geringere Rolle als bei der CONAMAQ und meist wird betont, dass aus strategischen Gründen und, um Konflikte zu vermeiden, bestehende Grenzziehungen weitgehend anerkannt werden (vgl. CSUTCB 2006).

Die CSUTCB strebt an, den Staat zu verändern, zu dekolonialisieren und zu „indianisieren“ und derzeit auch, an der Regierungsmacht

zu bleiben. Dabei geht es vor allem darum, die staatlichen Institutionen und Systeme (Bildung, Gesundheit, Politik, Wirtschaft etc.) interkulturell zu gestalten und die indigenen Systeme anzuerkennen und in den Staat zu integrieren. Es wird das Ziel verfolgt, die nicht-dominante Position der indigenen Völker Boliviens zu überwinden und indigene Systeme auf gleicher Hierarchieebene wie die bisherigen „ordinären Systeme“ anzuerkennen. Ob die indigenen Völker Boliviens dann immer noch als „indigen“ im Sinne von Martínez-Cobo definiert werden können, ist fraglich. Es besteht die Möglichkeit, dass in diesem Fall lediglich einige indigene Minderheiten-völker, vor allem aus dem Tiefland, diese Definition beibehalten und spezifische Rechte zugestanden bekommen.

Das Projekt der CSUTCB ist also in erster Linie auf die Veränderung des Staates an sich ausgerichtet und es geht ihr auch darum, dass Bolivien seine wirtschaftliche Souveränität und Unabhängigkeit wiedererlangt, indem natürliche Ressourcen nationalisiert und industrialisiert werden. Die CSUTCB fordert zwar ebenfalls indigene Autonomien wie die anderen indigenen Organisationen des Landes, verortet diese jedoch häufig lediglich auf der Ebene der Gemeinden und spricht im Unterschied zu den anderen Organisationen auch von der „Autonomie des Staates“, die keine Autonomie im gewöhnlichen Sinn bezeichnet, sondern sich auf die Stärkung des Staates und der Einheit Boliviens bezieht.

Im Vergleich zu den Diskursen der CSUTCB vor der Regierungsübernahme durch Evo Morales im Februar 2006, bei denen die Regierungen den „zentralen Feind“ darstellten, hat sich einiges geändert: die CSUTCB versucht verstärkt, Forderungen auszuarbeiten, die Allianzbildungen mit anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung ermöglichen: „lo más importante, nuestra propuesta no debe ser sólo para nosotros, sino, debe ser válida para todos: si fuera sólo para nosotros no podremos negociar, por tanto será marginado en la Asamblea Constituyente“ (CSUTCB 2006).

Ethnozentristische und partikularistische Tendenzen, wie z.B. die Forderung, dass PräsidentschaftskandidatInnen indigen sein müssen, wurden aufgegeben und so transformiert, dass sie in der bolivianischen Mehrheitsbevölkerung auf größeres Verständnis stoßen: Die erwähnte Forderung wurde so verändert, dass VertreterInnen des bolivianischen Staates, wie z.B. Parlamentsabgeordnete und MinisterInnen, keine Doppelstaatsbürgerschaft, sondern nur die bolivianische haben dürfen und neben

Spanisch mindestens eine indigene Sprache beherrschen müssen. Während vor der MAS-Regierung auch indigene Rechte als „Schutz und Garantie“ vor staatlichen Einflüssen und Entscheidungen im Vordergrund standen, sind diese in letzter Zeit deutlich in den Hintergrund getreten. Beispielsweise ist die Forderung nach direkten RepräsentantInnen in der staatlichen Politik bzw. die Erleichterung der Anforderungen für indigene Organisationen, eigene KandidatInnen aufstellen können, die Forderung nach dem Ko-Eigentum der natürlichen nicht-erneuerbaren Ressourcen zwischen dem Staat und den indigenen Völkern sowie die Forderung nach weitgehenden indigenen Autonomien derzeit seitens der CSUTCB kaum hörbar. Das wichtigere Ziel ist momentan, an der Regierungsmacht zu bleiben, wofür zum Teil fragwürdige Kompromisse eingegangen wurden. Beispielsweise gab es in der verfassungsgebenden Versammlung die Anordnung der MAS an „ihre“ VertreterInnen, mit der Opposition zu verhandeln, um Konflikte und das mögliche Scheitern der Verfassungsänderung zu vermeiden. Dies hatte zur Folge, dass in manchen Kommissionen der Versammlung die Forderungen des Einheitspaktes der indigenen Organisationen vernachlässigt wurden. Diese Tendenzen sind einerseits damit erklärbar, dass die MAS eine äußerst heterogene Partei ist und es Strömungen in ihr gibt, die Forderungen nach indigenen Rechten als zu radikal verstehen, und andererseits aufgrund des großen nationalen und internationalen Widerstandes der Opposition, um die gegenwärtigen Reformen in Bolivien zu verhindern. Die CSUTCB hat also die schwierige Aufgabe zwischen ihrer Basis, den anderen indigenen Organisationen, der MAS und der Opposition zu vermitteln, was ihre derzeitige Tendenz, die Stabilität und die Einheit zu stärken, verständlich macht.

In Anwendung des Konzepts der *imagined communities* von Benedict Anderson (1991), das Nationen als Artefakte charakterisiert, da sich deren Mitglieder nicht alle persönlich kennen, kann die Aussage getroffen werden, dass die *imagined community*, auf die sich die CSUTCB derzeit hauptsächlich bezieht, jene des bolivianischen Staates ist. Im Unterschied dazu ist die am stärksten präsenste *imagined community* in den Diskursen der CONAMAQ – ähnlich wie bei den Autonomiebewegungen der *Departamentos* des Tieflandes – auf regionaler Ebene angesiedelt, mit Bezug auf die „originären Nationen“, die sie vertritt.

Während des Verfassungsänderungsprozesses zeigte sich die CSUTCB als wichtige Verteidigungsinstanz, die die Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung beobachtete und unterstützte. In den konflikt- und spannungsvollsten Situationen wurden von der CSUTCB RepräsentantInnen entsendet, um den Fortschritt und die Anerkennung der neuen Verfassung zu garantieren, mit der sich die CSUTCB gänzlich identifiziert.

3. CONAMAQ und CSUTCB: Die *Grammars of Identity/Alterity*

Zum genaueren Verständnis werden die Beziehungen zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB sowie zwischen diesen und anderen indigenen Organisationen, mit der MAS und anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung, die sich als nicht-indigen verstehen, analysiert. Dafür werden die Konzepte der Identitäts- und Alteritätskonstruktionen von Baumann und Gingrich (2004) verwendet, in denen gegenseitige Zuschreibungen und Selbstverständnisse wichtige Faktoren darstellen. In dem strukturellen Ansatz von Baumann/Gingrich wird zwischen folgenden Identitätskonstruktionen unterschieden: die *orientalisation*, die *segmentation* und das *encompassment*.

3.1 Orientalisierung (*Orientalisation*)

Die Orientalisierung bezeichnet die binäre Gegenüberstellung sich ausschließender Eigenschaften und Zuschreibungen, basierend auf Edward Said: „Orientalism is not a simple binary opposition of ‚us=good‘ and ‚them=bad‘, but a very shrewed mirrored reversal of: ‚what is good in us is (still) bad in them, but what got twisted in us (still) remains straight in them““ (Baumann 2004: 20).

Der Prozess der Orientalisierung ist in den Diskursen über die Beziehungen zwischen der CONAMAQ und der CSUTCB deutlich präsent: In der CONAMAQ wird häufig das Bild wiedergegeben, dass die Gewerkschaften die gegenteiligen Eigenschaften zu den *Ayllus* aufweisen, nämlich egoistisch sind, ihren eigenen Vorteil suchen und das Individuelle stärker wertschätzen als das Kollektive und „okzidental“ sind, weshalb sie externe Vorgaben unterstützen, anstatt authentisch zu sein. Auf der anderen Seite agieren die ländlichen Gewerkschaften nach der Logik der Orientalisierung,

wenn behauptet wird, dass die CONAMAQ ethnozentristisch, reaktionär und verschlossen ist, den Rückschritt und die Fragmentierung fördert, während die CSUTCB modern und offen ist und das Beste für alle und die Einheit Boliviens will.

In den Diskursen der indigenen Organisationen Boliviens über das indigene bzw. nicht-indigene System wird oftmals der Eindruck von zwei geschlossenen und „reinen“ Systemen – die sogar als „zwei Republiken“ bezeichnet werden – vermittelt, die sich gegenseitig ausschließen. Diese dualen Konstruktionen sind auch in den Diskursen der CONAMAQ und der CSUTCB auffindbar, die häufig von dem Indigenen und dem Nicht-Indigenen als klar identifizier- und unterscheidbaren Einheiten sprechen und damit extrem simplifizierte Sichtweisen wiedergeben, die nicht den tatsächlich existenten Abstufungen und hybriden Formen in der bolivianischen Bevölkerung entsprechen (vgl. Albó 2006).

Die Postulierung der „zwei Republiken“ kann als Form der Orientalisierung betrachtet werden, da nicht nur zwei imaginäre, getrennte Bevölkerungsgruppen einander gegenübergestellt werden, sondern diesen auch bestimmte, einander konträre Charakteristiken zugeschrieben werden. Das Indigene wird von den indigenen Organisationen sowie von anderen AkteurInnen wie Intellektuellen, StudentInnen- und Jugendvereinigungen, linken Gruppierungen, Umweltschutzgruppen etc. häufig als solidarisch, gemeinschaftlich und umweltverträglich dargestellt, während dem „weißen Bolivien“ die gegensätzlichen Eigenschaften zugeschrieben werden.

Obwohl die geäußerten essentialistischen Bilder offensichtlich nicht der Realität entsprechen, haben sie doch strategische Bedeutung und sind wichtige Elemente im Kampf um indigene Rechte:

- Van Cott (2000: 24ff) beschreibt, dass indigene Organisationen gegenüber externen AkteurInnen häufig Bilder einer objektivierten indigenen Identität präsentieren, die auf konsistenten Kulturmerkmalen beruht, um Unterstützung in ihrem Kampf um indigene Rechte und Ressourcen zu bekommen.

- Die Schaffung idealisierter und positiv besetzter Konstrukte indigener Identität ist auch wesentlich, um fest verankerte und weit verbreitete negative und rassistische Bilder des Indigenen, in welcher ihm Rückständigkeit, Primitivität, Aggressivität etc. zugesprochen wird, zu ersetzen bzw. durch Gegenentwürfe zu entkräften.

- Idealisierte und essentialistische Bilder dienen als Kritik in Bezug auf die dominante Gesellschaft (vgl. Assies et al. 2000: 16). Im Sinne von Prozessen der Orientalisierung werden der indigenen Kultur positive Eigenschaften zugeschrieben und gleichzeitig behauptet, dass diese Eigenschaften in der dominanten Kultur nicht vorhanden sind. Durch den Vergleich zwischen den beiden „Idealtypen“ werden negative Bedingungen und Dynamiken der dominanten Systeme verdeutlicht und Alternativen eröffnet. Die Alternativen richten sich in diesem Zusammenhang auf die Anerkennung des Indigenen und die „Dekolonialisierung und Indianisierung“ des Staates.

3.2 Segmentierung (*Segmentation*)

Die Segmentierung stellt eine Pyramide der Identifikationen, von den kleinsten Zugehörigkeiten zu den Identifikationen auf weitester Ebene dar. Diese Identität/Andersheit ist kontextspezifisch. So kann ein Nuer sich in bestimmten Kontexten als Teil einer spezifischen Gemeinschaft definieren, in anderen als Nuer im weiteren Sinne und in einem weiteren Kontext als Indigener.

In Bezug auf die indigenen Organisationen sind diese Abstufungen auch anzutreffen. Beispielsweise kann sich ein Mitglied der CONAMAQ, je nach Kontext, einer lokalen Gemeinschaft einer Sub-Nation der Quechuas, den Quechuas, den indigenen Hochlandvölkern oder den indigenen Völkern Boliviens bzw. weltweit zugehörig fühlen. Bei internen Treffen einzelner Gemeinschaften der CONAMAQ werden auch lokale Differenzen besprochen und es gibt Bestrebungen, kollektive Landrechte einzelnen Sub-Nationen zuzusprechen. In diesem Sinne verwendet die CONAMAQ eine historisch begründete Landkarte von 16 indigenen Hochlandnationen, die als Basis dafür eingesetzt wird, die traditionellen Territorien einzufordern. Wenn es allerdings darum geht, sich als CONAMAQ nach außen hin zu vertreten, wird in erster Linie ein einheitliches und homogenes Bild der Quechua- und Aymara-Gemeinschaften präsentiert. Auf einer wiederum höheren Ebene, jenem des Einheitspakts, wird die Identitätsdefinition auf die Zugehörigkeit zu den indigenen Völkern Boliviens ausgeweitet und bei internationalen Versammlungen indigener Völker werden die Gemeinsamkeiten der indigenen Völker Lateinamerikas betont. Formen der Segmentierung bei der Identitätskonstruktion der indigenen Organisationen sind

bei Allianzen mit nicht-indigenen AkteurInnen wirksam. Es gibt Zusammenschlüsse, die sich auf gemeinsame Ziele wie ökologische Nachhaltigkeit, Anti-Neoliberalismus und Multikulturalität gründen und in denen neue, gemeinsame Identitäten, beruhend auf bestimmten Charakteristiken, ins Leben gerufen werden.

Der so genannte Einheitspakt in Bolivien besteht aus den wichtigsten indigenen Organisationen Boliviens (CSUTCB, CONAMAQ, CIDOB – *Confederación Indígena Del Oriente Boliviano* etc.) und hatte das Ziel, gemeinsame Forderungen für die Verfassungsänderung mit allen indigenen Organisationen Boliviens auszuarbeiten und politische Strategien zu koordinieren. Obwohl die einzelnen Organisationen äußerst heterogen bezüglich ihres Aufbaus, ihrer Identität und ihren Forderungen sind, ist es gelungen, sich in Bolivien zu einer vereinigten indigenen Bewegung zusammenzuschließen und im Rahmen regelmäßiger Versammlungen einen gemeinsamen Vorschlag zur Verfassungsänderung auszuarbeiten (vgl. Pacto de Unidad 2007). Die MAS hat diesen Vorschlag übernommen und präsentierte sich als Vertreterin des Einheitspakts und der indigenen Organisationen (MAS-IPSP 2006), wobei sie zu einigen dieser Organisationen deutlich mehr Nähe und Übereinstimmungen aufweist als zu anderen. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die MAS von der CSUTCB, den *Cocaleros* und den *Colonizadores* gegründet wurde (vgl. Linera 2004). RepräsentantInnen dieser drei gewerkschaftlichen Organisationen waren daher deutlich häufiger unter dem Namen der MAS in der verfassungsgebenden Versammlung vertreten als RepräsentantInnen der indigenen Tieflandvölker und der CONAMAQ.

Das oberste Ziel des bolivianischen Einheitspakts ist es, sich im Sinne von „Gemeinsam sind wir stark“ zu vereinigen, sich auf Konsenslösungen zu einigen und eine Front für den Kampf um gemeinsame Forderungen zu bilden. Nach außen wird dabei die homogene gemeinsame Identität unterstrichen. In internen Diskursen werden allerdings auch Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen thematisiert und teilweise konfliktgeladen diskutiert. Dabei geht es häufig um die Differenzen zwischen jenen Organisationen, die gewerkschaftlich organisiert sind – ihre Klassenzugehörigkeit als Bauern/Bäuerinnen stärker hervorheben und engere Beziehungen zu der Regierungspartei MAS pflegen – und den Organisationen des Tieflandes und der CONAMAQ, die sich in erster Linie als kulturelle (und

weniger als politische) Projekte verstehen und ihre Autonomie in der Beziehung zur Regierung aufrechterhalten wollen.

Diese Tendenz drückte sich nicht zuletzt darin aus, dass die ländlich-gewerkschaftlichen Organisationen während der verfassungsgebenden Versammlung ein gemeinsames Büro in Sucre hatten und die Tiefland-Organisationen der CIDOB gemeinsam mit der CONAMAQ ein anderes Büro teilten. Der Zusammenschluss zwischen der CONAMAQ und den indigenen Tieflandorganisationen ist durchaus kein neues Phänomen, denn die CONAMAQ hat bereits in der Vergangenheit die Beziehungen und Allianzen mit den Gewerkschaften gemieden, während sie den Zusammenschluss mit den Organisationen aus dem Tiefland suchte, die sie als authentischer betrachtet und die außerdem keine Konkurrenz für sie darstellen. Während der Arbeit der verfassungsgebenden Versammlung gab es wichtige Übereinstimmungen der Forderungen der CIDOB und der CONAMAQ, die nicht in der Form von den gewerkschaftlichen Organisationen geteilt wurden. Diese Forderungen bezogen sich auf die direkte Vertretung der indigenen Völker im Parlament, weitgehende Rechte über natürliche Ressourcen in indigenen Territorien und auf indigene Autonomien, basierend auf traditionellen Territorien.

3.3 Aneignung (*Encompassment*)

Beim *encompassment*, dem Prozess der Aneignung oder des *selfing by appropriating*, werden selektierte Elemente des Andersseins übernommen bzw. ko-optiert. Zwei Ebenen sind in Bezug auf das *encompassment* ausschlaggebend: jene der unteren Ebene, in welcher Unterschiede betont werden, und jene der höheren Ebene, in welcher das Unterschiedliche unter das Universelle bzw. Übergreifende subsumiert wird. Der Prozess der Aneignung, des *selfing by appropriating*, ist sowohl in Bezug auf den Einheitspakt erkennbar als auch in den Beziehungen zwischen der Regierungspartei und den indigenen Organisationen Boliviens sowie in den Beziehungen zur bisher dominanten nicht-indigenen Bevölkerung.

Im Einheitspakt gab es immer wieder Bestrebungen der CSUTCB, sich als „Kopf“ der indigenen Organisationen zu präsentieren und Ávalos sprach in einem Interview davon, dass die CSUTCB die anderen Organisationen praktisch gegründet habe: „*la CSUTCB es mucho más antigua que CONAMAQ, entonces nosotros por eso respetamos que se van creando diferentes*

organizaciones, pero la cabeza ha sido la CSUTCB [...] respetamos también nuestras otras organizaciones que hemos ido creando prácticamente, por ejemplo se ha creado CIDOB, se ha creado CONAMAQ, bueno y otras organizaciones que se han creado también“ (Interview mit Ávalos, Juli 2006). Diese Sicht ist konträr zu der Interpretation der CIDOB und der CONAMAQ, die die postulierte Vormachtstellung der CSUTCB nicht anerkennen, sich gegen deren Dominanz wehren und sich als autonom gegründete Organisationen verstehen.

Auch die Regierungspartei hegt Tendenzen des *encompassments* gegenüber den indigenen Organisationen des Landes. Sie präsentiert sich häufig als Repräsentantin der verschiedenen Organisationen des Einheitspakts (vgl. MAS-IPSP 2006), obwohl sich einige nicht als Teil der Regierung betrachten, sondern bewusst versuchen, außerhalb von politischen Parteien ihre Autonomie zu bewahren. Beispielsweise sagte der Vizepräsident Álvaro García Linera in einem Interview am 6. August 2007, dass die indigene Mehrheitsbevölkerung jetzt in der Regierung sei und die Organisationen des Tieflandes sowie die CONAMAQ einen Fehler damit begehen, sich immer noch als politische Minderheiten zu begreifen und spezifische indigene Rechte, wie z.B. die direkte Repräsentation im bolivianischen Parlament, einzufordern. Ihm zufolge sind diese Forderungen jetzt nicht mehr notwendig, da die Regierung nun die Interessen der indigenen Organisationen und der indigenen Bevölkerungsmehrheit des Landes vertritt (Interview mit Álvaro García Linera, 06. August 2007). Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die Anerkennung indigener Rechte wichtig ist, um diese zu garantieren und nicht vom politischen Willen der jeweiligen Regierungen abzuhängen. Außerdem stellt sich die Frage, inwiefern die Regierungspartei die Interessen aller Organisationen gleichermaßen vertritt bzw. vertreten kann.

Das *encompassment* ist zudem in den Beziehungen zwischen den indigenen Organisationen und der bisher dominanten nicht-indigenen Gesellschaft relevant. Dabei geht es, salopp formuliert, darum, „wer wen einschließt“. Die meist urbane und nicht-indigene Mittel- und Oberschicht Boliviens und die sie vertretenden Instanzen in der verfassunggebenden Versammlung verfolgten das Ziel, den bolivianischen Staat weitgehend so weiterzuführen, wie er bisher war, und ihre hegemoniale Stellung einschließlich der Diskriminierung indigener Systeme und Elemente beizu-

behalten. Indigene Rechte sollen lediglich auf untergeordneten Ebenen anerkannt werden, während die zentralen Machtzentren weiterhin nach ihrem kulturellen Verständnis funktionieren sollen. In diesem Sinne wurde in der verfassungsgebenden Versammlung dafür gekämpft, dass Spanisch weiterhin die einzige offizielle Staatssprache bleiben soll und die indigenen Autonomien den Autonomien der *Departamentos* untergeordnet werden sollen (vgl. PODEMOS 2006). Auch in dem im Dezember 2007 von AnhängereInnen der *Departamento*-Autonomien veröffentlichten Autonomie-Statut (*Asamblea Provisional Autonomica de Santa Cruz 2007*) werden indigene Rechte und Systeme als dem „ordinären System“ untergeordnet konzipiert, was einen der Gründe für die Inkompatibilität dieses Dokuments mit der neu ausgearbeiteten Verfassung darstellt. Die indigenen Organisationen verfolgten das Ziel, dass ihre Rechte nicht lediglich auf untergeordneten Ebenen und im Rahmen von „Sonderrechten“ anerkannt werden, sondern dass ihre Rolle als legitime Eigentümer und Entscheidungsträger im Staat anerkannt wird. Die Organisationen des Einheitspakts sind sich darüber einig, dass eigentlich sie als RepräsentantInnen der Bevölkerungsmehrheit die nicht-indigene Gesellschaft einschließen müssten.

4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Beispiel der Identitätsverständnisse und politisch-rechtlichen Forderungen der CSUTCB und der CONAMAQ macht die engen Zusammenhänge zwischen politischen Feldern und Aushandlungsprozessen von kulturellen Identitäten deutlich. Bei den Konflikten zwischen diesen Organisationen geht es einerseits um verschiedene Identitätsverständnisse und Zielvorstellungen und andererseits um die jeweiligen Einflussbereiche, verknüpft mit dem Kampf um Ressourcen und Macht. Auch der strategische Charakter indigener Identitäten wird thematisiert.

Seitens der beschriebenen Organisationen gibt es immer wieder Tendenzen, dem jeweils anderen die Existenzberechtigung abzuspochen, indem die Aussage getroffen wird, dass dieser in der Zukunft verschwinden soll bzw. sich der eigenen Organisation anschließen sollte. Um das friedliche Zusammenleben und die Ko-Existenz von AnhängereInnen der CSUTCB und der CONAMAQ bestmöglich zu sichern, wäre es jedoch von großer

Wichtigkeit, die Differenzen und die dahinter liegenden Vorstellungen zu verstehen. Durch die vorgeschlagenen Reflexionsprozesse könnte der notwendige Respekt geschaffen werden, um gemeinsame Wege des Zusammenlebens – bei Anerkennung der Unterschiede und ohne Diskriminierung – zu finden.

Darüber hinaus wären Allianzen zwischen den beiden Organisationen für die Durchsetzung gemeinsamer Ziele von großer Wichtigkeit, insbesondere wenn man bedenkt, dass wirtschaftlich und politisch mächtige Sektoren der bolivianischen Bevölkerung versuchen, tief greifende Reformen des Staates im Sinne der Anerkennung der Interkulturalität und Plurinationalität zu verhindern. Die Forderungen der CONAMAQ, die ihren Fokus insbesondere auf die Selbstbestimmung legen, und jene der CSUTCB, die in erster Linie darauf abzielen, den Zentralstaat zu verändern, sind zu einem großen Teil komplementär. Die Differenzen zwischen der CSUTCB und der CONAMAQ sollten zwar reflektiert und kommuniziert, aber nicht so sehr in den Vordergrund gerückt werden, dass die Gemeinsamkeiten zum Verschwinden gebracht werden.

Literatur

- Albó, Xavier/Suvelza, Franz Barrios (2006): Por una Bolivia Plurinacional e Intercultural con Autonomías. La Paz: IDH Bolivia.
- Anderson, Benedict (1991): Imagined Communities: reflections on the origin and spread of nationalism. London: Verso.
- Asamblea Provisional Autónoma de Santa Cruz (2007): Estatuto del Departamento Autónomo de Santa Cruz. Bolivia
- Assies, Willem/Haar, Gemma van der/Hoekema, André J. (Hg., 2000): The Challenge of Diversity. Indigenous Peoples and Reforms of the State in Latin America. Amsterdam: THELA THESIS.
- Barth, Frederic (Hg., 1969): Ethnic Groups and Boundaries: The Social Organisation of Culture Difference. Oslo: Universitetsforlaget.
- Baumann, Gerd/Gingrich, Andre (2004): Grammars of Identity/Alterity. A Structural Approach. New York/Oxford: Berghahn.
- Baumann, Gerd (2004): Grammars of Identity/Alterity. A structural approach. In: Baumann, Gerd/Gingrich, Andre (Hg.): Grammars of Identity/Alterity. A Structural Approach. New York/Oxford: Berghahn, 18-50.
- CSUTCB (2006): Nueva Constitución Plurinacional. Propuesta política desde la visión de campesinos, indígenas y originarios. Bolivia: CSUTCB. www.constituyentesoberana.org/info/?q=propuesta-cpe-resumen-csutcb, 22.3.2008.

- CONAMAQ (2006): Constitución Política del Estado Plurinacional. Quillasuyu Bolivia. Bolivia: CONAMAQ.
- Eisenberg, Avigail (2005): Identity and liberal politics: the problem of minorities within minorities. In: Eisenberg, Avigail/Spinner-Halev, Jeff (Hg.): Minorities within minorities. Equality, Rights and Diversity. Cambridge: Cambridge University Press, 249-270.
- Hall, Stuart (1996): Who needs identity. In: Hall, Stuart/Du Gay, Paul (Hg.): Questions of Cultural Identity. London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage, 1-17.
- Jenkins, Richard (1996): Social Identity. London: Routledge.
- Kastner, Jens (2007): Auf dem Spielfeld der Macht. Kollektives Gedächtnis und Positionierung, Stuart Hall und Pierre Bourdieu, EZLN und CIPO-RFM. In: Hinderer, Max/Kastner, Jens (Hg.): Pok Ta Pok. Aneignung – Macht – Kunst. Wien: Turia + Kant, 93-109.
- Kymlicka, Will (1995): Multicultural citizenship. A liberal theory of minority rights. New York: Oxford University Press.
- Linares, Álvaro García (Hg., 2004): Sociología de los movimientos sociales en Bolivia. Estructuras de movilización, repertorios culturales y acción política. La Paz: Plural.
- Linares, Álvaro García (2005): Estado multinacional. Una propuesta democrática para la extinción de la exclusión de las naciones indígenas. La Paz: Editorial Malatesta.
- Martínez Cobo, José (1986): Study of the Problem of Discrimination Against Indigenous Populations, U.N. Doc. E/CN.4/Sub.2/1986/7/Add.4.
- MAS-IPSP (Mai 2006): Propuesta para la Asamblea Constituyente. Refundar Bolivia para vivir bien. La Paz: MAS.
- Pacto de Unidad (Mai 2007): Constitución Política del Estado. Propuesta Consensuada del Pacto de Unidad. Bolivia. http://www.apostamosbolivia.org/axb/noticias/280507_PROPUESTA_%20PACTO_UNIDAD.pdf, 22.3.2008.
- PODEMOS (2006): Proyecto de Constitución Política del Estado. Constituyente para la gente. Bolivia. www.constituyentesoberana.org/info/?q=node/68, 22.3.2008.
- Rivera Cusicanqui, Silvia (2003): „Oprimidos pero no vencidos“. Luchas del campesinado Aymara y Quechwa 1900-1980. La Paz: THOA.
- Sieder, Rachel (Hg., 2002): Multiculturalism in Latin America. Indigenous Rights, Diversity and Democracy. Basingstoke: Palgrave.
- Spedding, Alison/Arnold, Denise (2005): Mujeres en los Movimientos Sociales en Bolivia. La Paz: ILCA.
- Van Cott, Donna Lee (2000): The Friendly Liquidation of the Past: The Politics of Diversity in Latin America. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Wodak, Ruth/Cillia, Rudolf de/Reisigl, Martin (1998): Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Angeführte Interviews

- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2006, 02. Juli): Interview mit Vicente Flores, indigene Autorität der CONAMAQ (Tonträger). Privatbesitz.
- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2006, 23. August): Interview mit Isaac Ávalos, Secretario Ejecutivo der CSUTCB (Tonträger). Privatbesitz.
- Schilling-Vacaflor, Almut (Interviewerin) (2007, 06. August): Interview mit Álvaro García Linera, Vizepräsident Boliviens und Sozialwissenschaftler (Tonträger). Privatbesitz.

Abstracts

Der Artikel vergleicht die Identitätskonstruktionen und politisch-rechtlichen Forderungen der CONAMAQ und der CSUTCB – jene Organisationen, die insbesondere die Quechua- und Aymara-Bevölkerungsmehrheit des Landes repräsentieren – im Kontext der verfassungsgebenden Versammlung. Dabei wird deutlich gemacht, dass die indigenen Organisationen in Bolivien keinen monolithischen Block darstellen, sondern äußerst heterogene Vorstellungen ihrer kulturellen Identität und bezüglich der notwendigen staatlichen Transformationen vertreten. Auch die Beziehungsverhältnisse zu anderen Sektoren der bolivianischen Bevölkerung werden anhand der *Grammars of Identity/Alterity* analysiert. Während die CSUTCB wirtschaftliche mit ethnischen Zielen verbindet und den Staat interkulturell gestalten will, definiert sich die CONAMAQ in erster Linie als „kulturelles Projekt“, in dem vor allem indigene Autonomien und Selbstbestimmungsrechte angestrebt werden.

This article compares the identity constructions and politico-judicial demands of CONAMAQ and CSUTCB – which almost exclusively represent the Quechua and Aymara majority populations – in the context of the Constituent Assembly. It is shown that indigenous organizations in Bolivia can not be seen as a monolithic entity, but represent heterogeneous concepts of their cultural identity and necessary state transformations. The relations of those organizations between each other and with other sectors of the Bolivian population are analyzed by applying the *Grammars of Identity/Alterity*. Whereas CSUTCB articulates economic with ethnic

demands, aiming to create an intercultural state, CONAMAQ defines itself as a “cultural project”, seeking indigenous autonomy and the right to self-determination.

Almut Schilling-Vacaflo
Wilhelminenstr. 11-17/2/45
A-1160 Wien
waiki@gmx.net

Daniela Ingruber, Ursula Prutsch (Hg.): *Imágenes – Bilder und Filme aus Lateinamerika*. Wien: LIT Verlag 2007 (= *¡Atención! – Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Institutes; Bd.11*), 232 Seiten, 24,90 Euro.

Imágenes – Bilder und Filme aus Lateinamerika wurde von Daniela Ingruber und Ursula Prutsch 2007 in der Reihe *¡Atención! – Jahrbuch des Österreichischen Lateinamerika-Institutes* im LIT Verlag herausgegeben. Der elfte Band der Serie setzt die Tradition der Publikation einer Auswahl des wissenschaftlichen Programms des Lateinamerika-Institutes fort.

Wer in dem Werk jedoch eine bloße Auflistung lateinamerikanischen Filmschaffens vermutet, wird überrascht sein, mit welcher Bandbreite Film und Fotografie aus und über Lateinamerika erörtert werden: Ästhetik sowie Wertmuster, politische Botschaften und Gesellschaftsmodelle werden anhand der Bildmedien erläutert. Mithilfe von Hintergrund- und Kontextbeleuchtungen eröffnen die aus unterschiedlichen Fachrichtungen kommenden WissenschaftlerInnen die Interpretationen bereichernder

Blickwinkel auf besprochene Filme und Fotografien.

In den *Einführenden Notizen* zu Film schreibt Daniela Ingruber über die Leidenschaft zum Film, die bereits beim Daumenkino ihren Anfang finden kann. Bewegte Bilder zu erleben hat sich im Laufe der Zeit verändert. War der Kinobesuch früher wegen des Popcorn-Geruchs, der großen Leinwand und der Dunkelheit im Saal ein Erlebnis, so wird Film heute als „mobile content“ (S.12) am Handy oder mp3-Player portabel rezipiert. Filmemachen wie Filmensehen verändert sich. Was bleibt, ist die Vermischung der Realitäten: Gesehen wird, was man zu sehen glaubt. Geschichten werden in Szene gesetzt und Film benutzt. So zeigt nicht jeder Dokumentarfilm die blanke Wirklichkeit, da das Auge des Regisseurs/der Regisseurin, der gewählte Kameraausschnitt sowie die Geschwindigkeit der Erzählung ein subjektives Gesamtbild entstehen lassen. Deshalb ist Film, auch wenn er sich Dokumentarfilm nennt, „stets Fiktion“ (S.19).

Ähnlich täuschbar ist unser Auge bei der Fotografie: Daniela Ingruber, die ihren aktuellen Forschungsschwerpunkt der Kriegsfotografie widmet, stellt die Frage

nach der *Ästhetik der Armut*. Mithilfe von Bildbeschreibungen zeigt sie, dass die Schilderung eines Bildes ausreicht, um zu glauben, es gesehen zu haben, da wir auch mit unserem „inneren Auge“ (S.159) sehen. Geschickt überlistet sie den/die LeserIn mit der Beschreibung eines Fotos, das den gebeugten Körper eines Mannes, der einen Baseballschläger umklammert zeigt: Vermutet man durch die düstere Wortwahl unmittelbar eine Komposition der Gewalt, stellt sich nach einigen Zeilen heraus, dass es sich um eine harmlose Sportszene aus einem Baseballspiel handelt. Ingruber meint, dass Gewaltdarstellungen eine besondere Anziehungskraft auf unser Auge haben, da das Leid Anderer unseren Voyeurismus erweckt und uns zwingt, derartige Bilder genau zu betrachten, obwohl uns zum Wegsehen wäre.

Einen guten Überblick über die ästhetischen Möglichkeiten sowie die kulturpolitische Funktion des Mediums Film bietet der Beitrag von Ursula Prutsch. Zahlreiche politische Auftragsarbeiten, aber auch Filme als Dokumentation einer „sozialkritischen Manifestation gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozesse“ (S.23) entstanden in Mexiko, Argentinien und Brasilien – den führenden

lateinamerikanischen Filmindustrien. Dies sind Werke, die Gewalt und Verbrechen in den Armenvierteln der Großstädte thematisieren und verarbeiten. Der Zusammenhang nationaler wie internationaler Politik und die Verstrickung einzelner Interessen mit der lateinamerikanischen Filmindustrie werden strukturiert erklärt und Kino als Vehikel einer US-amerikanischen, imperialistischen Kultur argumentiert. Sie erklärt Film als Exportgut und „Product Placement“, als geschickte Anleitung zur „richtigen“ Lebensart, denn nirgendwo lassen sich Moralcodices unterschwelliger verkaufen als im Film (vgl. S.30).

Die Versuche des mexikanischen Kinos, sich als Alternative zur „Traumfabrik Hollywood“ zu positionieren, was mit der „Grupo Nuevo Cine“ in den 1960er Jahren sowie mit rezenten Werken von Guillermo del Toro (*El laberinto del fauno*), Alejandro González Iñárritu (*Babel*) oder Alfonso Cuarón (*Children of Men*) durchwegs gelang, werden von Rafael Donnadio in seinem Beitrag *Crónica familiar, y miradas al mundo* hervorragend skizziert.

Gustavo Acioli, mehrfach prämierter brasilianischer Dokumentarfilmer, beschreibt die Wider-

sprüchlichkeiten des Zusammenhangs brasilianischer Politik und brasilianischen Kinos. War die Produktion und Distribution von (zensiertem) Film in der Zeit der Militärdiktatur durch ein staatliches Unternehmen geregelt, wurde nach der Re-Demokratisierung des Landes das staatliche Gefüge ohne Alternative aufgebrochen, was zu einer Destrukturierung führte, von der sich die brasilianische Filmindustrie bis heute nicht erholt hat. Das Kino verlor an Bedeutung, während die Bedeutung von TV immens zunahm. „90 Prozent der brasilianischen Haushalte [besitzen] ein TV-Gerät“ (S.79) und es ist kein Zufall, dass sämtliche politisch einflussreichen Personen auch Einflussmöglichkeiten auf die großen brasilianischen Fernsehsender haben. Beinahe erzeugt er Sympathien für die politisch äußerst widersprüchliche Zeit der Diktatur.

Dem Filmessay *Volver la vista* des Österreicher Fridolin Schönwiese, wo Vorstellung von Heimat auf Klischees treffen, widmet sich Verena Teissl in ihrer Auseinandersetzung unter dem Titel *Geografie der Klischees*. Ergänzt wird dies durch Schönwieses Beitrag zu *Identität und Erinnerung*, in dem tief sinnige Reflexionen über das Konzept

des „umgekehrten Blicks“ von österreichischen AuswanderInnen in Mexiko und mexikanischen EinwanderInnen in Österreich aufeinandertreffen. Darüber hinaus wird dem Film *Pacto de Silencio* des aus Deutschland stammenden Argentiniers Carlos Echeverría durch historische Kontextbemerkungen, Interviews sowie Selbstreflexionen Rechnung getragen. Ursula Prutsch und Carlos Echeverría sprechen via Email über die Schwierigkeiten, die der Filmemacher während der Recherchen und der Produktion des Dokumentarfilms über den ehemaligen SS-Hauptsturmführer Erich Priebke, der in der westargentinische Stadt Bariloche das Leben eines angesehenen Bürger führt, überwinden musste.

Die *Mariachi-Triologie* von Robert Rodriguez wird von den beiden Kultur- und Sozialanthropologinnen Ulrike Davis-Sulikowski und Elke Mader auf Gender-Aspekte und die „Repräsentation und Konstruktion von Bedeutungen“ (S.III) untersucht, wobei die Frage nach der Dominanz „postkolonialer, antihegemonialer Blickpunkte und Ästhetiken im Mainstream-Film“ (S.II2) gestellt und der quasi-ethnografische Effekt in gelungener Weise diskutiert wird.

Die Etablierung der *Telenovela* in Brasilien als Vehikel einer nationalen Identität und politischen Legitimation – mit einer Breitenwirkung weit größer als die des Kinos – wird in einem Artikel von Tamara Schwarzmayr wissenschaftlich analysiert und sowohl in seiner populärkulturellen Funktion als auch bildungspolitischen Dimension ausgezeichnet durchleuchtet, bevor im abschließenden Beitrag von Verena Teissl die *Verbildlichung indigener Welten* behandelt wird. Nachvollziehbar erklärt sie die Wichtigkeit, die Bildern und Film zuteil wurde, um politische Zustände auch über Grenzen hinaustragen zu können: „Für die lateinamerikanische Geschichtsbe-
wegung im 20. Jahrhundert sollte die Fotografie als Zeugenschaft und zur Festlegung neuer Mythen eine bedeutende Rolle spielen, während dem Film vermehrt die Aufgabe der Etablierung revolutionärer Inhalte zur Nachbereitung zukam“ (S.179).

Fotografien und Filme erzählen oftmals eine politische Geschichte und dokumentieren soziale Entwicklung, Einstellungen und Wertmuster werden abstrahiert von der rationalen Ebene auf eine emotionale Weise wahrgenommen. Bilder können so im selben Moment zu Zeitzeugen und

Lügnern werden. Den unterschiedlichen Disziplinen der SchreiberInnen, den mehrdimensionalen Zugängen, sowie den detaillierten Analysen ist es zu verdanken, dass komplexe Zusammenhänge anschaulich und auf interessante Weise vermittelt werden und dieses mit Bildern großzügig ausgestattete Buch nicht nur für FilmliebhaberInnen eine überaus gelungene Lektüre bereithält.

ASTRID HAFNER

SchwerpunktredakteurInnen und AutorInnen

Cees J. Hamelink ist emeritierter Professor für *International Communication* an der Universität Amsterdam. Derzeit ist er Professor für *Communication, Information and Knowledge* an der Universität von Aruba, Professor für *Human Rights and Public Health* an der Freien Universität Amsterdam sowie Honorarprofessor der Universität Queensland, Brisbane. Er ist Chefredakteur der *International Communication Gazette* sowie Autor zahlreicher Monographien zu Kommunikation und Kultur.

Bettina Köhler promoviert am Fachgebiet Globalisierung und Politik der Universität Kassel und ist Mitarbeiterin des Journals für Entwicklungspolitik. Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Regionalentwicklung, Internationale Umweltpolitik, Politische Ökonomie von Ressourcenkonflikten.

Franz Nuscheler war Ordinarius für Internationale Politik an der Universität Duisburg-Essen und Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF). Derzeit ist er Gastprofessor an der Johannes Kepler Universität Linz und an der *Zeppelin University* in Friedrichshafen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, *Global Governance*, internationale Migration und Menschenrechte.

Naomi Sakr ist *Reader in Communication* am *Communication and Media Research Institute* (CAMRI), der University of Westminster sowie Direktorin des CAMRI *Arab Media Centre*. Sie ist Autorin zahlreicher Bücher zu arabischen Medien sowie Frauen und Medien.

Almut Schilling-Vacaflor promoviert an der Universität Wien im Bereich der Rechtsanthropologie zu den Forderungen der indigenen Organisationen in der verfassunggebenden Versammlung in Bolivien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: indigene Rechte, Menschenrechte, Interkulturalität, kulturelle Identitäten.

Georgette Wang ist *University Chair Professor* an der *National Chengchi University*, Taipei, Taiwan. Sie war *Research Associate* am *East-West Center* in Honolulu, Hawaii und unterrichtete in Taiwan und Hongkong. Sie publizierte umfangreich zu Globalisierung von Kommunikation und Telekommunikationspolitiken.

Janet Wasko ist *Knight Chair for Communication Research* an der Universität Oregon (USA). Sie ist Autorin zahlreicher Bücher zur US-Filmindustrie sowie Herausgeberin von Sammelbänden zur politischen Ökonomie von Kommunikation.

Veronika Wittmann ist Assistentin am Zentrum für Soziale und Interkulturelle Kompetenz an der Johannes Kepler Universität Linz. Sie verbrachte zahlreiche Forschungsaufenthalte in Subsahara-Afrika, war tätig bei UNDP in Ecuador und ist Vorstandsvorsitzende vom Nord-Süd Institut Oberösterreich. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Global Studies, Gender und Entwicklung.

Die letzten Ausgaben

- 4/03 Wem gehört das Wasser? Die Kommodifizierung öffentlicher Dienstleistungen / Who owns the Water? The Commodification of Public Services
- 1/04 Junge Zugänge / Young Approaches to Development Studies
- 2/04 Gender & Peacebuilding. Frauen und Geschlechterverhältnisse in Post-Conflict Situationen / Gender & Peacebuilding. Women and Gender Relations in Post-Conflict Situations
- 3/04 Kunst – Kultur – Entwicklung / Art – Culture – Development
- 4/04 Multikulturelle Autonomie in Lateinamerika / Multicultural Autonomy in Latin America
- 1/05 „Entwicklung“ im Schulunterricht / “Development” in School Education
- 2/05 Alternative Entwicklungen in Lateinamerika / Alternative Developments in Latin America
- 3/05 Recht auf Nahrung / Right to Food
- 4/05 WTO at the Crossroads. Stand und Perspektiven des Welthandelsregimes / WTO at the Crossroads. State and Perspectives of the Global Trading System
- 1/06 In Memoriam Andre Gunder Frank
- 2/06 Regionale Integration / Regional Integration
- 3/06 Konflikttransformationen und Friedensprozesse / Conflict Transformation and Peacebuilding
- 4/06 Entwicklung und Bildung / Education and Development
- 1/07 Approaches to Governance / Governance
- 2/07 Perspectives on Development Studies / Entwicklungsforschung
- 3/07 Paulo Freire heute / Popular Education
- 4/07 Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen / Development Cooperation and Security Politics

Die kommenden Hefte

- 2/08 Periphere Staatlichkeit / Kritische Staatstheorie des globalen Südens
- 3/08 Wachstum, Umwelt, Entwicklung / Growth, Environment, Development
- 4/08 Globale ungleiche Entwicklung / Global Uneven Development

Informationen für AutorInnen

Manuskripte sind per e-mail zu senden an office@mattersburgerkreis.at bzw. auf Diskette oder CD-ROM per Post an: Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien. Der Beitrag darf komplett den Umfang von 20 Seiten (2-zeilig) nicht überschreiten. Legen Sie je ein kurzes Abstract in Deutsch und Englisch (je ca. 100 Worte) sowie eine Kurzcharakteristik Ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit bei. Am Ende des Beitrags sollte ein Verzeichnis der gesamten verwendeten Literatur stehen. Zitierweise im Text: Geben Sie bitte den Namen, das Jahr und bei wörtlichen Zitaten die jeweilige Seite an.

Das Manuskript muss als Word-Dokument oder in einem anderen Windows-kompatiblen Dateiformat eingesandt werden. Grafiken und Abbildungen sollten in schwarz-weiß gestaltet sein und als tiff- bzw. Excel-Datei extra abgespeichert werden.

Redaktionsschluss für das Heft Nr.1 ist der 15.10., für das Heft Nr.2 der 15.1., für das Heft Nr.3 der 15.4. und für das Heft Nr.4 der 15.7.

Information for Contributors

Manuscripts should be submitted electronically to office@mattersburgerkreis.at or by mail on a disc/CDRom to Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien. The complete manuscript should not exceed 20 pages (double spacing). All submissions must contain an abstract in German and English (each should not exceed 100 words) and a short curriculum vitae. The author's name, affiliation and e-mail address should be clearly indicated. A complete bibliography listing every work referenced in the text must be included at the end of the submitted text.

References should have the following format: Name, year of publication and the pagination for text references.

The document must be submitted in Word or another word processing program for windows. Graphs and tables/figures should be designed in black/white and saved as tiff or Excel-files.

The deadlines for submitting manuscripts are as follows: Issue no. 1: 15.10., issue no. 2: 15.1., issue no. 3: 15.4., issue no. 4: 15.7.

Gefördert aus öffentlichen Mitteln der

Österreichische

Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich

Heft XXIV, 1-2008, ISBN 978385476-256-0

Preis des Einzelhefts: Euro 9,80; sFr 17,50

Preis des Jahresabonnements: Euro 39,80; sFr 69,-

Abonnementbezug über die Redaktion:

Journal für Entwicklungspolitik, Berggasse 7, A-1090 Wien,

office@mattersburgerkreis.at, www.mattersburgerkreis.at/jep

Das Abonnement kann unter Einhaltung einer dreimonatigen

Kündigungsfrist gekündigt werden.

1. Auflage 2008

© Mandelbaum Verlag Wien / Mattersburger Kreis

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Satz: Julia Löw, Wien

Druck: Interpress, Budapest

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz

Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österreichischen Hochschulen, Berggasse 7, A-1090 Wien

Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die AutorInnen bzw. die Redaktion.



PROKLA 150
Umkämpfte Arbeit

2008 - 171 S. - € 12,00



PERIPHERIE 109/110
Vom Erinnern und Vergessen

2008 - 252 S. - € 18,20

www.dampfboot-verlag.de info@dampfboot-verlag.de

DAS ARGUMENT

**ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE
UND SOZIALWISSENSCHAFTEN**

274 Die Dialektik neu entdecken

F.HAUG: Attacken auf den abwesenden Feminismus. Ein Lehrstück in Dialektik
W.F.HAUG: Für praktische Dialektik
V.BRAUN: Der Eisenwagen
A.ARNOLD: Was ist Dialektik?
 Anmerkungen zu Kant, Hegel und Marx
V.OITINEN: Dialektik und die Moderne - von Spinoza zu Marx
D.FASTNER: Sartre als marxistischer Dialektiker
W.F.HAUG: In babylonischer Gefangenschaft? Dialektik bei Hans Heinz Holz
 Außerdem:
R.COHEN: Künftiger Ruhm der Retortenstadt Brasília. Aus Anlass von Oscar Niemeyers 100. Geburtstag
E.BALBAR: Jan Assmann und die mosaische Unterscheidung

**273 Liebes
Verhältnisse**

V.BRAUN
Gefühle
J.BUTLER, W.F.HAUG, D.SUVIN, R.BEHRENS
Gemeinwesen
E.JELINEK, T.VEERKAMP, F.HAUG, E.A.POVINELLI
Imaginationen
R.ÄLBERTI, M.TJADEN-STEINHÄUER, C.LEHMANN, S.MAUERER, S.DASGUPTA, H.AMESBERGER, C.DIETL, B.HALBMAYR, G.LUDWIG
Verschiebungen
M.PIERCY, V.WOLTERSDOORF, I.NOWAK, N.C.KARAFYLIS, A.BRAY

u.a.m.

Einzelheft 11,-; Jahresabo (6 Hefte) 52,50 zzgl. Versand; ermäßigt 39,- zzgl. Versand

ARGUMENT-Versand, Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin
 versand-argument@t-online.de
 Tel.: +49-(0)30-6113983, Fax: +49-(0)30-6114270

Redaktion: DAS ARGUMENT, c/o M.Korbmacher
 Stephanweg 24, 48155 Münster,
 Tel.: +49-(0)251-3834462, redaktion@argument.de

Südwind **Kurz-Abo**

MAGAZIN FÜR INTERNATIONALE POLITIK,
KULTUR UND ENTWICKLUNG

Hier lesen Sie, was Globalisierung für die
Länder des Südens tatsächlich bedeutet.

**3 Monate
Südwind-Magazin
Lesen um nur 3 Euro**
(statt 10,⁸⁰).



Abo endet automatisch nach Ablauf

Bestellungen unter suedwind-magazin@suedwind.at oder
Südwind Agentur • Laudongasse 40 • 1080 Wien • Tel. 01/405 55 15 -0

// www.lateinamerika-nachrichten.de

Die Monatszeitschrift // 409/410 // Juli/August 2008
LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN



ECUADOR // STÜRMISCHE ZEITEN FÜR DIE BÜRGERREVOLUTION
// Spannungen zwischen den ungleichen Brüdern Correa und Acosta //
NICARAGUA // „NEIN ZUR DIKTATUR“ // Proteste gegen den Pakt
Ortega-Albarrán // ARGENTINIEN // STREIK GESTOPPT, IMAGE
GEFLOPPT // Umfrageergebnisse der Präsidentin im Keller

// Hintergründe
// Analysen
// Kommentare
// Reportagen

Gesellschaft //
Politik //
Literatur //

**3 Monate testen:
Probeabo für
nur 15 Euro // einfach
online bestellen**